

Der Arbeitslohn: kritische Studie

Oppenheimer, Franz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oppenheimer, F. (1926). *Der Arbeitslohn: kritische Studie*. Jena: G. Fischer. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-50438-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter der CC0 1.0 Universell Lizenz (Public Domain Dedication) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskunft zu dieser CC-Lizenz finden Sie hier: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under the CC0 1.0 Universal Licence (Public Domain Dedication). For more Information see: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>

DER
ARBEITSLOHN

KRITISCHE STUDIE

VON

FRANZ OPPENHEIMER

DR. MED. ET PHIL.

ORD. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT FRANKFURT A. M.



JENA
VERLAG VON GUSTAV FISCHER
1926

31116 21

Franz Oppenheimer

System der Soziologie

Drei Bände

I. Band:

Allgemeine Soziologie. 2 Teile. (1. Halbband: Grundlegung. 2. Halbband: Der soziale Prozeß.) XX u. XII, 1149 S. gr. 8° 1922 und 1923
Rmk 18.—, geb. 22.—

II. Band:

Der Staat. X, 859 S. gr. 8° 1926 Rmk 32.—, geb. 34.—

III. Band:

Theorie der reinen und politischen Ökonomie. Fünfte, völlig neubearbeitete Auflage. (6.—8. Tausend.) Zwei Teile. (1. Halbband: Grundlegung. 2. Halbband: Die Gesellschaftswirtschaft.) XXV u. XIII, 1148 S. gr. 8° 1923—24 Rmk 21.50, geb. 25.50

Preis des ganzen Werkes: Rmk 71.50, geb. 81.50

Archiv für Politik und Geschichte, 1925, Heft 1: Oppenheimers „System der Soziologie“ ist der Ausdruck eines selten stark entwickelten Kausaltriebes; es ist ein Werk, das versucht, in wahrhaft humanistischem Geiste weit über die Grenzen des Spezialforschertums hinauszutreten, um zu letzten Allgemeinheiten und damit zum Allgemeinmenschlichen vorzudringen. In einer kühn ausgreifenden geistigen Zusammenschau will uns dieses Werk ein Gesamtbild von den ursächlichsten Zusammenhängen vieler unserer wichtigsten Lebensbeziehungen bieten; ja es beabsichtigt nichts Geringeres, als die eigentlichsten, die tiefsten Wurzeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen bloßzulegen. . . .

Oppenheimers Versuch der Begründung eines „Systems der Soziologie“ stellt zweifellos ein außerordentlich gewagtes wissenschaftliches Unternehmen dar! Es handelt sich zunächst um nichts Geringeres, als der Soziologie das eigentliche Bürgerrecht unter den überlieferten und bereits anerkannten Wissenschaften zu erringen. . . . Hier wird ein stattliches, eindruckgebietendes Heer von erkenntnistheoretisch sichtenden Vortruppen, gefolgt von einer positiv erkenntnisfördernden Hauptmacht ins Treffen geführt, ein Gedankenheer, das zudem mit reichem, durchaus zeitgemäßem Rüstzeug von Tatsachenmaterial aller Art ausgestattet ist. . . . Oppenheimer erneuert nun diesen kühnen Versuch, der Soziologie eine feste, dauerhafte Grundlage zu schaffen durch Ausarbeitung eines sowohl nach formalen wie auch nach inhaltlichen Gesichtspunkten gründlich durchdachten Systems . . .

Das Bedeutendste an diesem Werk erscheint uns eine selten umfassende, geradezu staunenerregende Systematik. Oppenheimer ist ein Meister der „Zusammenschau“; er holt seine Bausteine aus den verschiedensten entlegenen Steinbrüchen und ordnet sie zu einem wahrhaft eindruckgebietenden, selten stattlichen wissenschaftlichen Bauwerk zusammen; man möchte beinahe sagen, Oppenheimers Werk verwirkliche im Rohbau den von Auguste Comte erträumten herrlichen „Dom der Geisteswissenschaften“! . . .

Hans Honegger.

1926.868

DER
ARBEITSLOHN

KRITISCHE STUDIE

VON

FRANZ OPPENHEIMER

DR. MED. ET PHIL.

ORD. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT FRANKFURT A. M.

EGGENTBIKER

24

100 %



JENA
VERLAG VON GUSTAV FISCHER
1926

Vorwort.

Soeben ist mein „Wert und Kapitalprofit“ in dritter Auflage völlig neu bearbeitet erschienen. Jetzt, wo ich diese Arbeit in Druck gebe, fügt es der Zufall, daß auch mein „Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre“ und mein „David Ricardos Grundrentenlehre“ in neuer Auflage erscheinen. Diese vier Bändchen enthalten alles, was ich negativ-kritisch und positiv-aufbauend zu dem großen Zentralproblem unserer Wissenschaft, dem der Distribution, zu sagen habe.

Hochblauen, Pfingstmontag 1926.

Franz Oppenheimer.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
I. Die <u>Probleme</u>	I
II. Die <u>klassischen</u> Theorien	4
III. Heinrich Dietzels Produktivitätstheorie	12
IV. Die Monopollohntheorie	33
V. Heinrich von Thünen	44
VI. Der „ <u>letzte Arbeiter</u> “ und die Lohntheorie der Grenznutzler .	52
VII. Kritische Nachlese	61

I. Die Probleme.

Eine vollständige Lohntheorie hat aus mehreren verschiedenen Teilen zu bestehen. Zuerst, als allgemeinste Grundlage, eine Theorie von der Ursache der Verschiedenheit der Arbeitseinkommen:

In jeder Gesellschaft, in der Konkurrenz besteht, stufen sich die Einkommen nach der „Qualifikation“ der Arbeitskraft derart ab, daß die Stufen sich auf die Dauer und im Durchschnitt, das heißt in der Statik, in ihrer „natürlichen Distanz“ voneinander befinden, entsprechend der „Seltenheit der persönlichen Vorbedingungen“; und daß in der Kinetik, nach jeder Störung, die Tendenz besteht, diese natürliche Distanz durch Berufswechsel der Erwachsenen und Berufswahl der Jüngeren wiederherzustellen. Die Statik läßt sich graphisch darstellen entweder in Gestalt der „Lohnpyramide“ oder einer „binomialen Kurve“.

Bei der Lohnpyramide bildet die Qualifikationsstufe der geringsten Seltenheit die Basis, über der sich die Stufen der größeren Seltenheit in immer kleineren Schichten aufbauen, bis die wenigen oder vereinzeltten Fälle der größten Seltenheit, der genialen Begabung von Körper, Geist und Wille, die Spitze bilden. Eine ähnliche Stufung stellt sich dar, wenn man auch die unternormalen Qualifikationen mit in Rechnung zieht. Dann ergibt sich das Bild einer Doppelpyramide, deren gemeinschaftliche Basis die Stufe der geringsten Seltenheit ist, deren untere Spitze von den Arbeitseinkommen der nur ganz wenig arbeitsfähigen Krüppel, Kranken, Alten, Kinder, Idioten usw. gebildet wird¹⁾.

Noch klarer stellen sich die Dinge dar, wenn man auf der Abszisse eines Koordinatenkreuzes die Einkommen ihrer Höhe nach, und in der Koordinate die Anzahl der Fälle jeder Einkommensstufe einträgt. Hier ergibt sich nach dem Gesetz der großen Zahlen eine „binomiale Kurve“, die vom fast Null der geringsten Qualifikation und des entsprechenden kleinsten Einkommens allmählich aufsteigt, bei dem Einkommen der „durchschnittlichen Qualifikation“

1) Vgl. System der Soziologie III, S. 630 (Theorie der reinen und politischen Ökonomie, 5. Aufl.), S. 630.

ihren Höhepunkt und damit ihren „Medianwert“ erreicht, und nach der anderen Seite ebenso allmählich absinkt, um bei den Einkommen der höchsten Qualifikation wieder fast auf Null zu sinken.

Diese Gesetze des Arbeitseinkommens gelten, um es noch einmal scharf zu betonen, für jede Gesellschaft der Konkurrenz. Sie beziehen sich auf alle Einkommen, die als Entgelt für geleistete Arbeit bezogen werden. Und das heißt zunächst: für alle Einkommen aus Dienstleistungen, seien es nun Dienste ungelernter oder gelernter Handarbeiter, oder seien es Dienste von akademisch oder nicht akademisch ausgebildeten Geistesarbeitern; seien es ferner Dienste von Unselbständigen, die im Auftrage und auf Rechnung und Gefahr eines Unternehmers, oder von Selbständigen, die auf eigene Kosten und Gefahr ihre Dienste zu Markte bringen. Aber man kann weitergehen und aussprechen, daß die gleichen Gesetze auch für alle diejenigen gelten, die selbständig beliebig reproduzierbare Waren zu Markte bringen. Da nämlich der Naturstoff nichts kostet, er sei denn Gegenstand eines Monopols, so werden alle nichtmonopolisierten, und das sind eben die beliebig reproduzierbaren Waren, nur nach der in ihnen inkorporierten Arbeit, also nach dem von dem Produzenten der Gesellschaft geleisteten Dienste bewertet und bezahlt. Die Menschen tauschen, scharf gesehen, nichts als Dienste untereinander¹⁾.

Schon hieraus geht hervor, daß diese allgemeinste Theorie des Arbeitseinkommens noch nicht ausreicht, um das Problem des eigentlichen Arbeitslohnes im engeren Sinne aufzuklären.

Karl Marx hat einmal in der „Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie“ das prachtvolle Wort geprägt: „Arbeitslohn ist die unter einer anderen Rubrik betrachtete Lohnarbeit“²⁾. Wer aber Lohnarbeit sagt, sagt „Klassengesellschaft“ und insbesondere — die Vorstufen interessieren uns hier jetzt nicht — kapitalistische Klassengesellschaft. Und diese kapitalistische Gesellschaft hat ihre eigenen Lohnprobleme.

Und zwar gibt es deren zwei, mit einer Anzahl von Unterproblemen. Das erste ist die Frage nach der Ursache und das zweite ist die Frage nach der Höhe des Lohnes.

Die Aufgabe ist, diese beiden Probleme, die offenbar eng zusammenhängen, aus einer Wurzel zu lösen³⁾.

1) Vgl. Wert und Kapitalprofit, 3. Aufl., S. 10ff. u. 51ff.

2) Herausgeg. v. Kautsky, Stuttgart 1907, S. XXVIII.

3) Man wird mir vielleicht einwenden, daß ich die Grenznutzler angegriffen habe, weil sie genau dieses Postulat in bezug auf den „Wert“ stellen. Aber bei ihnen han-

Die Frage nach der Ursache des Arbeitslohnes ist, wie wir mit Marx sagen, die Frage nach der Ursache der Lohnarbeit. Warum gibt es überhaupt eine Klasse von Lohnarbeitern? Ein Lohnarbeiter nämlich ist nicht etwa bloß ein Mensch, der arbeitet, um ein Einkommen zu erzielen, sondern sein Begriff ist viel enger begrenzt: er ist ein Mensch, der der eigenen Produktionsmittel entbehrt, der weder Land noch Werkgüter (Werkzeuge und Rohstoffe) zu eigen hat, und der daher gezwungen ist, als unselbständiger Arbeitender, daß heißt eigentlicher „Arbeiter“, solchen Menschen bezahlte Dienste zu leisten, die sich im Besitz von Produktionsmitteln befinden, sei das nun Land, oder seien es Werkgüter. Kurz, das System der Lohnarbeit bedeutet den Arbeitslohn „freier Arbeiter“ in dem bekannten Marxschen Doppelsinn, daß der Arbeiter erstens politisch frei und in der Lage ist, sich im freien Arbeitsvertrage zu verdingen (daß er also kein Sklave ist); — daß er aber ferner auch ökonomisch „frei“ ist, d. h. nackt und bloß, „los und ledig von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen“.

Es besteht also eine *differentia specifica*, durch deren Hinzutritt aus dem Oberbegriff: Arbeitender mit Arbeitseinkommen der Unterbegriff wird: Lohnarbeiter mit Arbeitslohn¹⁾.

Das zweite der spezifisch kapitalistischen Lohnprobleme ist die Frage nach der Höhe des Arbeitslohns. Nimmt man die Klassenscheidung einmal als gegeben an, so stellen sich drei neue Probleme entsprechend der dreifachen Betrachtungsweise, der wir sämtliche Funktionen der Gesellschaftswirtschaft zu unterwerfen haben. Wir fragen erstens statisch: wie sich der Lohn seiner Höhe nach auf die Dauer und im Durchschnitt bestimmt; — zweitens kinetisch: wie er und in welchen Grenzen er im Wechsel von

delt es sich um nichts als eine *quaternion terminorum*: die Gleichsetzung von subjektivem Wert und objektivem statischen Preis. Das sind zwei ganz verschiedene Phänomene, die ganz verschiedenen Wissenschaften angehören, das erste der Psychologie, und nur das zweite der Ökonomik. Die sie betreffenden Probleme brauchen daher nicht aus einer Wurzel gelöst zu werden — und können auch nicht aus einer Wurzel gelöst werden. Beim Lohnproblem aber handelt es sich in der Tat um ein einheitliches Grundproblem, das nur der Ökonomik allein angehört, und hier gilt jene methodologische Forderung unbedingt.

1) So unterscheidet bereits Adam Smith. Nachdem er im Anfang des Kapitels VIII des ersten Buchs den Begriff „Arbeitslohn“ im weiteren Sinne als Arbeitsertrag eines Arbeitenden gebraucht hat, schreibt er wenig weiter unten: „Unter Arbeitslohn versteht man auch überall das, was er gewöhnlich ist, wenn der Arbeiter und der ihn beschäftigende Kapitalbesitzer zwei verschiedene Personen sind.“

Angebot und Nachfrage und etwa mit dem Preise der Nahrungsmittel schwankt; — und drittens und schließlich komparativstatisch, welche Tendenz der Entwicklung besteht, oder mit anderen Worten, wie der Anteil sich zu gestalten tendiert, den der Arbeitslohn der Lohnarbeiterklasse aus dem Gesamterzeugnis der Gesellschaftswirtschaft an sich zu ziehen imstande ist; ob er wächst oder sinkt, weil der Anteil, den die Besitzer der Produktionsmittel in der Gestalt von Grundrente und Kapitalprofit an sich ziehen können, im ganzen sinkt oder wächst.

II. Die klassischen Theorien.

Die Physiokraten standen dem Hauptproblem noch ganz naiv gegenüber. Über die Ursachen der Existenz einer kapitallosen Arbeiterklasse dachten sie nicht nach. Sie war eben da, und alles, was die Klassengesellschaft als solche konstituierte, erschien diesen Köpfen als etwas „Natürliches“, dem „ordre naturel“ Angehöriges. Es war etwas Natürliches, daß die Arbeiter als Klasse da waren, und es war weiter etwas Natürliches, daß sie sich gegenseitig den Lohn herunterkonkurrieren, weil ihrem Angebot keine entsprechende oder überwiegende Nachfrage seitens der Käufer ihrer Dienste gegenübersteht. Am bekanntesten ist die Darstellung von Turgot¹⁾: „Der Lohn des Arbeiters ist infolge der Konkurrenz der Arbeiter untereinander auf seinen notwendigen Lebensunterhalt beschränkt. Er fristet gerade sein Dasein. Dem einfachen Arbeiter, der nur seine Arme und seine Geschicklichkeit hat, bleibt nichts übrig, als seine Arbeitskraft an andere zu verkaufen. Er verkauft sie mehr oder weniger teuer. Aber dieser mehr oder weniger hohe Preis hängt nicht von ihm allein ab: er ergibt sich aus dem Vertrage, den er mit dem schließt, der seine Arbeit bezahlt. Dieser bezahlt ihm so wenig wie möglich. Und da er die Wahl zwischen einer großen Anzahl von Arbeitern hat, zieht er den vor, der am billigsten arbeitet. Die Arbeiter sind also genötigt, den Preis um die Wette zu drücken. Bei jeder Arbeit muß es demnach dahin kommen und kommt es in der Tat dahin, daß der Lohn des Arbeiters sich auf das beschränkt, was zu seiner Erhaltung unbedingt notwendig ist.“ Um noch eine weniger bekannte Stelle anzuführen, so sagt Mercier de la Rivière: „Ihre verschiedenen Berufe sind gewöhnlich so leicht erlernbar, daß sie

1) Betrachtungen über die Bildung und die Verteilung des Reichtums. Ausgabe Waentig, Jena 1903, § 6, S. 5.

von Vielen ausgeübt werden können und zwar von Solchen, die ohne irgendwelchen Güterbesitz zur Welt gekommen sind. Darum hält die große Konkurrenz dieser Arbeiter, die sich sofort und ohne Kosten bilden (forment), naturnotwendigerweise ihre Löhne auf dem niedrigsten möglichen Satze, das heißt auf einem Satze, unterhalb dessen man nur Dürftigkeit und Elend findet, die vernichtenden Übel der Gesellschaftsklassen, deren gewöhnlichen Zustand sie darstellen“. Die Folge davon ist, daß die Arbeiter „durchaus nicht im Verhältnis zu dem Nutzen bezahlt werden, der aus ihrer Arbeit erwächst“¹⁾.

Modern ausgedrückt (die Physiokraten waren noch weit von diesen Erkenntnissen) würde das heißen, daß die Arbeiter, weil sie einem Monopol gegenüberstehen, weniger als den Wert ihrer Arbeit erhalten, das heißt ausgebeutet werden. Und zwar werden sie „nécessairement“ auf das soziale oder gar das physiologische Existenzminimum herabgedrückt: das eherne Lohngesetz der späteren Zeit!

Adam Smith hat die beiden Probleme, die hier in naivster Weise übersehen worden sind, gestellt und zu beantworten gesucht: erstens die Ursache der Existenz einer Klasse freier Arbeiter und zweitens die Ursache dafür, daß in der bisherigen Geschichte ihr Angebot von Arbeit die Nachfrage danach weit genug übertraf, um den Lohn sehr tief zu halten.

Was das erste Problem anlangt, so erkennt er und spricht es ungeschminkt aus, daß das Verhältnis zwischen dem Arbeiter und seinem Anwender ein Monopolverhältnis ist. Im 8. Kapitel des ersten Buches: „Vom Arbeitslohn“ heißt es zu Anfang:

„Das Produkt der Arbeit bildet ihre natürliche Belohnung oder der Arbeitslohn. In jenem ursprünglichen Zustand der Dinge, welcher weder Landerwerb noch Kapitalansammlung kannte, gehörte das ganze Produkt der Arbeit dem Arbeiter allein. Er hatte weder Gutsbesitzer noch Arbeitgeber, mit denen er zu teilen brauchte. Hätte dieser Zustand angehalten, so würde der Arbeitslohn um all jene Steigerung in den erzeugenden Kräften der Arbeit zugenommen haben, zu welchen die Arbeitsteilung den Anlaß gab“.

In diesem primitiven Zustand, wo es noch keine Lohnarbeiter und keinen Arbeitslohn im engeren Sinne gab, sondern nur Arbeitende und Arbeitsertrag, entsprach also nach Adam Smith der „Lohn“ durchaus der Produktivität der Arbeit. Hier galt also die „Produktivitätstheorie“ des Lohnes, mit der wir uns im nächsten Abschnitt ausführlich zu beschäftigen haben werden. Aber Smith fährt fort:

1) Daire: Les Physiocrates II, S. 499/500.

„Aber dieser ursprüngliche Zustand der Dinge, in welchem der Arbeiter das gesamte Erzeugnis seiner Arbeit allein genoß, konnte nicht über das erste Auftauchen des Grunderwerbes und der Kapitalansammlung hinaus andauern... Sobald der Grund und Boden Privateigentum wird, fordert der Gutsbesitzer einen Teil fast aller Erzeugnisse, welche der Arbeiter auf seinem Boden entweder hervorbringt oder einsammeln kann; diese seine Rente bildet den ersten Abzug von dem Erzeugnisse der auf dem Boden verwendeten Arbeit“. Ein zweiter Abzug wird ihm von dem Pächter gemacht, dem Kapitalisten, „der kein Interesse daran hätte, ihn anzustellen, wenn er nicht einen Anteil an dem Erzeugnisse seiner Arbeit bekäme, das heißt, wenn sein Kapital nicht zuzüglich eines Gewinnes zu ihm zurückkehrte. Dieser Gewinn stellt den zweiten Abzug von dem Produkt der auf den Boden verwendeten Arbeit dar. Das Produkt fast jeder anderen Arbeit ist demselben Gewinnabzug unterworfen“. Nur solche Arbeiter, die eigenes genügendes Kapital besitzen, können sich diesem Zwang entziehen, aber „solche Fälle sind nicht besonders häufig“.

Hier ist uns die Ursache für die Existenz einer Arbeiterklasse gegeben. Der Grund und Boden ist Privateigentum geworden. Die Zuspätgekommenen, die „Enterbten“, müssen einen Tribut dafür abtreten, daß man ihnen die Produktionsmittel zur Verfügung stellt, deren sie selbst entbehren, und ohne die sie doch ihre Arbeit überhaupt nicht „verwirklichen“ können.

Smith hält diese Entwicklung für „natürlich“. Im Banne des Gesetzes von der ursprünglichen Akkumulation nimmt er an, daß der Boden für die herangewachsene Bevölkerung in irgendeinem Zeitpunkt bereits ferner Vergangenheit, „lange Zeit vor dem Auftreten der bedeutendsten Verbesserungen in den erzeugenden Kräften der Arbeit“, schon voll besetzt war, und daß sich schon damals die Klasse besitzloser Arbeiter bilden mußte, die vom Arbeitslohn im eigentlichen Sinne leben¹⁾.

Dieses Verhältnis des Arbeiters zu seinem Arbeitgeber beschreibt Smith nun unzweideutig als ein Monopolverhältnis und

1) Smith ist hier, wie so oft, nicht konsequent. Es finden sich Stellen, in denen das Monopol als ein rechtliches, künstliches, unzweideutig bezeichnet wird: es ist die Bodensperrung durch das Großgrundeigentum in Gestalt der Fideikomnisse, durch die dem Markte „soviel Land entzogen wird, daß stets mehr Kapitalien zum Kaufe da sind, als Land zum Verkaufe, und letzteres mithin stets zu einem Monopolpreise verkauft wird... ohne das käme soviel Boden auf den Markt, daß er den Monopolpreis nicht länger behaupten könnte“ (Völkerwohlstand, Ausg. Loewenthal I, S. 432/3).

nennt es auch gelegentlich so: „Es ist nicht schwer vor auszusehen, welcher der beiden Teile gewöhnlich das Übergewicht dabei behält und den anderen zur Erfüllung seiner Bedingung zwingt.“ Nicht nur steht die Staatsgewalt in der Regel auf seiten der Arbeitgeber, sondern „der größte Teil der Arbeiter ist genötigt, um der Existenz willen sich zu unterwerfen“. Hier ist das Monopolverhältnis nur beschrieben. An anderer Stelle aber heißt es ausdrücklich: „Die Bodenrente . . . ist somit naturgemäß ein Monopolpreis. Sie steht in gar keinem Verhältnisse zu dem, was der Besitzer für den Anbau des Landes ausgelegt haben mag, oder zu dem, womit er sich billig begnügen könnte, sondern einzig und allein zu dem, was der Pächter zu bezahlen imstande ist“¹⁾. Hier ist vom Verhältnis des Grundbesitzers zum kapitalistischen Pächter die Rede: aber nach dem oben Angeführten gilt der Begriff ebenso für das Verhältnis des kapitalistischen Pächters und des Kapitalisten überhaupt zu seinen Arbeitern.

Wenn Adam Smith diese Konsequenz nicht ausdrücklich gezogen hat, so hat das seine Gründe wahrscheinlich im folgenden: er sieht, auch hierin weit über die Physiokraten hinausgeschritten, auch das zweite der von ihnen in naiver Weise übersehenen Probleme: wie kommt es, daß der einseitige Besitz der Produktionsmittel ihren Eigentümern ein Monopol bisher verliehen hat? Das ist nämlich ein eigenes Problem. Das Eigentum an irgendwelcher Sache mag noch so ausschließlich sein: es wird zu einem wirtschaftlichen Monopol erst dadurch, daß die Nachfrage auf die Dauer das Angebot überwiegt. Dann steigt der Preis über den „natürlichen Preis“ (statischen Konkurrenzpreis) auf einen Monopolpreis.

Nun weiß Smith, daß nicht nur die Arbeiter um die Arbeitsstellen konkurrieren, sondern auch die Arbeitgeber um die Arbeiter. Aber er wußte auch, was heute die Theoretiker in der Regel nicht mehr wissen (wir werden unten einen derartigen Fall darzustellen haben), daß sich unter solchen Umständen ein Monopolpreis trotz der Konkurrenz dann bilden kann, wenn „einfache Konkurrenz“ besteht, wie Adam Smith' großer, von ihm überstrahlter Vorgänger Sir James Steuart es nannte. Er schreibt im Kapitel VII des 2. Buches seiner „Untersuchung über die Volkswirtschaftslehre“²⁾ in dem Kapitel „Von der doppelten Konkurrenz“ folgendes: „Wenn die Konkurrenz auf der einen Seite des Vertrages viel stärker ist als auf der anderen, so nenne ich sie einfach . . . dies ist die Art

1) Ebendort I, S. 157.

2) Ausgabe Waentig, S. 270.

der Konkurrenz, die der Ausdruck starke Nachfrage einschließt, oder wenn man sagt, daß die Nachfrage die Preise steigert. Eine doppelte Konkurrenz ist es, wenn sie bis zu einem gewissen Grade auf beiden Seiten des Vertrages zugleich stattfindet, oder abwechselnd von einer zur anderen schwankt. Das ist es, was die Preise auf den adäquaten Wert der Ware einschränkt.“ Von dieser Erkenntnis aus mußte Smith versuchen, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte näher zu bestimmen. Das geschah durch die unglückselige Lohnbruchtheorie, wie ich sie zur Unterscheidung von ihrem späteren Abkömmling, der sogenannten Lohnfondstheorie, zu nennen vorgeschlagen habe. Er stellt in den Zähler des Bruchs das gesellschaftliche „Kapital“, in seinen Nenner die Zahl der Arbeiter: der Divisor ist der durchschnittliche Lohn, der sich nun auf die einzelnen Mitglieder der Arbeiterklasse je nach der „Seltenheit der Vorbedingungen“ verteilt, wie wir das im Eingang dargestellt haben.

Nun ist heute darüber kein Wort mehr zu verlieren, daß die Lohnbruchtheorie gerade so falsch und unhaltbar ist, wie die Lohnfondstheorie. Darüber sind die Akten endgültig geschlossen, und kaum der kleinste Klassenrabulist wagt es noch, diese rostige und zerbrochene Waffe zu schwenken.

Aber das interessiert uns hier nicht. Wir haben hier nur zu betrachten, welche Schlüsse Smith aus seiner Prämisse zog. Es sind die folgenden: wenn der Staat sich nicht einmischt, wenn er nicht durch die Privilegien und Monopole die freie Konkurrenz hindert, ihre Segnungen voll zu entfalten, dann wird jede Gesellschaft eine „fortschreitende“ sein, in der der Zähler jenes Lohnbruchs wesentlich stärker wächst als der Nenner. Der Lohn muß also in einer solchen Gesellschaft steigen: „Wenn in einem Lande die Nachfrage nach denjenigen, welche vom Arbeitslohn leben, nach Arbeitern, Tagelöhnern und Dienenden aller Art, beständig steigt, wenn jedes Jahr eine größere Anzahl derselben Beschäftigung findet, als das vorhergegangene, so brauchen die Arbeiter keine Vereinigung, um den Arbeitslohn in die Höhe zu treiben. Der Mangel an Händen erzeugt eine Konkurrenz unter den Arbeitgebern, welche einander überbieten, um Arbeiter zu bekommen. . . . Die Nachfrage nach den vom Arbeitslohn lebenden Personen kann augenscheinlich nur im Verhältnis zu dem Wachsen der Fonds steigen, welche für die Bezahlung der Arbeitslöhne bestimmt sind¹⁾).

1) A. a. O. S. 73.

Diese Fonds aber müssen überall dort, so nimmt Smith an, wo keine Eingriffe in den natürlichen Ablauf der Konkurrenz stattfinden, schneller wachsen als die Zahl der Arbeiter. Infolgedessen muß der Lohn im ungefähren Verhältnis zu der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit wachsen; und die Produktivität hängt, wo keine Eingriffe stattfinden und keine Monopole geschaffen werden, von nichts ab, als von der Höhe der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Vereinigung.

Demnach gilt also nach Smith die Produktivitätstheorie des Lohnes auch in der entfalteten „fortschreitenden“ Gesellschaft nach der Vollbesetzung des Bodens.

Aber die Entwicklung strafte die Theorie Lügen. Kein Zweifel, daß in dem Menschenalter, das seit Smith' Auftreten vergangen war, das gesellschaftliche Kapital in einem geradezu ungeheuerlich stärkeren Maße gewachsen war als die Zahl der Arbeiter, selbst wenn man, unter Außerachtlassung der Landarbeiter, nur die durch Zuwanderung in die Städte weit über ihre Geburtenrate hinaus angeschwollene Industriearbeiterschaft ins Auge faßte. Mochte man als Kapital betrachten, was man wollte, das sogenannte „volkswirtschaftliche“ in Gestalt von Fabrikanlagen usw. mit ihren Maschinen und Rohstoffen und den dazu gehörigen Landstraßen, Häfen, Seeschiffen usw. usw.; — oder das „privatwirtschaftliche“ in Gestalt des in den Händen der Kapitalistenklasse befindlichen Vermögens: der Zähler des Lohnbruchs war unzweifelhaft viel stärker gewachsen als der Nenner, und so hätte nach der Produktivitätstheorie der Lohn steigen müssen.

Aber er war gesunken; allenfalls hätte der kühnste Optimismus behaupten können, daß er, als Reallohn, auf seinem alten Stande geblieben sei. Das Elend der britischen Arbeiterschaft schrie, nein stank zum Himmel. Wir können uns die Tatsachen ersparen, sie sind geschichtsnotorisch. Und so war die Theorie in ihrer alten Form nicht mehr haltbar.

Es gab nur drei mögliche Auswege aus diesem theoretischen Dilemma. Entweder gab man die Lohnbruchtheorie vollkommen auf; dann aber hätte man mit ihr entweder auch die Konkurrenzlehre gänzlich fallen lassen müssen: das aber hätte bedeutet, die Tafel der Theorie völlig leer zu wischen, war also unmöglich. Oder: man mußte sich entschließen, einzugestehen, daß hier irgendwo ein gewaltiges Monopol wirke, das trotz der gewaltigen Stei-

gerung der Produktivität es verhinderte, daß die Segnungen der wachsenden volkswirtschaftlichen Kooperation sich einigermaßen gleichmäßig auf alle Klassen der Bevölkerung verteilten. Damit aber hätte die bürgerliche Ökonomik dem Sozialismus ein entscheidendes, ja sogar für sie vernichtendes Zugeständnis gemacht. Denn es war von jeher das große Argument der sozialistischen Doktrinen, daß Kapital und Grundeigentum Monopole, und Grundrente und Profit Monopolgewinne seien. Freilich handelt es sich hier mehr um Schlagworte als um ausgebaute ökonomische Theorien.

Aus diesem Grunde war (und ist noch heute) der Monopolbegriff für die bürgerlichen Ökonomen ein „heißes Eisen“, das man, wenn überhaupt, nur vorsichtig mit einer sehr langen Zange aufgreift, um es in irgendeiner Ecke zu verstecken, wo es keinen gefährlichen Brand anstiften kann. Man weiß, wie z. B. Ricardo mit einer lässigen Handbewegung den Begriff beiseite geschoben hat.

Und so blieb nur die dritte Möglichkeit: die Lohnbruchtheorie so umzugestalten, daß sie formal noch genügte. Den Nenner konnte man nicht verändern, und so machte man sich an den Zähler. An die Stelle des gesellschaftlichen Gesamtkapitals trat hier der „Subsistenzfonds“ der Arbeiterklasse, und zwar eingeeengt auf ihre Nahrungsmittel¹⁾. Malthus „bewies“, daß die Arbeiterschaft die Tendenz habe, immer schneller zu wachsen als ihr Subsistenzfonds; und damit war das physiokratische Lohngesetz, das dort noch ganz naiv postuliert war, in argumentierter Gestalt wieder zum Leben erweckt, und an die Stelle des Smithschen Optimismus in bezug auf die Entwicklung des Lohnes war der Pessimismus, an die Stelle der Produktivitätstheorie das eherne Lohngesetz getreten.

Über das Malthussche Bevölkerungsgesetz des breiteren zu handeln, ist hier nicht der Ort. Vor allem braucht hier nicht dargestellt zu werden, daß es durch die Entwicklung des tatsächlichen Verhältnisses zwischen Nahrungsmittelproduktion und Volkszahl und durch das relative Wachstum der städtischen Bevölkerung im Verhältnis zur ländlichen vollkommen widerlegt ist. Wir befinden uns hier im Reiche der reinen theoretischen Deduktion, und da genügt es zu sagen, daß der Malthussche Beweis rettungslos widerlegt ist. Dessen eine Prämisse ist nämlich das „Ge-

1) Bei Ricardo steht im Zähler vom Gesamtkapital nur noch der als „zirkulierendes Kapital“ bezeichnete Teil.

setz der sinkenden Erträge“; und dieses Gesetz hat er in einer falschen Formel zugrunde gelegt. Es gilt nur unter der Voraussetzung, daß „die landwirtschaftliche Geschicklichkeit die gleiche bleibt“, und Malthus hat übersehen, daß bei wachsender Volkszahl und wachsender Kooperation die landwirtschaftliche Technik unter ungestörten Verhältnissen die Tendenz haben muß, eine höhere Entwicklungsstufe zu ersteigen; und daß sie in der Tat sich regelmäßig (in politisch einigermaßen verwalteten Ländern) schneller entfaltet hat, als sich die Bevölkerung vermehrte.

Nun, jedenfalls hat nicht einmal Ricardo diesen entscheidenden Fehler bemerkt. Er nahm das Malthussche Bevölkerungsgesetz unter die grundlegenden Prämissen seiner Deduktion auf und verfeinerte die höchst krude Argumentation vor allem dadurch, daß er den „natürlichen Arbeitslohn“ neu bestimmte. Das geschah dadurch, daß er die Arbeit zu einer beliebig reproduzierbaren Ware gleich allen anderen Waren, „wie Kaliko und Schuhbürsten“, machte und deduzierte, daß ihr natürlicher Preis dementsprechend gleich ihren Reproduktionskosten sei¹⁾.

Auch diese Theorie ist unhaltbar. Der natürliche Preis (statistischer Preis) irgendeines Produktes hat seinem Produzenten über seine Selbstkosten hinaus einen Gewinn zu bringen, der ihm zu leben gestattet: ein Gewinn, der sich darstellt und rechtfertigt als die Vergütung für seine den Arbeitsstoffen zugesetzte „additional labour“, entsprechend ihrer Qualifikation. Das muß natürlich auch für den Arbeiter gelten. Er bringt gar nicht seine Arbeitskraft zu Markte, sondern „Dienste“; sein Arbeitslohn muß ihm bringen erstens die Selbstkosten des Zumarktebringens, also z. B. Verschleiß eigenen Werkgeräts und eigener Werkkleidung und besondere Ausgaben für Fahrten zur Arbeitsstätte; — und zweitens jenen Gewinn. Dieser Gewinn fällt in der Ricardoschen Theorie vollkommen unter den Tisch. Also ist, ich wiederhole es, auch diese Theorie unhaltbar. Ich habe das hier zu betonen, weil ich in dieser Beziehung mit Dietzel übereinstimme, wenigstens in der Folgerung: meine Begründung scheint er nicht zu kennen oder abzulehnen.

1) Ricardo knüpft hier an Adam Smith an, der geschrieben hatte: „Die Nachfrage nach Menschen bestimmt notwendig wie bei jeder anderen Ware auch die Erzeugung von Menschen“ (a. a. O. S. 86). Aber das bezieht sich ausschließlich auf eine „stillstehende Gesellschaft“. In komparativ-statistischer Betrachtung muß, wie gezeigt, ihm zufolge die Nachfrage nach Menschen immer ihr Angebot überwiegen. Bei Ricardo aber gilt das Gesetz auch für die fortschreitende Gesellschaft, und in der komparativ-statistischen Betrachtung sieht er die Dinge ebenso schwarz wie Smith rosig.

III. Heinrich Dietzels Produktivitätstheorie.

Dietzel ist zur Produktivitätstheorie und zu Adam Smith zurückgekehrt. Er hat bereits in einem Vortrag von 1900 „Kornzoll und Sozialreform“¹⁾ die „Konträrtheorie“ vorgetragen: „höherer Kornpreis, niedrigerer Lohn, niedrigerer Kornpreis, höherer Lohn“ (S. 27): eine erste Annäherung an die später voll ausgebildete Produktivitätstheorie.

Zum Verständnis des hier vorliegenden Streitfalls. Bei den Debatten über die Erhöhung der Kornzölle um die Jahrhundertwende gingen die Agrarier mit der Behauptung krebsen, daß der Lohn der Arbeiterschaft steigen werde, wenn die Zölle den Kornpreis erhöhen würden. Ihre Wortführer, darunter Diehl, beriefen sich auch auf Ricardo. Nun liegt die Sache so, daß Ricardo den Arbeitslohn in der Statik, im Banne der Malthusschen Bevölkerungstheorie, als das soziale Existenzminimum bestimmt hat, wie wir es soeben dargestellt haben. In der Kinetik mußte infolgedessen der Lohn mit dem Preise der Subsistenzmittel parallel schwanken: anders hätte er unter jenes Minimum sinken müssen, wenn der Kornpreis stieg. Kinetisch gilt also die Paralleltheorie. In der komparativ-statischen Betrachtung aber gilt die Konträrtheorie: die Grundrente steigt absolut und relativ, der Kapitalprofit sinkt absolut und relativ, der Nominallohn steigt, aber der Reallohn fällt, bis zuletzt das physiologische Existenzminimum erreicht ist.

Dietzel beruft sich schon damals, zwar nicht auf Adam Smith selbst, wohl aber auf Buchanan, seinen Kommentator (S. 33).

Dietzel ist dann zwei Jahre später, in einer Arbeit unter dem Titel: „Das Produzenteninteresse der Arbeiter und die Handelsfreiheit, ein Beitrag zur Theorie vom Arbeitsmarkt und vom Arbeitslohn“²⁾ ausführlich auf den Gegenstand zurückgekommen. Und hier beruft er sich ausdrücklich auf Adam Smith: „Wenn die Produktivität der Volkswirtschaft steigt . . . so muß die Nachfrage nach Arbeitskräften steigen, und, bei gleichbleibender Arbeiterziffer, demzufolge das Lohnniveau. Das Gesamtprodukt ist der wahre Lohnfonds. Je kräftiger es sich hebt, bei Gleichbleiben der Arbeiterziffer, desto kräftiger hebt sich das Arbeitereinkommen . . . Das Gesamtprodukt — den Dividendus — rascher wachsen zu lassen, als die Bevölkerung — der Divisor — wächst, und so mit Smith gesprochen, die Wirtschaftsgesellschaft zu einer ständig „fortschreitenden“ zu machen: dahin drängt das Gesamtinteresse,

1) Erschienen Berlin 1901.

2) Jena 1903.

mit dem das Interesse der Arbeiter, als Konsumenten wie als Produzenten, sich deckt, während das Interesse der Grund- und Kapitalrentner, deren Einkommen sinkt, wenn die Produktivität steigt, ihm entgegengesetzt ist“ (S. 100).

Auch noch in seiner neuesten Arbeit, in der die Produktivitätstheorie wieder verteidigt wird, wird ausdrücklich ausgesprochen, daß sie mit der Smithschen Lehre identisch ist. Es heißt in der Abhandlung „Vom Lehrwert der Wertlehre und vom Grundfehler der Marxschen Verteilungslehre“¹⁾: „Mit dem Hinweise auf den ‚Abzug vom Produkt‘, welchen die Eigentümer von Boden und Kapital, zufolge der wirtschaftlichen Überlegenheit, die der Besitz der Arbeitsmittel ihnen gewährleistet, den Arbeitern aufzuerlegen vermögen, setzt die Verteilungslehre ein, die in das Produktivitätsgesetz mündet.“ Seite 27 und 31 beruft er sich noch einmal auf diesen Kronzeugen: das Produktivitätsgesetz (die Kausalformel, daß der Lohn sich bewegt parallel der Produktivität), habe „schon Smith eindeutig vorgetragen“.

In der Tat ist die Dietzelsche Produktivitätstheorie die Smithsche, nach ihren Prämissen und nach ihren Folgerungen. Nun haben wir aber die zwingenden Gründe kennen gelernt, aus denen die auf Smith folgende Generation der Klassiker die Smithsche Theorie jener gewaltigen Korrektur unterziehen mußte. Der Lohn war eben nicht mit der Produktivität gestiegen. Das Bevölkerungsgesetz mußte entwickelt, aus der Lohnbruchtheorie mußte die Lohnfondstheorie gemacht werden, um diese Tatsache noch erklären zu können. Das weiß Dietzel natürlich. Er schreibt schon in „Kornzoll und Sozialreform“ (S. 32): „Der Grund, weshalb Ricardo sich der Konträrtheorie oft genug nähert, sie zeitweise streift, ohne sie jemals dauernd zu packen, liegt in der Malthusschen Bevölkerungslehre; diese ist es, welche ihn immer wieder zur Paralleltheorie zurückführt“. Und diese völlig richtige Darlegung wird im „Produzenteninteresse“ (S. 98) wiederholt.

Nun bekennt sich aber Dietzel nicht zum Malthusianismus. Er schreibt an der zuletzt genannten Stelle, Ricardo habe das Produktivitätsgesetz nur deshalb nicht klar und scharf ausgesprochen, weil er das Moment der Reaktion der Bevölkerungsziffer auf die Bewegung des Preises gewisser Bodenprodukte, nämlich der Lebensmittel, hereinzieht (ein Moment, das — weil die Reaktion

1) Leipzig und Erlangen 1921, S. 7.

so sein kann, wie Malthus sie annimmt und mit ihm Ricardo, aber ebensogut anders sein kann — ausgeschaltet werden muß“. Und wieder im „Lehrwert“ (S. 17/18): „Das eherne Lohngesetz war zuerst durch eine Reihe französischer Autoren ... auf oberflächliche Weise deduziert worden („sie lassen aber die These vom Existenzminimum als Lohnregulator unbewiesen oder begründen sie auf oberflächliche Weise“) aus dem Zuviel an Arbeitern, Zuwenig an Unternehmern. Dann zutreffend — das heißt unter der Annahme, daß die Bevölkerung in stärkerem Verhältnis steige, als die Produktivität der Bodenwirtschaft — durch Malthus aus dem Zuviel an Arbeitern, Zuwenig an „means of subsistence“.

Indem Dietzel derart das Malthussche Gesetz aus den Prämissen der Lohntheorie ausschaltet, weil es, wie er richtig erkennt, nicht bewiesen (und nicht beweisbar) sei, reißt er die Lücke im Beweisgang wieder auf, die jenes Gesetz materiell unrichtig, aber doch wenigstens formell geschlossen hatte. Die gewaltigen Tatsachen, die dazu gezwungen hatten, das Gesetz als Korrektur an der Smithschen Lohnbruchtheorie einzuführen, bleiben unerklärt.

Hier hilft sich nun Dietzel zunächst damit weiter, daß er die Behauptung aufstellt, die Tatsachen stimmten dennoch mit dem Produktivitätsgesetz überein: eine Behauptung, die dem Kenner der Geschichte des Frühkapitalismus geradezu den Atem verschlägt. Und zwar gelingt ihm der „Beweis“ für diese erstaunliche Behauptung durch eine „Theorie mit doppeltem Boden“, die sich, logisch betrachtet, als eine ungeheuerere *petitio principii* darstellt:

Schon in „Kornzoll und Sozialreform“ (S. 36) wird die Tatsache, daß die Arbeiter Englands höher bezahlt würden als die des Kontinents, was man für eine Folge des höheren Kornpreises Englands erklärt hatte, also nach der Paralleltheorie, in folgender Weise mit der Konträrtheorie oder Produktivitätstheorie in Übereinstimmung gebracht: „In Wahrheit war diese Tatsache die Folge der ... größeren Produktivität der britischen Industrie, durch welche der lohnmindernde Einfluß der geringeren Produktivität des britischen Kornbaues (die in dem, im Vergleich mit dem kontinentalen, weit höheren Kornpreise Englands reflektierte) wettgemacht wurde“. Diese Argumentation wird im „Produzenteninteresse“ wiederholt (S. 6, Anm. 3): „Es war vielmehr die höhere Produktivität der englischen Industrie ..., welche den Lohn der englischen Fabrikarbeiter trotz höheren Brotpreises höher hielt“. Bereits in der Periode der Kontinentalsperre sei, wie Torrens gezeigt habe,

„die Lohnsteigerung, die damals sich vollzog, nicht eingetreten, weil der Korn- und der Brotpreis damals gewaltig emporging, sondern trotzdem — deshalb, weil die englische Industrie im höheren Grade produktiver wurde, als der englische Kornbau unproduktiver“. Seite 93 heißt es: „Trotzdem in der Landwirtschaft das Gesetz des ‚abnehmenden Ertrages‘ sich geltend machte (dessen Folge das Steigen des Preises von Getreide usw. und damit der Grundrente war), ging der Lohn empor; denn die lohnmindernde Tendenz dieses Gesetzes wurde durch die lohnsteigernde Tendenz des Gesetzes des ‚zunehmenden Ertrages‘ in der Industrie überwogen. Zog die Minderung der Produktivität der Landwirtschaft den Lohn herab, so trieb die Steigerung der Produktivität der Industrie ihn herauf“. Und noch in der neuesten Publikation („Lehrwert“ S. 25) heißt es von der Periode 1793/1815: „Das Steigen der Produktivität der Kapitalwirtschaft (Industrie usw.) bewirkte, daß der Lohn weniger sank, als er anderenfalls gesunken wäre. Sondern die zunehmende Misere rührte daher, daß die Deckung des Bedarfs an Bodenerzeugnissen unter immer ‚ungünstigeren Verhältnissen‘ erfolgen mußte; daher, daß die Produktivität der Bodenvirtschaft sank“.

Man sieht, hier ist die Theorie in ausgesprochener *petitio principii* immer wieder durch sich selbst bewiesen. Sie stimmt immer. Wenn der Lohn sinkt, dann ist eben die Produktivität der Landwirtschaft noch stärker gefallen, als die der Industrie gestiegen; — wenn der Lohn steigt, so ist entweder die Produktivität der Landwirtschaft durch Verbesserung der „landwirtschaftlichen Geschicklichkeit“ oder durch die Hereinziehung besserer Böden in den Markt gestiegen, oder es wird die gesunkene Produktivität der Landwirtschaft überwogen durch die stärkere Steigerung der Produktivität der Industrie. Es stimmt immer! Es wird denn auch gar nicht der Versuch gemacht, die Behauptung durch Gegenüberstellung systematisch erhobener Produktivitätsziffern aus Landwirtschaft und Industrie wirklich zu erhärten: die Theorie mit dem doppelten Boden, die immer paßt, die alles erklärt, genügt dem Verfasser. Aber es gibt einen logischen Satz, der ihn widerlegt: „*nihil probat, qui nimis probat*“.

Aber mehr noch: wenn Dietzel die Produktivität der Landwirtschaft wirklich untersucht hätte, so hätte er gefunden, daß sie während der kapitalistischen Periode, von einigen Rückschlägen natürlich abgesehen, stark gestiegen ist, und zwar ganz gleichgültig, ob man die Produktivität je Arbeiter oder je

Ackerfläche ins Auge faßt. Gewiß ist die Produktion mit dem Fortschreiten der Bevölkerung auf immer geringere Böden gedrängt worden: aber die Fortschritte in der landwirtschaftlichen Technik waren in der gleichen Zeit so bedeutend, daß ganz unzweifelhaft auf der Flächeneinheit des heutigen Grenzbodens mehr Nahrungsmittel erzeugt werden als zu irgendeiner früheren Zeit auf der gleichen Flächeneinheit des damaligen, besseren Grenzbodens. Wir erinnern an die berühmte Feststellung Max Delbrücks, daß während des 19. Jahrhunderts die deutsche Nutzpflanzenenerzeugung sich vervierfacht hat, während die Bevölkerung sich kaum verdoppelte.

Nach der Produktivitätstheorie hätte sich also der Lohn schon aus dem Grunde heben müssen, weil das letzte Ackerstück und der letzte Arbeiter höhere Produktivität hatten, je mehr die Zeit vorschritt. Und diese Tendenz hätte durch die auch von Dietzel selbstverständlich zugestandene viel stärkere Vermehrung der industriellen Produktivität noch sehr kräftig gesteigert werden müssen. Da eine „Produktivitätstheorie“ des Lohnes offenbar nur dann richtig sein kann, wenn die Bewegung der Lohnkurve wenigstens einigermaßen mit der Produktivitätskurve übereinstimmt, so ist sie schon durch diese Betrachtungen widerlegt.

Aber wir wollen uns nicht auf Tatsachen berufen. Darüber läßt sich endlos streiten. Da niemand imstande ist, den Grenzboden, und noch weniger das „Grenzprodukt des Grenzkapitals auf Grenzboden“ aufzufinden und mengenmäßig zu bestimmen, so könnte die Theorie, wenn auch kaum Auswege, so doch Ausflüchte finden. Wir befinden uns hier im Reich der reinen Deduktion: „Mit der ‚flachen Empirie‘ geht es nicht — man muß ‚zurück zu der klassischen Methode‘, wie sie von Ricardo, Thünen, Marx geübt wurde“¹⁾. Tatsachen dürfen uns nur als Ausgangspunkt, und dann, in der *quaestio facti*, zur Verifikation dienen. Damit stimme ich mit Dietzel, einem der wenigen, und einem der bedeutenderen, noch existierenden Anhänger der klassischen Methode grundsätzlich vollkommen überein. Ich glaube, daß der schöne Satz von ihm stammt, daß man die Rätsel nicht mit dem löst, was man sieht, sondern was man nicht sieht.

Wir wollen also rein deduktiv vorgehen. Zunächst ist festzustellen, wie Dietzel zu der beherrschenden Vorstellung gelangt,

1) Ein Zitat aus A. Schulz, das Dietzel mit voller Billigung bringt (Produzenteninteresse, S. 114).

daß im Laufe der kapitalistischen Entwicklung die Produktivität der Landwirtschaft resp. des letzten Arbeiters in der Landwirtschaft gesunken sei. Die Erklärung ist ebenso einfach wie verblüffend. Er, der das Malthussche Bevölkerungsprinzip „auszuschalten“ will, hat es unvermerkterweise dennoch zur Prämisse seiner gesamten Deduktion gemacht.

Um das klar darzustellen, muß etwas weiter ausgeholt werden. Ricardo hat sein Grundrentengesetz entwickelt, indem er den Anbau auf den Böden der besten Bonität und Marktlage beginnen und zu Böden von immer geringerer Bonität und ungünstigerer Marktlage vorschreiten ließ. Das war für die Geltung der Grundrentenlehre ohne Belang. Sie gilt, wenn in irgendeinem Zustande, einer „Statik“, Böden verschiedener Rentierung nebeneinander bewirtschaftet werden. Sie gilt auch für den Fall, daß (komparativ-statisch) der Ertrag des geringeren Grenzbodens einer späteren Zeit größer ist als der Ertrag des besseren Grenzbodens einer früheren Zeit. Wenn nur nebeneinander Unterschiede bestehen, so besteht Rente.

Der berühmte Careysche Einwand gegen Ricardo, der Gang der Bodenkultur sei nicht vom besseren zum schlechteren, sondern vom schlechteren zum besseren erfolgt, zieht also nicht, obgleich er im großen und ganzen wahr ist. Wohl aber zieht er gegen das Bevölkerungsgesetz. Dieses steht und fällt mit der doppelten Behauptung, daß der Gang der Bodenkultur vom besseren zum schlechteren Boden erfolge, und daß die Grenzproduktivität der Landwirtschaft durch die mit der Kooperation notwendig entstehenden besseren Werkzeuge und Methoden nicht vermehrt, das Gesetz der sinkenden Erträge nicht überkompensiert werde. Diese beiden Behauptungen zusammen konstituieren das Bevölkerungsgesetz.

Und diese beiden Behauptungen macht sich Dietzel zu eigen.

Auch hier der „doppelte Boden“. Wenn die Produktivitätstheorie abgeleitet werden soll, wird das Bevölkerungsgesetz ausgeschaltet, und wenn sie mit den Tatsachen in Übereinstimmung gebracht werden muß, wird es wieder eingeschaltet. Selbstverständlich zweifle ich nicht im mindesten daran, daß das vollkommen bona fide geschieht. Dietzel hat sich nicht klar gemacht, daß jene beiden Behauptungen bereits den vollen Malthusianismus ausmachen — abgesehen von der reservatio ecclesiastica des Briten, daß „moral restraint“ der Arbeiterschaft ihre Zahl genügend vermindern könnte, um ihr Überangebot schwinden zu machen und dadurch den Lohn

zu heben. Diese Einschränkung ist offenbar nichts anderes als eine Konsequenz der falschen Beweisführung selbst, von der wir hier daher nicht weiter zu sprechen brauchen, wenn auch Dietzel selbst auf diesen Punkt bedeutendes Gewicht legt und legen muß, da er von hier aus (wenn er ausschaltet) die ihm unentbehrlichen Argumente gegen Ricardo gewinnt, um die Paralleltheorie abzuweisen¹⁾. Wir brauchen uns bei diesen Dingen nicht aufzuhalten. Denn Dietzel hat es dankenswerter Weise unternommen, seine Produktivitätstheorie durch eine selbständige Deduktion zu erhärten. Schon in seiner ersten Schrift von 1901 schreibt er (S. 42):

„Denken wir uns ein Gebiet, in welchem nur Korn gebaut wird, und in welchem es nur gibt Grundherrn und Arbeiter, freie, aber landlose Arbeiter. Dann bedingt also die Bewegung der Arbeiterziffer sowohl die Bewegung der Nachfrage nach Korn wie die der Nachfrage nach Beschäftigung in der Kornproduktion.

„Das Land ist in diesem Gebiete, wie überall in Wirklichkeit, von verschiedener Produktivität, d. h., hier erzielt gleiches Arbeitsquantum mehr, dort weniger Korn. Zunächst sei nun folgende Situation gegeben:

„Gemäß der derzeit vorhandenen Gesamtnachfrage der Arbeiter nach Korn und nach Beschäftigung stehen drei Bodenklassen in Kultur, sind gerade voll in Anspruch genommen. Nämlich Land I. Klasse, wo der Arbeiter im Durchschnitt 8 Ztr., Land II. Klasse, wo er im Durchschnitt 7 Ztr., Land III. Klasse, wo er im Durchschnitt 6 Ztr. Korn erbringt. Land IV. Klasse — wo das Kopfprodukt an Korn nur 5 Ztr. beträgt — ist noch frei.

„Wie hoch wird, bei dieser Situation, sich der Lohn stellen? Um die Einsicht möglichst zu erleichtern, ist es zweckmäßig anzunehmen, daß die Arbeiter in natura, in Korn, gelohnt werden. Was die Grundherrn an Korn noch übrig haben, nachdem sie die Arbeiter gelohnt und ihren Eigenbedarf gedeckt haben, verkaufen sie ins Ausland.

„Der Kornlohn nun wird unter diesen Umständen, bei diesem Stande der Kornproduktion und der Produktivität des Kornbaus, zwischen 5 und 6 Ztr. Korn betragen. Er muß liegen zwischen 5 Ztr., d. h. demjenigen Kornquantum, welches auf dem noch freien, für die Arbeiter erreichbaren Lande IV. Klasse producibel wäre, und 6 Ztr., d. h. demjenigen Kornquantum, welches das Produkt des Arbeiters auf Land III. Klasse, auf dem mindestproduktiven,

1) Vgl. Lehrwert, S. 18.

in Privateigentum stehenden Lande bildet. Der Lohn kann nicht unter 5 Ztr., er kann nicht über 6 Ztr. betragen. Seine Höhe ist streng determiniert. Weshalb nicht über 6 Ztr.? Weil ja kein Herr von Land III. Klasse Arbeiter anstellen würde, falls sie mehr Korn als Lohn forderten, als sie ihm produzieren.

„Dieser Lohnsatz — zwischen 5 und 6 Ztr. — wird aber natürlich auch maßgebend sein für den Kornlohn der Arbeiter auf Land II. und I. Klasse, wird den schlechthin allgemeinen Lohnsatz bilden. Können die Herren von Land III. Klasse nicht mehr als 6 Ztr. geben, so brauchen die Herrn des bessern Landes nicht mehr zu geben; die Arbeiter müssen ihnen ja doch kommen, da sie auf Land IV. Klasse noch weniger erhielten.

„Der Geldpreis des Kornes (wie der Geldpreis jedes andern, nicht monopolisierten Produkts) richtet sich, laut der bekannten Ricardoschen Formel, nach den, kurz gesagt, Maximalkosten, d. h. nach dem Kostenquantum, das aufläuft auf dem mindestproduktiven Lande — hier: Land III. Klasse — welches noch mitgenutzt werden muß, um den gegebenen Kornbedarf voll zu decken.

„Der Kornpreis der Arbeit, der Kornlohn, richtet sich nach dem Minimalprodukt, d. h. nach dem Kornquantum, das derjenige Arbeiter erbringt, welcher auf dem mindestproduktiven Lande — hier: Land III. Klasse — Beschäftigung sucht und deshalb suchen muß, weil alles produktivere Land bereits mit Arbeitern gesättigt ist.

„Das Minimalprodukt an Korn beträgt im Beispiel 6 Ztr. Der Lohn steht notwendigerweise, wie gesagt, etwas tiefer, steht unter 6, über 5 Ztr. Nehmen wir an: auf $5\frac{1}{2}$ Ztr. Korn.

„Die Differenz zwischen diesem, durch das Minimalprodukt regulierten Kornquantum, welches den Arbeitern als Lohn gezahlt wird, und dem höheren Kornquantum, welches sie den Grundherrschaften produzieren, bildet die Rente — hier Kornrente.

„Für das Land III. Klasse beläuft sich die Rente auf $\frac{1}{2}$ ($6 - 5\frac{1}{2}$ Ztr.), für Land II. Klasse auf $1\frac{1}{2}$ ($7 - 5\frac{1}{2}$), für Land I. Klasse auf $2\frac{1}{2}$ ($8 - 5\frac{1}{2}$) Ztr.

„Lohn und Rente stellen sich, wo Naturalwirtschaft waltet, sinnfällig als Anteile am realen Produkt dar. Wächst der Anteil jenes, so muß der Anteil dieser fallen; und umgekehrt. Supponiert man, wie in unserm Beispiel, Naturallohnung, so ist es unmöglich, das Konträre von Lohn und Rente zu verkennen.

„Denken wir uns nun: die Produktivität des Kornbaus steige in diesem Gebiet. Es werden nämlich so viel Böden II. Klasse neu

erschlossen, daß alle Böden III. Klasse außer Kultur treten, alle Arbeiter, die bisher darauf beschäftigt waren, Arbeit auf Böden III. Klasse finden können.

„Die Folge ist: jetzt wird das Kopfprodukt des Arbeiters auf Land II. Klasse, nämlich 7 Ztr., als jetziges Minimalprodukt, maßgebend für den Lohn; er steigt auf einen Betrag zwischen 6 und 7 Ztr., sagen wir auf $6\frac{1}{2}$ Ztr. Korn. Denn sonst würden ja die Herrn von Land III. Klasse die Arbeiter festhalten. Der Kornlohn steigt von $5\frac{1}{2}$ auf $6\frac{1}{2}$ Ztr. Pari passu aber sinkt die Kornrente — auf Land I. Klasse von $2\frac{1}{2}$ auf $1\frac{1}{2}$, auf Land II. Klasse von $1\frac{1}{2}$ auf $\frac{1}{2}$ Ztr.

„Die Produktivität des Kornbaus steige noch weiter. Es werden soviel Böden I. Klasse, bezüglich noch bessere Böden Ia Klasse disponibel, daß die Außerkultursetzung aller Böden II., bezüglich sogar I. Klasse erfolgen kann. Dann geht der Kornlohn weiter empor, die Kornrente weiter herab.

„Steigt die Produktivität, so sinkt die Kornrente, steigt der Kornlohn.

„Mit diesem Satze ist die Theorie Ricardos, daß, wenn die Produktivität steige, der Preis des Korns und mit ihm die Rente sinke, materiell durchaus identisch. Es fehlt nur bei Ricardo die zur Klarheit unerläßliche Betonung der Konträrbewegung von Rente und Lohn.“

Soweit Dietzel! Nun, es muß klar ausgesprochen werden, daß das erstens nicht Ricardo ist (es ist auch nicht Thünen), und zweitens und vor allem: daß aus diesen Prämissen diese Konsequenzen unmöglich folgen können.

Erstens: Es ist nicht Ricardo. Zunächst würde Ricardo mit der letzten Energie gegen die Behauptung protestieren, daß hier auf Grenzboden eine Rente abfalle (ein halber Zentner). Dietzel hat vergessen, daß unter den von ihm vorausgesetzten Verhältnissen die Grundherren zugleich ihre eigenen Pächter, das heißt Kapitalisten sind. Jene Differenz zwischen Arbeitsertrag und Arbeitslohn auf dem Grenzboden ist nach Ricardo Kapitalprofit, Rente fällt nicht ab. Der Gegenstand wäre ohne viel Bedeutung, da Dietzel sagen könnte, er verstehe hier unter Rente, wie es z. B. Rodbertus tat, Grundrente und Kapitalprofit in einem. Aber Dietzel hat in seinen späteren Veröffentlichungen diese „Rente“ klar als einen Abzug vom Arbeitsertrage bezeichnet und sich damit der Monopoltheorie des Lohnes bedenklich genähert; wir kommen bei dem Thema „Monopol“ noch darauf zurück.

Zweitens: Es ist auch nicht Ricardo, weil hier die unabhängig Variable fehlt, von der Ricardo alles andere als abhängig Variable dependieren läßt: der Kornpreis, unter dem er, und wir werden ihm darin jetzt folgen, den Preis des Urprodukts im allgemeinen versteht. Dieser Kornpreis hängt freilich seinerseits wieder von einer außerökonomischen, rein naturgesetzlichen Variablen ab, nämlich der Bevölkerungsbewegung und ihrem Nahrungsbedarf. Aber für die Ökonomik in ihrem eigentlichen Bezirk ist das „Datum“, die unabhängig Variable, nur der Marktpreis. Wenn er steigt, wird der Anbau auf geringere oder marktfernere Böden gedrängt, und steigt die Rente; — wenn er sinkt, werden bisherige Grenzböden verlassen, und sinkt die Rente.

Der Lohn aber wird nach Ricardo durch alle diese Verschiebungen in der Statik durchaus nicht berührt. Es ist geradezu das thema probandum seiner ganzen Beweisführung, daß das nicht geschieht. Er will beweisen, daß das Grundeigentum kein Monopol ist. Durch seine Grundrententheorie beweist er in der Tat, daß der Kornpreis kein Monopolpreis ist: er ist immer statischer Konkurrenzpreis, im Ausdruck der Klassiker „natürlicher Preis“. Damit ist die eine der beiden möglichen Anschauungen, daß das Grundeigentum ein Verkaufsmonopol besitze und die Rente als Aufschlag auf den Preis des Urprodukts zu Lasten der Konsumenten einziehe, abgewiesen. Nun bleibt noch die zweite Möglichkeit: daß das Grundeigentum ein Einkaufsmonopol besitzt, das heißt, die Dienste der Arbeiter unter ihrem Werte einkaufe und die Differenz beim Verkauf des Korns zu seinem natürlichen Preise „realisiere“. Gegen diesen Einwand aber ist Ricardo durch die Lohnfondstheorie geschützt. In seiner Formel, in der im Zähler des Bruches von dem gesellschaftlichen Gesamtkapital nur noch das zirkulierende Kapital steht, während der Nenner die Zahl der Arbeiter ausdrückt, steht nichts von Grundrente. Solange die „Lohnfondstheorie“ galt, war eine Verteidigung der bürgerlichen Ordnung gegen die „Monopol-Lohn-Theorie“ nicht nötig. Und gegen die „Monopol-Preis-Theorie“ war sie durch die in dieser Beziehung unbestreitbar richtige Grundrententheorie gesichert, wie Ricardo sie so scharfsinnig aufgebaut hat.

Der Preis des Getreides aber ist nach Ricardo bestimmt als dessen „Arbeitswert“. Von diesem Wert erhält das Kapital als Profit einen, und der Lohn den anderen Teil, je nach Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Der Lohn kann nur steigen wenn der Profit sinkt, nur sinken, wenn er steigt. Und dieses

Verhältnis wird nach Ricardo bei Steigen des Marktpreises infolge vermehrter Bevölkerung und ihrer Nachfrage nur außerordentlich langsam (in der Betrachtung der komparativen Statik) verändert. Wenn man von dieser sehr langsamen Veränderung, wie Ricardo es selbst in der Regel tut, als einer für kürzere Zeiträume mit Recht zu vernachlässigenden Größe absieht, also davon absieht, daß der Profit langsam sinkt, und der Geldlohn der Arbeiter langsam steigt, während ihr Reallohn sinkt: dann kann man sagen, daß unter sonst gleichen Umständen das Steigen des Marktpreises für Korn den Arbeitslohn durchaus nicht beeinflußt. Den Mehrpreis nimmt die Rente, Profit und Lohn bleiben auf der alten Höhe.

Drittens: Es ist schließlich nicht Ricardo, daß in der Dietzelschen Konstruktion die Gestaltung des Lohnes auch auf die Dauer und im Durchschnitt von der Zahl der Arbeiter abhängig gemacht wird. Für Ricardo ist Axiom (Konsequenz des Bevölkerungsgesetzes), daß, abgesehen von einzelnen kinetischen Schwankungen, immer nicht nur soviel Arbeiter vorhanden sind, wie das Kapital bei der bestehenden Marktlage zu beschäftigen wünscht, sondern mehr.

Wir könnten noch eine Anzahl von weniger bedeutsamen Punkten anführen, in denen diese Deduktion völlig unricardisch, ja antiricardisch ist. Aber wir wollen von diesem Gegenstand nicht weiter handeln und uns zu dem wichtigeren Nachweise wenden, daß aus diesen Prämissen die Dietzelschen Konklusionen gar nicht gezogen werden können.

Ja noch mehr: Aus den Dietzelschen Prämissen kann überhaupt keine Konklusion gezogen werden. Die Daten reichen nicht aus. So wenig wie es möglich ist, ein Dreieck zu berechnen, wenn nur eine Seite und ein Winkel gegeben sind, so wenig läßt sich aus den unzureichenden Daten etwas folgern, die Dietzel gibt.

Es geht nicht ohne den Marktpreis! Er ist unentbehrliches Datum des Problems. Daß Dietzel das nicht beachtet hat, verführt ihn zu den schwersten Inkonsequenzen. Er schreibt im dritten Absatz des Problems: „Gemäß der derzeit vorhandenen Gesamtnachfrage der Arbeiter nach Korn und nach Beschäftigung, stehen drei Bodenklassen in Kultur“. Aber am Schluß des vierten Absatzes heißt es: „Was die Grundherren an Korn noch übrig haben, nachdem sie die Arbeiter gelohnt und ihren eigenen Bedarf gedeckt haben, verkaufen sie ins Ausland“. Das ist ein offen-

kundiger Widerspruch: das Ausmaß des produzierten Korns wird also nicht, wie es nach Satz 1 der Fall sein müßte, bestimmt durch die Gesamtnachfrage der Arbeiter (zuzüglich des Eigenbedarfs der Grundherren), sondern durch diese Größe zuzüglich der ins Ausland exportierten Menge.

Und zwar handelt es sich hier nicht um eine folgenlose Inkonsequenz. Wenn nämlich die Grundherren keinen Überschuß zu verkaufen hätten, so hätten sie nirgends Profit für ihr Kapital und auf den Böden höherer Rentierung ferner keine Grundrente. Sie hätten nichts als einen überaus bescheidenen Mehrlohn für ihre Leiterarbeit, für dasjenige also, was Dietzels große Autorität, Thünen als „Industriebelohnung“ streng von dem eigentlichen Kapitalprofit, der Risikoprämie und dem Unternehmerge Gewinn scheidet (II § 7). Unter dieser Voraussetzung aber gäbe es keine kapitalistische Wirtschaft — und gerade diese mit ihrer Verteilung der Einkommen ist ja zu deduzieren.

Dietzel nimmt also selbst einen Markt an, auf den der Überschuß an Korn seines isolierten Landes exportiert werden muß. Das aber heißt nichts anderes, als daß dort ein Marktpreis bestehen muß, der höher ist als die Selbstkosten zuzüglich der Transportkosten. Kein Kaufmann aus einem fremden Lande kann in Dietzels Problemland kommen, um dort Getreide zu kaufen, wenn er mehr an Transportkosten, zuzüglich seiner Entlohnung (und, in der kapitalistischen Gesellschaft zuzüglich seines Profits) der Risikoprämie, der Versicherung usw. aufzuwenden hat, als ihm das in seine Heimat importierte Korn zu dem dortigen Marktpreise bringen wird. Und kein Grundherr des Problemlandes kann Korn exportieren, wenn ihn der Transport mehr kostet, als ihm der Verkaufspreis einbringen wird.

Wir wollen nun unsererseits dieses unentbehrliche Datum den Dietzelschen Daten hinzufügen und betrachten, was dann die Deduktion ergibt. Das heißt: wir wollen wirklich die Deduktion im Ricardoschen und Thünenschen Geiste durchführen:

Zu irgendeiner Zeit erreicht der Marktpreis des Importlandes die Höhe, die es gestattet, im Problemlande den Boden bester Klasse in Kultur zu nehmen. Hier erbringt der Arbeiter nach Dietzel 8 Ztr. Korn (wir müssen uns seiner Zahlen bedienen, obgleich wir gewünscht hätten, daß er sie vorsichtiger ausgewählt hätte. Der Bedarf einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie an Brotkorn allein ist etwa 15 Ztr. im Jahre; dazu kommen Kartoffeln als Nahrung für Menschen und in der Regel Schweine, die verschiedensten

anderen Naturalien und ein Barlohn, den Thünen für das Mecklenburg der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bereits mit 30 Talern Gold angab¹⁾, und der ebenfalls in Korn umgerechnet werden müßte. Der Leser mag, wenn er künftig Zentner liest, darunter eine wesentliche höhere Gewichtseinheit verstehen).

Nach Dietzels Auseinandersetzung würde der Lohn hier ungefähr $7\frac{1}{2}$ Ztr. Korn betragen. Da der Arbeiter nach seinen weiteren Angaben auch noch bei $5\frac{1}{2}$ Ztr. Lohn, ja, bei noch geringerem Lohn bestehen kann (sein Existenzminimum ist hier nicht angegeben), so wollen wir annehmen und dürfen wir annehmen — denn wir befinden uns hier in der reinen Deduktion, wo jede nicht in sich widersinnige Annahme erlaubt ist, wo man sozusagen in die unbenannten Zahlen der Problemlösung jede beliebige benannte Zahl einsetzen darf — daß mit 2 Ztr. Korn sein Nahrungsbedürfnis gedeckt ist. Bleiben also dem Arbeiter im ersten Stadium $5\frac{1}{2}$ Ztr. Korn für seine übrigen Bedürfnisse. Nimm an, der Zentner Korn sei 100 Geldeinheiten (G.) wert (Marktpreis abzüglich Transportkosten, also „Gutspreis“ nach Thünen), so ist der Lohn alles in allem 750 G. Davon bleiben 550 G. für Nichtnahrungsgüter.

Nun steige der Marktpreis so hoch, daß Boden zweiter Klasse in Anbau genommen werden kann und muß. Wie hoch muß der Marktpreis sein? Das können wir bestimmen. Er muß nach Ricardos Gesetz, das Dietzel ausdrücklich akzeptiert hat, so hoch sein, daß auf Boden II, wo je Arbeiter nur 7 Zentner erzeugt werden, das Gesamteinkommen des Arbeiters plus dem Profit des Unternehmers an diesem Arbeiter so groß ist, wie vorher auf Boden I, als er noch Grenzboden war, also ebenfalls 800 G. Wir sagten ja soeben, daß Lohn und Profit von der Steigerung des Marktpreises durchaus nicht berührt werden. Der Zentner Korn steigt also auf 114,3 G. Wenn der Teilungsschlüssel zwischen dem Arbeiter und dem Kapitalisten der gleiche bleibt — und es liegt kein Grund vor, eine Änderung anzunehmen²⁾ — erhalten beide die gleiche Geldsumme, jener 750, dieser 50 G.:

1) Isolierter Staat, Ausg. Waentig, S. 416.

2) Wenn Dietzel den Anteil, dasjenige, was er „Rente“ nennt, des Besitzers von Grenzboden immer auf $\frac{1}{2}$ Zentner annimmt, so stellt er, was er wohl übersehen hat, den Arbeiter immer schlechter, weil er unter dieser Voraussetzung einen immer geringeren Prozentanteil des Produktes erhält: Zuerst $\frac{15}{16} = 93,7\%$ dann $\frac{13}{14} = 92,8\%$ usw. Im übrigen bleibt unsere Widerlegung auch bestehen, wenn man dem Kapitalisten jedesmal seinen halben Zentner zubilligt.

Der Nominallohn ist der gleiche geblieben! Der Reallohn ist sogar gestiegen! Denn: wie Dietzel selbst annimmt, wächst ja mit zunehmender Bevölkerung die Produktivität der unter dem Gesetz der steigenden Erträge stehenden Industrie. Nimm an, sie sei um 20% gewachsen, das heißt die Preise der Industrieprodukte seien durchschnittlich um 20% gefallen. Nun braucht der Arbeiter 2 Ztr. für seine Nahrung — der Lohn von $7\frac{1}{2}$ Ztr. soll ja nach Dietzel einen außerordentlich hohen Standard gewähren — und so bleiben ihm im ersten Stadium 550 G., im zweiten, weil die 2 Ztr. Selbstverbrauch, 28,6 G. mehr kosten, nur 521,4 G. für den Kauf von Industriewaren. Dafür aber kauft er, berechnet auf den früheren Wert, für 625,7 G., das heißt um rund 14% mehr Industriewaren. Sein Reallohn, seine Gesamtkaufkraft ist um ca. 14% gestiegen.

Lassen wir nun Bevölkerung und Marktpreis weitersteigen, bis der letzte, nach Ricardo überhaupt noch anbaufähige Boden mit dem Ertrage von 3 Ztr. in Angriff genommen werden muß¹⁾. Auch hier ist der Marktpreis dieser 3 Ztr. = 800 G., also 266,66 G. je Zentner; auch hier erhält der Arbeiter mindestens 750, der Kapitalist 50 G. (mindestens: denn hier sind die Gesetze in Kraft getreten, die die komparative Statik beherrschen; der Kapitalist erhält nach Ricardo einen kleineren, der Arbeiter einen größeren Anteil am Werte des Erzeugnisses. Aber davon wollen wir hier absehen). Der Arbeiter braucht nach wie vor 2 Ztr. Korn = 533,33 G. Es bleiben ihm für Industrieprodukte also 216,66 G. Um wieviel dürfen wir, ohne aus der Wahrscheinlichkeit hervorzutreten, annehmen, daß die Industrieprodukte im Preise gefallen sind? Wir befinden uns unmittelbar vor der „Schlußkatastrophe“, wo aller überhaupt noch anbaufähige Boden in Angriff genommen werden muß, wo also die Erdbevölkerung fast den höchsten Stand erreicht hat, den Ricardo für möglich hält. Wir wollen, überaus mäßig, annehmen, daß die Industriewaren immer noch durchschnittlich ein volles Drittel desjenigen Preises kosten, den sie zur Zeit der geringsten Bevölkerungszahl und der eben beginnenden Industrie kosteten: dann kauft jener Lohnrest für 650 G. des alten Warenwertes, ist also gegenüber dem Anfangssachlohn um rund 18% gestiegen.

1) Nach Ricardo kann Boden, der gerade nur noch den, auf das physiologische Existenzminimum gesunkenen Arbeitslohn erbringt, nicht mehr in Kultur genommen werden, weil auf ihm kein Kapital mehr, auch nicht mit dem geringsten Profit, investiert werden kann (vgl. mein „David Ricardos Grundrentenlehre“, S. 73 ff., namentlich S. 80).

Auf diese Weise ist also die wirkliche Bewegung des Lohnes nicht zu erklären. Sie ist formell nur zu deduzieren, wenn man das „ausgeschaltete“ Malthussche Bevölkerungsgesetz wieder einschaltet.

Das haben wir in unserer soeben beendeten Deduktion zu einem Teil bereits getan und damit bewußterweise auf ein sehr starkes Argument verzichtet. Wir haben mit Ricardo und Dietzel angenommen, daß „die landwirtschaftliche Technik die gleiche bleibt“, daß also trotz dem Fortschreiten der Bevölkerung und der Arbeitsteilung die auf Böden geringerer natürlicher Güte gedrängte Landeskultur je Flächeneinheit weniger Korn erzeugen müsse, als vorher auf Böden besserer Bonität. Diese Annahme ist samt ihrer Voraussetzung unhaltbar. Trotzdem ergibt sich sogar aus diesem falschen Ansatz nicht eine Senkung, sondern eine Steigerung des realen Lohnes.

Um die Deduktion mit der Tatsache der geschichtlichen Lohnkurve in Einklang zu bringen, muß man eben den Malthusianismus in seiner vollen Ausgestaltung unter die Prämissen aufnehmen, das heißt, muß außerdem noch annehmen, daß immer mehr Arbeiter vorhanden sind, als bei der Gesamtlage der Gesellschaftswirtschaft gebraucht werden. Da Dietzel diese Voraussetzung ex professo „ausgeschaltet“ hat, kann er sein Beweisziel niemals erreichen.

Was Dietzel vorgetragen hat, ist nichts als die alte Ricardosche Grundrententheorie: das nie bestrittene Gesetz, daß der Arbeiter und der Kapitalist zusammen, je mehr die Bevölkerung vorschreitet, von den besseren Böden einen immer geringeren Anteil des dort erzeugten Rohproduktes erhalten, dessen Rest an den Grundherren fällt. Aber damit hat er für die Theorie des Lohnes auch nicht das Mindeste geleistet. Denn trotz alledem hätte unter diesen Verhältnissen der Lohn des Arbeiters von Anfang an sehr hoch stehen und dauernd, als Sachlohn, stark steigen können. Das Problem der kapitalistischen Lohnbewegung aber besteht gerade darin, zu erklären, warum der Lohn von Anfang an sehr niedrig stand und nicht dauernd und stark gestiegen ist.

Es dient bekanntlich der vollkommenen Widerlegung sehr, wenn man den Quellpunkt des gegnerischen Irrtums aufdeckt. Uns will scheinen, als sei Dietzel hier den Assoziationen zum Opfer gefallen, die sich mit dem Worte „Kornlohn“ verbinden. Wir brauchen diesen Begriff, wenn wir in vergleichenden lohnstatistischen Untersuchungen feststellen wollen, wie die Schwankungen

des Geldlohns, die wir unmittelbar erfassen können, die Gesamtlage des Arbeiters beeinflußt haben, da ja bei steigendem Geldlohn der Reallohn fallen kann und umgekehrt. Hier rechnen wir also den Geldlohn in Korn oder, wie es Gustav Steffen in seiner meisterhaften Untersuchung „Studien zur Geschichte der englischen Lohnarbeiter¹⁾“ getan hat, in den durchschnittlichen Nahrungsmittelbedarf einer Arbeiterfamilie um. Umgekehrt muß aber auch naturaler Kornlohn in Geld umgerechnet werden: anders läßt sich gar nichts damit anfangen, wie Figura zeigt²⁾. Das hat Dietzel versäumt und darum fehlt in den Daten seines Problems ein unentbehrliches Glied. Hier ist das Isolierverfahren unerlaubt übertrieben worden: die Abstraktion darf nur von zufälligen, aber nie von essentiellen Bedingungen des Geschehens abstrahieren.

Wie ist denn nun in Wirklichkeit unser Problem zu lösen? Aus welchen Ursachen hat die Lohnkurve der kapitalistischen Gesellschaft ihre, uns als Problem aufgegebene Gestalt erhalten?

Wir werden dem Problem noch näherkommen, wenn wir die Argumente betrachten, die Dietzel in seiner letzten Schrift über den Gegenstand („Lehrwert“ S. 22) beigebracht hat:

„Supponiert man mit ihm (Thünen), . . . daß die Arbeiter von den Bodeneigentümern entlohnt werden in natura, mit einer Quote ihres realen Arbeitsprodukts, so erhellt um vieles deutlicher als aus dem Kapitel II, bzw. Kapitel V der Principles (von Ricardo), daß der Exploitationsgrad genau variiert mit der Produktivität der Bodenwirtschaft . . .

„Allmählich besiedele sich ein Land; eine Kolonie eines europäischen Staates. Das Existenzminimum der Arbeiter, die dahin wandern, betrage acht Einheiten Bodenerzeugnisse (Korn usw.). Die Böden seien von verschiedener Produktivität; auf

1) Stuttgart 1904.

2) Dietzel schreibt freilich (S. 47): „Ob, wie in unserem Beispiel angenommen, Kornlohn oder, wie in Wirklichkeit Geldlohn gezahlt wird, ändert an dem Verlauf der Rente- und Lohnbewegung nicht das Mindeste. Auch wenn in Form von Geld ein-kassiert, bleiben Rente und Lohn doch immer Quoten des Erlöses des realen Produkts; auch dann muß jener fallen, wenn dieser steigt und umgekehrt.“ Die Bemerkung zeigt, daß Dietzel das Problem eben nicht durchgedacht hat. Es ist für den Lohn ohne Belang, ob „die Arbeiter als Lohn eine Geldsumme erhalten, die größeren Kornwert darstellt (d. h. eine Summe, die ihnen, wenn sie sie ganz für Korn verausgabten, gestatten würde, mehr Korn zu kaufen als früher)“. Die Arbeiter verausgaben ihren Geldlohn eben nicht ganz in Korn! Und er ist gesunken, nicht aber gestiegen, wenn sie nach Deckung ihres Kornbedarfs mit dem Rest weniger Waren kaufen können als vorher.

Primaböden liefere der Arbeiter ein Produkt von 15 Einheiten, auf Sekundaböden von 14 usw. Alle besseren Böden seien in Privateigentum übergegangen; es bestehe „Bodensperre“, mit Oppenheimer gesprochen. Nur solche Böden seien noch frei, wo die Arbeiter — wenn sie der Lohnsklaverei entgehen wollten — nur ein so kleines Produkt gewinnen würden, daß sie nicht einmal das Existenzminimum zu decken vermöchten; die daher für sie, wirtschaftlich, nicht in Betracht kommen. Wie bewegt sich der Lohn? Wird „der Wert der Ware Arbeitskraft, wie der jeder anderen Ware“ bestimmt durch die Reproduktionskosten?

„Solange das Angebot von Arbeitern noch so tief steht, daß es insgesamt resorbiert wird durch die Nachfrage der Herren der Primaböden, wo der Arbeiter ein Produkt von 15 liefert, fällt der Produktabzug minimal aus. Die Arbeiter bekommen zwar nicht das „volle Produkt“ von 15; sie nehmen einen Abzug hin, weil sie im Falle der Verwertung der „Ware Arbeitskraft“ bei den Herren der Sekundaböden, wo der Arbeiter nur 14 liefert, noch weniger erhielten, erhalten könnten: das Produkt bildet ja die Obergrenze des Lohns, wie das Existenzminimum die Untergrenze. Aber die Konkurrenz der Herren der Primaböden, die von der „zu kurzen Decke“ von Arbeitskraft ein möglichst großes Stück zu erraffen streben, einerseits; die Konkurrenz der Herren der Sekundaböden, die, wenn möglich, gleichfalls ihren Bedarf nach Händen befriedigen würden und in der Lage wären, bis zu 14 — höchstens — zu zahlen, andererseits bewirkt, daß der Lohn sich auf etwa 14 stellt. Vom Produkt von 15 bekommen die auf Primaböden tätigen Arbeiter, bei dieser Bevölkerung und Produktivitätskonjunktur, 14 Einheiten; der Eigentümer 1 Einheit, welche die Bodenrente ausmacht: hier nicht vom Konsumenten beim Verkauf der Bodenerzeugnisse eingezogen, sondern dem Arbeiter abgezogen. Der Lohn steht weit über den Reproduktionskosten der „Ware Arbeitskraft“; betrüge das Existenzminimum nicht acht, wie angenommen, sondern nur vier, würde er gleich hochstehen. „Ausbeutung“ ist da: die Herren der Primaböden bereichern sich einfach deshalb, weil sie diese besten Böden besitzen, durch Aneignung „unbezahlter Arbeit“, doch der „Exploitationsgrad“ ist ein ganz geringer.

„Steigt nun die Bevölkerung, zufolge weiterer Einwanderung oder Eigenvermehrung der „Rasse eigentümlicher Warenbesitzer“ (das heißt der Arbeiter“) bis zu dem Punkte, daß die weiter um Einstellung nachsuchenden Arbeiter sich an die Herren von Sekunda-

böden, wo der Arbeiter ein Produkt von 14 liefert, zu wenden haben — doch nur an diese, da ihr Angebot so steht, daß es durch die Nachfrage der Herren der Primaböden plus der Nachfrage der Herren der Sekundaböden insgesamt resorbiert sind — so fällt der Produktabzug etwas höher aus. Nunmehr bekommen die weiter um Einstellung nachsuchenden Arbeiter nur noch etwa 13. Und bekommen alle Arbeiter nur noch soviel; auch diejenigen auf Primaböden, mit Produkt von 15. Denn: die Herren der Sekundaböden können nicht mehr zahlen als 14, müssen jedoch 13 zahlen, um die Konkurrenz der Herren der Tertiaböden, wo das Produkt 13 ist, abzuwehren; vom Produkt von 14 bekommen jetzt die Arbeiter auf Sekundaböden 13, der Bodeneigentümer 1; auch hier ist jetzt Bodenrente entstanden. Die Herren der Primaböden könnten zwar noch 14 zahlen, brauchen aber, da ein Teil der Arbeiter auf Sekundaböden zu dienen gezwungen ist, wo sie mit 13 sich zu bescheiden haben, auch nicht mehr zu zahlen als 13; von ihrem Produkt von 15 bekommen jetzt die Arbeiter auf Primaböden nur noch 13 statt 14, der Bodeneigentümer 2 statt 1; die Bodenrente ist gestiegen, der Lohn gesunken; der „Exploitationsgrad“ ein etwas höherer geworden.

„Das Produkt des „letzten Arbeiters“, nach Thürens Ausdrucksweise, determiniert den Lohn aller Arbeiter; für die Ware Arbeitskraft kann, wie für jede andere Ware, nur ein Preis auf dem gleichen Markt sein. Das Produkt des „letzten Arbeiters“, früher 15, beträgt jetzt 14; entsprechende Baisse hat das allgemeine Lohnniveau erfahren.

„Steigt die Bevölkerung noch mehr, sehen die weiter um Einstellung nachsuchenden Arbeiter sich genötigt, auch an die Herren von Tertiaböden, Quartaböden, Quintaböden zu appellieren; sinkt das Produkt des „letzten Arbeiters“ auf 13, 12, 11, so geht das allgemeine Lohnniveau auf 12, 11, 10 herab, fällt der Produktabzug immer größer aus, wird der „Exploitationsgrad“ ein immer höherer, das heißt steigt die Bodenrente der „Monopolisten“ der produktiveren Böden immer mehr. Schließlich, nachdem die Bevölkerung derart gewachsen, daß das Produkt des letzten Arbeiters auf 9 zusammenschrumpft, wird der Lohn aller Arbeiter herabgedrückt auf 8... jetzt deckt die der Arbeiterklasse zufallende Produktquote nur noch das Existenzminimum“.

Soweit die neueste Dietzelsche Deduktion. Sie unterscheidet sich von der ersten in mehreren nicht unwichtigen Beziehungen:

Erstens handelt es sich nicht mehr um ein beliebiges Gebiet, und nicht mehr um ein solches, in dem es nur Grundherren und Arbeiter gibt, sondern es handelt sich um die sich allmählich besiedelnde Kolonie eines europäischen Staates, in die Arbeiter aus dem Mutterlande einwandern. Zweitens ist uns das Existenzminimum der Arbeiter mit 8 angegeben. Und drittens ist hier angenommen, daß der noch nicht in Kultur genommene, überhaupt noch anbaufähige Boden, also bis herab zu solchem, der mehr als 8 Einheiten abwirft, gesperrt ist. Hier wird ausdrücklich unter Namensnennung gegen mich polemisiert, der ich bekanntlich das Vorhandensein des Lohnsystems als Ganzes auf die Bodensperre zurückführe, durch die überhaupt erst die Arbeiterschaft als Klasse entstanden sei. Dieser Zusatz war nötig geworden, seit ich zeigen konnte, daß sich die ganze Ricardosche Deduktion auflösen läßt, wenn man mit ihm annimmt, daß der ungenützte Boden noch herrenlos ist. Dann würden sich selbstverständlich viele Arbeiter an der bisherigen Kulturgrenze als selbständige Bauern ansetzen, der Lohn der übrigen würde steigen, und der Profit sinken und vielleicht gänzlich verschwinden¹⁾.

Hier ist nun erstens zu sagen, daß Dietzels Deduktion alle die Grundfehler wieder enthält, die wir soeben an der älteren Fassung haben nachweisen können. Auch hier ist die Grundrente nicht vom Profit geschieden, ist das Fortschreiten der Agrikultur auf geringere Böden nicht aus ihrer essentiellen Bedingung, der Steigerung des Getreidepreises, abgeleitet; auch hier ist der Kornlohn nicht in Geld- und Reallohn umgerechnet worden: und so mußte es auch hier zu den gleichen Trugschlüssen kommen. Aber die neue Deduktion bietet noch mehr Angriffspunkte. Dietzel bezeichnet sein Problemland dieses Mal ausdrücklich als die Kolonie eines europäischen Staates, aus dem Arbeiter einwandern. Aller überhaupt bebaubare Boden bis zur absoluten Anbaugrenze ist gesperrt. Denken wir das Problem durch:

Export nach dem Mutterlande ist erst möglich, wenn dort der Kornpreis so hoch gestiegen ist, daß er in der Kolonie bezahlt: erstens mindestens den Kapitalprofit, der im Mutterlande gewonnen wird. Da der Grundherr persönlich und wirtschaftlich größeres Risiko läuft und eine weit weniger angenehme Existenz in der Wildnis hat als im Mutterlande, wird der Profit sogar höher sein²⁾.

1) Vgl. Theorie der reinen und politischen Ökonomie (S. S. III), S. 745 ff.

2) Vgl. Theorie, S. 655.

Zweitens muß der Marktpreis vergüten den in der Kolonie zu zahlenden Arbeitslohn und drittens die Transportkosten bis zum Mutterlande.

Nehmen wir als Ausgangspunkt einen Marktpreis im Mutterlande an, der den Import dorthin nicht einmal unter der Voraussetzung erlaubt, daß der Lohn in der Kolonie nicht höher stehe, als dort. Dann ist überhaupt kein geldwirtschaftlicher Gutsbetrieb möglich. Und nur von solchem, aber nicht von feudalen Fronhöfen soll doch wohl die Rede sein? Die Grundherren, die das ganze Land bis auf die Anbaugrenze spekulativ gesperrt haben, persönlich, oder wahrscheinlich nur die von ihnen eingesetzten Aufsichtsbeamten könnten allenfalls als Sammler und Jäger oder als Kleinbauern, die nur ihre eigene Nahrung erzeugen, notdürftig existieren.

Nun wachse der Marktpreis allmählich auf den Stand, der es gestattet, den Primaboden mit dem Ertrage 15 in Angriff zu nehmen, unter der Voraussetzung, daß in der Kolonie kein höherer Arbeitslohn gezahlt werden muß als im Mutterlande. Wie steht es damit? Die Antwort wird zuerst Erstaunen hervorrufen: Es gibt keinen Arbeitslohn, weil es keine Arbeiter gibt! Es gibt ja überhaupt — außer jenen Aufsichtsbeamten — noch keine Bevölkerung hier. Wovon sollte sie leben? Wenn nicht aller brauchbare Boden gesperrt wäre, so könnte es wenigstens Bauern mit Naturalwirtschaft, Squatters geben, und zwischen ihnen könnten sich allmählich Städte, könnte sich Geldwirtschaft mit eigenem, unabhängigem Marktpreis bilden. Aber der Boden ist gesperrt, und gar Arbeiter konnten bisher keine Beschäftigung finden, also auch nicht einwandern. Das ist erst möglich, wenn in der Kolonie ein höherer Lohn gezahlt werden kann als im Mutterlande. Ohne das haben sie keine Veranlassung, ihre Heimat zu verlassen.

Um hier weiterzukommen, müßte uns also außer dem Marktpreise im Mutterlande auch noch der Lohn daselbst gegeben sein, gleichfalls als unentbehrliches Datum des Problems. Dietzel gibt es uns nicht. Nehmen wir an, er stehe über dem absoluten Minimum, das er mit 8 angibt, also etwa auf 10 Korneinheiten (KE). Dann werden Arbeiter erst einwandern, wenn ihnen in der Kolonie, sage 11 KE geboten werden. Der mutterländische Marktpreis des Korns muß also über den Stand unserer letzten Annahme noch um eine KE hinauswachsen, ehe die Herren von Primaböden den Betrieb beginnen können. Sie müssen ja im Mutterlande Arbeiter werben, die sie unter 11 KE nicht bekommen

(ganz streng genommen werden sie sogar erst bei einem noch etwas höheren Marktpreis beginnen können, da sie für die Werbung und den Transport der Arbeiter Kosten aufwenden müssen. Aber davon können wir hier absehen).

Der Arbeiter erhält also nicht 14 KE, wie Dietzel deduziert, sondern nur 11. Mehr kann der Primaboden nicht bezahlen, sonst bringt ihm sein Erzeugnis bei dem bestehenden Preise weniger als den ihm zustehenden Profit oder gar baren Verlust. Sekundaboden kann in diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht in Angriff genommen werden. Denn noch ist der Primaboden der Kolonie Grenzboden des Gesamtmarktes, der nur Lohn und Profit, aber keine Grundrente abwirft. Bei diesem Preisstande und Lohnstande kann also Sekundaboden den Durchschnittsprofit nicht erbringen, mithin auch nicht angebaut werden und nicht um die Arbeiter konkurrieren.

Nun aber bestimmt Dietzel die Untergrenze, auf die die Grundherren von Primaboden den Arbeitslohn drücken können, durch die Konkurrenz der Herren von Sekundaböden. Hier erzeuge der Arbeiter 14, könne 13 erhalten, und tiefer könne ihn der Herr vom Primaboden nicht drücken. Unsere Betrachtung zeigt uns, daß diese Konkurrenz, mit der Dietzels gesamte Deduktion steht und fällt, überhaupt nicht existiert!

Sekundaboden kann erst Arbeiter nachfragen, nachdem der Kornpreis entsprechend weiter gestiegen ist. Denn dann erst kann er in Kultur genommen werden. Dann wird er seinerseits Grenzboden, und der Primaboden erhält Grundrente. Dann geschieht, was an der ersten Problemstellung ausführlich dargestellt wurde: unter der Voraussetzung, daß keine Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik inzwischen den Ertrag des Grenzbodens gesteigert hat, erhält der Arbeiter freilich geringeren Kornlohn. Aber damit ist, wie nachgewiesen, nicht gesagt, daß nicht dennoch sein Reallohn kräftig gestiegen sein könnte.

Wenn die Absaugung von Arbeitern in die Kolonie hinein stark genug ist, um ihr Angebot im Mutterlande genügend zu verringern, wird hier, und in der Folge natürlich auch in der Kolonie, der Lohn steigen. Das aber beeinflußt nach Ricardo und Thünen nicht den Marktpreis und die Grundrente (in der Statik), sondern geschieht nur auf Kosten des Profits hier wie dort. Nur in dem Falle, daß der neu erschlossene Boden trotz der höheren Transportkosten billiger auf den Markt liefert, als die bisherigen Grenzböden

im Mutterlande, sinkt der Preis, mit ihm die Grundrente, und unter Umständen auch der Reallohn. Aber das brauchen wir hier nicht weiter auszurechnen. Was wir bisher gefunden haben, genügt vollkommen, um Dietzel durchaus zu widerlegen:

Er hat erstens das eine Hauptproblem völlig unbeantwortet gelassen: das von der Ursache des Lohnsystems. Er setzt es voraus und begeht damit den Fehler, den sein bewunderter Meister Thünen wie folgt kennzeichnet: „Eine Aufklärung, in welcher durch eine Begriffsverwechslung das Faktische für eine Erklärung, das, was geschieht, für den Grund der Erscheinung genommen wird“ (II, 1. Abschnitt § 1). Dietzel läßt kapitallose „freie“ Arbeiter aus dem Mutterlande einwandern, und fragt nicht, was ihm zu fragen vor allem aufgegeben ist, warum es dort kapitallose freie Arbeiter überhaupt gibt. Und zweitens vergißt er auch noch, daß Mutterland und Kolonie einen einzigen Markt bilden, und daß, wie er selbst sagt, „für die Ware Arbeitskraft wie für jede andere Ware nur ein Preis auf dem gleichen Markte sein kann“ (Lehrwert, S. 24). Er hat also, wie das erste Problem von der Ursache des Arbeitslohnes, auch das zweite von seiner Höhe nicht gelöst. Seine eigene Erklärung ist vollkommen unhaltbar. Hätte er aber die Frage im Geiste von Thünen und Ricardo so beantwortet, wie wir es soeben getan haben, daß der Lohn in der Kolonie unmittelbar von dem des Mutterlandes dependiere, so hätte er es nicht beantwortet, sondern nur verschoben. Denn dann fragt sich natürlich, wovon der Lohn im Mutterlande seiner Höhe nach bestimmt wird.

Da wir darin einig sind, daß auch die Ricardosche und die von Ricardo abhängende Marxsche Theorie des Arbeitslohnes (wonach der Preis der Ware Arbeit gleich ihren Reproduktionskosten ist) völlig widerlegt ist, so gibt es nur noch zwei Lösungsversuche, die betrachtet werden müssen: den der Grenznutzenschule, und meine eigene Monopollohntheorie. Wir fassen zunächst diese ins Auge.

IV. Die Monopollohntheorie.

Meine Lösung entspricht zunächst einmal als die einzige dem unausweichbaren methodologischen Postulat, daß die beiden Probleme von der Ursache und der Höhe des Lohnes aus einer Wurzel erklärt werden müssen; und zwar erkläre ich beide aus dem Eingriff außerökonomischer Gewalt, des politischen Mittels, in den Ablauf der Gesellschaftswirtschaft.

Alle bürgerliche Theorie, und leider auch die Marxsche¹⁾ geht aus von dem Axiom, daß bisher keine Geschichte gewesen ist; oder, um es weniger paradox auszudrücken, daß sie nicht gewirkt hat. Man muß natürlich zugeben, daß erobernde und geistliche Gewalt unendlich oft und tief in das Geschick der Völker eingegriffen hat, daß es Eroberung, Unterwerfung, Leibeigenschaft und Sklaverei, Wucher und staatlich geschütztes Unrecht usw. immer gegeben hat: aber wir sollen ohne weiteres glauben, daß das alles auf die wesentliche Struktur der heutigen Gesellschaft nicht im mindesten eingewirkt hat. Man mutet uns zu, ohne Beweis gläubig hinzunehmen, daß unsere Gesellschaft, wenn kein Eingriff von außerökonomischer Gewalt in ihre Entstehung und Entwicklung geschehen wäre, sich dennoch zu genau der gleichen Struktur ausgestaltet hätte, die wir heute um uns herum beobachten: mit Klassenscheidung und Klassenherrschaft, mit Großgrund- und Großkapitaleigentum, und mit der Verteilung des gesellschaftlichen Gesamterzeugnisses der Art und der Größe nach, die das Hauptproblem unserer Wissenschaft ist. Oder mit anderen Worten: wir sollen axiomatisch annehmen, es sei die Wirkung „rein ökonomischer Gesetze“, daß Grundrente, Kapitalprofit und Arbeitslohn sich überhaupt, und daß sie sich gerade in diesem, uns gegebenen Verhältnis in das Gesamtprodukt teilen. Das ist jenes „Gesetz der ursprünglichen Akkumulation“, dem wir schon mehrfach begegnet sind: das Grundaxiom aller klassischen und nachklassischen Ökonomik, die Marxsche einbegriffen.

Dieses Gesetz existiert nicht! Die heutige kapitalistische Gesellschaft und ihre Verteilung hat sich nicht nur nicht „rein ökonomisch“ entwickelt, sondern konnte sich derart nicht entwickeln. Das habe ich mehrfach, zuletzt in meinem „Staat“, auf das ausführlichste bewiesen; ich habe dort auch in breitspannender geistesgeschichtlicher Darstellung gezeigt, wie dieses unglückselige Axiom entstanden ist. Es war zuerst ein nicht im mindesten geschichtlich gemeintes Philosophem der Antike, wurde dann im Dienste politischer Kämpfe bewußt zu einer ebensowenig historisch gemeinten Rechtsfiktion umgebogen, und erst in der Neuzeit, etwa von Locke an, wurde es zu einer historischen und ökonomischen Konstruktion, die die Ansprüche der Bourgeoisie rechtfertigen wollte.

Die Wahrheit ist, daß sämtliche historischen Staaten gegründet worden sind als Klassenstaaten, durch gewaltsame Unter-

1) Vgl. „Staat“, S. 155 ff., Theorie, S. 206 ff.

werfung eines Volkes unter ein anderes zum Zwecke ökonomischer Ausbeutung der Unterworfenen. Die Eroberung setzt überall sofort zwei große Institutionen: die Klassen, zunächst in ihrer Gestalt als Stände, und das Großeigentum an Grund und Boden, das Eigentum der Oberklasse, des „Adels“: Adel (Odal) heißt gar nichts anderes, als Großgrundeigentum.

Die bürgerliche Revolution hat die Stände beseitigt, aber das Großgrundeigentum hat sie grundsätzlich, auch in Frankreich, bestehen lassen. Und damit hat sie die alte Ständescheidung, die sie nach ihrer politischen Form ausgerottet hatte, in ihrem ökonomischen Inhalt, als Klassenscheidung, aufrecht erhalten.

Denn nach wie vor ist der gesamte Grund und Boden, angebauter und unangebauter, bis unter die Grenze der Nutzbarkeit herunter im Eigentum einer Minderheit, zumeist einer kleinen Minderheit. Die Mehrheit ist von dieser ursprünglichen Bedingung aller Selbständigkeit, von dem natürlichen Produktionsmittel, ausgesperrt. Das ist die „Bodensperre“. Nicht, weil das Land zu eng ist, wie das Gesetz der ursprünglichen Akkumulation behauptet; — nicht, weil „Hufe sich neben Hufe legte, bis sie, einander sämtlich berührend, das ganze Land bedeckten“, wie Rousseau es formulierte, sondern, obgleich jedes Kulturland noch viel zu weit für seine Bevölkerung ist, weil aber wenige in der Rechtsform des großen Grundeigentums soviel von der Gesamtfläche für sich nehmen durften, daß der Mehrheit nichts übrig blieb, gibt es überall eine Klasse „freier landloser Arbeiter“.

Das ist meine Antwort auf das erste Problem des kapitalistischen Arbeitslohnes, die Frage nach seiner Ursache.

Und sofort ergibt sich aus dieser Voraussetzung die Antwort auf die zweite Frage: nach seiner Höhe.

Die Bodensperre konstituiert zwischen der Klasse der Besitzer von Produktionsmitteln und der Arbeiterklasse ein Monopolverhältnis; und zwar handelt es sich um ein Einkaufsmonopol.

Wo kein Monopolverhältnis besteht, das heißt unter uneingeschränkter, „freier“ Konkurrenz (denn Monopol und freie Konkurrenz sind einander ausschließende Begriffe) tauschen sich in der Statik gleiche Aufwände gleich qualifizierter Arbeit, gleiche „Werte“ aller Waren. Wo aber ein Monopolverhältnis besteht, tauschen sich ungleiche Werte. Der Monopolist erhält mehr Wert, als er gibt, streicht einen Monopolgewinn ein, sein Kontrahent erhält weniger Wert, als er gibt, tritt den Monopoltribut ab. Nur auf diese, auf keine andere Weise entsteht „Mehrwert“. Wo ein

Verkaufsmonopol besteht, erhält der Monopolist mehr Geld für sein Tauschgut, als es bei freier Konkurrenz bringen würde; wo ein Einkaufsmonopol besteht, gibt er weniger Geld für das Tauschgut, als es bei freier Konkurrenz kosten würde.

Die Großgrundbesitzer haben ihren Arbeitern gegenüber ein Einkaufsmonopol. Das ist schlechthin evident. Ihre Nachfrage nach den von den Arbeitern zu Markt gebrachten Diensten ist entfernt nicht so dringlich wie deren Nachfrage nach dem Lohngehalte. Es besteht also „einseitige Dringlichkeit der Nachfrage“, das, was Steuart „einfache Konkurrenz“ nannte, nicht aber die segensreiche „doppelte Konkurrenz“, die bei Abwesenheit von Monopolen besteht. Und so kaufen die Grundbesitzer die Dienste unter ihrem Werte und realisieren dann den vollen, im Produkt inkorporierten Wert bei dessen Verkauf.

Da nun „für die gleiche Ware auf dem gleichen Markte nur ein Preis möglich ist“, so brauchen auch die Eigentümer von produzierten Produktionsmitteln, dem sogenannten „Kapital“, ihren Arbeitern nicht den vollen Wert ihrer Dienste zu zahlen, sondern gewinnen den gleichen Mehrwert.

Was ist denn nun der volle Wert dieser Dienste? Adam Smith hat es uns gesagt: Das Produkt der Arbeit, das heißt ihr Wert. Wie kann dieser Wert gemessen werden?

Am Einkommen eines unverschuldeten Grenzbauern von normaler Qualifikation und Ausrüstung¹⁾, der als Grenzbauer keine Grundrente bezieht.

Und wie hoch ist der Arbeitslohn? Dieser Wert, gekürzt um den Monopoltribut, den Mehrwert. Wie groß ist der Mehrwert? Wie jeder Monopolgewinn so hoch, „wie er sich irgend erpressen läßt“ (A. Smith)²⁾, das heißt: der Lohn der Landarbeiter steht dort, wo die Freizügigkeit noch nicht erkämpft ist, wo also keine Abwanderung in fremde Agrargebiete und städtische Industriebezirke möglich ist, auf dem physiologischen Existenzminimum — oder darunter (Ernst Moritz Arndt hat z. B. gezeigt, daß der Druck auf die Landarbeiter in Rügen stark genug war, um die Reproduktion „dieser sonderbaren Rasse von Warenbesitzern“ zu hindern. Sie starben langsam aus). Nach Erköpfung der Freizügigkeit bildet diese Schicht der Arbeiterschaft die Basis der Lohnpyramide, und ihr Lohn bildet das Nullniveau,

1) Vgl. zum Begriff der „durchschnittlichen Qualifikation“ „Wert und Kapitalprofit“, 3. Aufl., S. 64/65.

2) A. a. O. S. 66.

über dem sich alle anderen Schichtenlöhne, wie eingangs dargestellt, „nach der Seltenheit der persönlichen Vorbedingungen in der natürlichen Distanz“ aufzubauen tendieren (Statik). Das geschieht auch hier durch Berufswahl und Berufswechsel: die bisher gestauten Landarbeiter wandern in ungeheurer Zahl in Überseegebiete und Städte ab und vermehren hier das Angebot und drücken die Löhne, während sie an ihrer Geburtsstätte das Angebot vermindern und die Löhne heben. Das ist die Kinetik des Prozesses, wie sie sich nach Überwindung der gewaltigen Störung des „natürlichen“ Ablaufs in Gestalt der Freizügigkeitsbeschränkungen darstellt. Und komparativ-statisch zeigt sich, daß mit der Basis der Pyramide, dem Lohn der Landarbeiter, der dank der Abwanderung steigt, natürlich alle oberen Schichten mitsteigen müssen¹⁾.

* * *

Das eine wird auch der Gegner nicht leugnen können: diese Lohntheorie ist von einer Präzision, die kaum übertroffen werden kann. Sie hat ferner, um es zu wiederholen, den Vorzug, daß sie alle Teilprobleme aus einer Wurzel ableitet und aufklärt: und sie leistet schließlich darüber hinaus auch etwas, was bisher keine Lohntheorie auch nur versucht hat: die Tatsachen der Lohngeschichte im vollen Zusammenhange der Geschehnisse aufzuklären. Es ist doch eine überaus seltsame Erscheinung, daß die ganz ungeheuere Massentatsache der Wanderung, die geradezu den Rahmen für die Wirtschaftsgeschichte und sogar die politische Geschichte der Gegenwart darstellt (sie hat die gewaltigste Großmacht der Gegenwart, die Vereinigten Staaten, in einem Jahrhundert geschaffen und die Psychologie, Verfassung und Wirtschaftsgestaltung Europas von Grund auf umgewälzt) — daß diese ungeheuere Massentatsache in keiner der geltenden Lohntheorien auch nur erwähnt, geschweige denn erklärt wird, obgleich doch der Lohn der Einwanderungsländer (Dietzels „Kolonie“) und der Industrie durch sie offenbar auf das stärkste bestimmt, mindestens mitbestimmt wird.

Der einzige Einwand, der gegen diese Theorie erhoben werden kann, ist der, daß die Bodensperre kein Monopol darstelle. Und hierum geht denn auch der Streit — soweit überhaupt in Deutschland, das in dieser Hinsicht durch den Historismus geradezu verheert worden ist, noch um theoretische Klarheit gekämpft wird,

¹⁾ Mein Lehrbuch enthält noch einige feinere Ausgestaltungen der Theorie, auf die hier verwiesen werden mag.

und insoweit besonders meine Arbeiten überhaupt öffentlich diskutiert werden. Das aber ist nur selten der Fall. Ich stehe unter einer Art von Tabu; Bürgerliche und Marxisten wetteifern darin, sich zu stellen, als wäre ich nicht vorhanden, so etwa, als wenn ich von Dingen schriebe, über die man in anständiger Gesellschaft nicht spricht. Und das ist ja auch ungefähr der Fall. Der Schlüsselbegriff meiner Lehre ist ja der des Monopols, von dem ich sagen darf, daß ich ihn in einer bisher nicht vorgekommenen Ausführlichkeit und hoffentlich auch Vertiefung untersucht habe. Und wir haben bereits bei Ricardo gesehen, daß der Begriff des Monopols ein heißes Eisen ist, das man nur sehr vorsichtig, wenn überhaupt, anfaßt.

Einen Anhänger Marxens auf die Mensur zu bringen, ist mir bisher nicht geglückt, obgleich ich es an Herausforderungen in jeder Tonart bis zum beißendsten Hohn wahrlich nicht habe fehlen lassen. Von bürgerlicher Seite sind mir nur drei Autoren bekannt, die sich gegen meine Grundlehre gewendet haben: Oswald, Budge und Schumpeter. Oswald¹⁾ ist soweit gegangen, die Existenz von Monopolen überhaupt zu leugnen; nicht einmal das berühmte „Naturmonopol“ an Edelwein läßt er gelten! Und wenn es kein Monopol im allgemeinen gibt, so kann es natürlich auch kein Bodenmonopol im besonderen geben! Budge hilft sich aus dem Dilemma durch die Erfindung eines neuen Wortes: „Bodenkraft“, das das eine Mal die Bodenfläche, und das andere Mal die Bodenenerzeugnisse bedeutet²⁾! Durch diese Äquivokation gelingt es ihm, sein heiß ersehntes Beweisziel zu erreichen. Man hört die gemarterte Logik Zeter schreien. Der Einzige, der sich mit wissenschaftlich ernst zu nehmenden Argumenten um eine Widerlegung bemüht hat, ist Josef Schumpeter. Die Debatte begann damit, daß er mir meine gesamte Theorie als unwiderleglich zugab, wenn es mir nur gelungen wäre, die Existenz des Bodenmonopols nachzuweisen; das sei mir aber mißlungen³⁾. Ich erwiderte, er replizierte⁴⁾, ich duplizierte⁵⁾ — und er „gab auf“.

1) Vgl. Theorie, S. 537.

2) Vgl. Theorie, S. 757.

3) Das Grundprinzip der Verteilungslehre. Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 42, S. 24/25.

4) Ebendort Bd. 44, S. 487 ff.

5) Ebendort Bd. 47, S. 866 ff. Die ganze Diskussion ist neu abgedruckt in meinen „Wege zur Gemeinschaft“, S. 411 ff.

Nun muß man sagen, daß alle Angriffe auf die Grundlage der Theorie, die Lehre, daß zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den Lohnarbeitern ein Monopolverhältnis besteht, und zwar ein Einkaufsmonopol, kraft dessen jene von diesen den Mehrwert erhalten, völlig gegenstandslos sind. Denn dieser Zusammenhang ist schlechthin evident. Evidente Dinge aber bedürfen keines Beweises.

Kein Theoretiker von irgendwelchem Rang hat denn auch die Dinge anders gedeutet. Wir haben oben (S. 4/5) bereits gesagt, daß die Physiokraten jenes gesellschaftliche Verhältnis als ein Monopolverhältnis unzweideutig beschrieben haben. Man lese die beiden Zitate noch einmal durch, um sich davon zu überzeugen. Dann hat Adam Smith es unzweideutig so genannt. Und Malthus und in seinem Gefolge Ricardo haben sich um nichts anderes bemüht, als um den Nachweis, daß dieses von ihnen klar gesehene und als solches wieder unzweideutig beschriebene gesellschaftliche Monopolverhältnis nicht ein rechtliches Monopol sei, das als solches beseitigt werden könnte, sondern ein natürliches, das als solches, als jeder höheren Gesellschaftswirtschaft immanent, leider nicht beseitigt werden könne.

Um einige moderne Autoren anzuführen, so sagt Lexis, der einzige ältere Autor, der sich mit dem Monopolbegriff einigermaßen befaßt hat, klipp und klar, die Kapitalisten besäßen gegenüber den Arbeitern eine Art von Ankaufsmonopol in bezug der Arbeit¹⁾. Götz Briefs schreibt²⁾: „Der Arbeiter kann nicht warten, daher seine konstitutiv schlechtere Marktposition.

Eine „konstitutiv schlechtere Marktposition“: das heißt aber durchaus nichts anderes als ein Monopol.

Nun ist es leider eine Tatsache, daß die Theorie des Monopols, eben weil der Begriff als allzu gefährlich ein Noli me tangere ist, nicht nur schwer vernachlässigt, sondern allmählich sogar stark verdorben worden ist. Man hat erstens zumeist vergessen, daß es nicht nur ein Verkaufsmonopol gibt, dessen Gewinn sich als Aufschlag auf den statischen Konkurrenzpreis („natürlichen Wert“) des eigenen Tauschobjektes realisiert, sondern auch ein Einkaufsmonopol, dessen Gewinn, als Abzug vom statischen Konkurrenzpreis des fremden Tauschobjektes, bei dessen Wiederverkauf reali-

1) Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., Bd. VI, S. 773, Artikel Monopol.

2) Grundriß der Sozialökonomik IX, 1, S. 148.

siert wird. Dieses Übersehen hat z. B. Budge zu höchst sonderbaren Mißverständnissen geführt¹⁾. Und man hat zweitens den Begriff eingeengt auf solche Fälle, wo nur ein Monopolist (sei es eine Einzelperson oder eine durch Preisabrede zu einer einzigen „ökonomischen Kollektivperson“ verbundene Gruppe) das Monopolgut zu Markte bringt. Nun ist aber solche Preisabrede nur dann nötig und für das Zustandekommen eines Monopols essentiell, wenn es sich um beliebig reproduzierbare Waren handelt. Wenn es sich aber um nicht beliebig produzierbare Waren handelt, ist ein Monopol (Unterart „Oligopol“) auch ohne Abrede gegeben, sobald die Nachfrage danach „mit einseitiger Dringlichkeit“ auftritt. Auch das ist evident und alter, früher niemals bestrittener Besitz der Theorie, schon eines Steuart: ich hatte es nicht zu entdecken, sondern nur aus dem Schutt auszugraben. Es war diese Feststellung, der gegenüber Schumpeter sich gezwungen sah, mir das Kampffeld zu überlassen.

Der Boden ist nämlich ein unvermehrbares Ding, und die Bodensperre konstituiert ein Einkaufsmonopol des Eigentümers gegenüber dem bodenbedürftigen Dienstleistenden, wenn dieser nicht die Mittel hat, den Boden zu kaufen. Und in dieser Lage befindet sich eben der freie Arbeiter.

Unter einen so verderbten Monopolbegriff fällt nun freilich die Bodensperre nicht. Da es aber, wie gesagt, evident ist, daß sie ein Monopol darstellt, so ist es geboten, den Begriff richtig zu stellen und die Monopoltheorie nicht nur in ihrer alten Form herzustellen, sondern auszubauen, nicht aber, die Tatsachen fortzudiskutieren oder unerklärt liegen zu lassen.

Das aber tut Dietzel. Wir sagten bereits, daß sich seine Auffassung der „Monopol-Lohntheorie“ sehr bedenklich nähert. Er wiederholt mehrfach in seiner ersten Deduktion, daß jener halbe Zentner, den seine Grundherren des Grenzbodens erhalten, ein Abzug vom Arbeitsertrage ist. Er spricht im „Lehrwert“ sogar vom „Exploitationsgrad“. Er schreibt hier ferner (S. 15): „Allerdings ist die wirtschaftliche Position der Kapitalisten, trotz ihrer Abhängigkeit vom Arbeiter und dessen Arbeitskraft, trotz der Konkurrenz, welche sie einander bereiten, die günstigere“. Und da müssen wir denn doch fragen, unter welches theoretische Rubrum er diesen „Abzug vom Arbeitsertrage“, diese „Exploitation“, diese „günstigere wirtschaftliche Position der Kapitalisten“ bringen

1) Meine Theorie, S. 761 ff.

will, wenn nicht unter das des Monopols? Man lese die folgende Stelle: „Diese Sophistik, mittels deren die reale Macht der Grundherren, auf Grund ihres Eigentums an dem Produktionsmittel ‚Boden‘ einen Teil des Arbeitsertrages ihrer Arbeiter an sich zu ziehen, als das ‚uralte Recht‘ der Arbeiter auf den vollen Arbeitsertrag legitimiert wird¹⁾“.

Dietzel versperrt sich den Weg dadurch, daß er den Wertbegriff aus der Ökonomik vollkommen ausschalten will. Insofern es sich um den subjektiven Wert der Grenznutzentheoretiker handelt, hat er vollkommen recht. Er gehört nicht in die Ökonomik. Er ist ein Gegenstand der Psychologie, und so habe ich ihn denn auch in meinem Lehrbuch als psychologische Grundlegung der eigentlichen Darstellung vorausgeschickt. Wenn ich eine neue Auflage noch erlebe, werde ich diese ganze Materie sogar als Anhang hinterher senden, um vollkommen klar zu beweisen, daß die eigentliche Ökonomik ihrer nicht bedarf. Aber der objektive Beschaffungswert hat mit Psychologie nichts zu tun und ist ein unentbehrlicher Begriff der Ökonomik selbst. Gäbe es keine Monopole und namentlich keinen Kapitalprofit, so kämen wir mit dem Ausdruck „statischer Preis“ (der genau das gleiche bedeutet, wie der Begriff „Tauschwert“ bei den Klassikern) vollkommen aus. Aber wir müssen, um den Monopolbegriff entwickeln zu können, weiterhin unterscheiden zwischen dem statischen Konkurrenz- und dem statischen Monopolpreise; nur dort, wo die Tauschobjekte zu dem ersten ausgetauscht werden (zu dem was die Klassiker den „natürlichen Wert“ nannten), besteht die objektive Äquivalenz des Austauschs, das heißt, tauschen sich die Objekte nach ihrem wirklichen „Werte“, oder was das gleiche heißt, tauschen sich gleiche Aufwendungen gleich qualifizierter Arbeit. Wir werden im nächsten Abschnitt einen bisher allen Dogmenhistorikern, auch mir selbst, entgangenen Satz des von Dietzel so bewunderten Thünen zitieren, in dem diese Wahrheit mit unzweideutiger Klarheit ausgesprochen ist.

Wir können also den Begriff des objektiven Wertes nicht entbehren, weil wir unsere eigentlich ökonomischen Probleme auch nicht einmal anfassen, geschweige denn lösen können, ohne zwischen dem äquivalenten Tausch bei freier Konkurrenz und dem nicht äquivalenten Tausch bei aufgehobener oder beschränkter Konkurrenz (das heißt bei Monopol im engeren Sinne oder bei Oligo-

1) Kornzoll, S. 56. Die gesperrten Stellen auch im Original gesperrt.

pol) zu unterscheiden. Nur von hier aus ist vor allem das Problem des Profits zu lösen.

Die Sache liegt also derart, daß Dietzel die übermächtige Position sowohl der Grundherren wie der Kapitalisten anerkennt und zugibt, daß eine Kürzung des Arbeitsertrages die Folge ist. Aber er weigert sich, diesem gesellschaftlichen Verhältnis den Namen „Monopol“ zu geben:

„Hätten die Bodeneigentümer ein ‚Monopol‘, wie der ‚wissenschaftliche Sozialismus‘ zu reden pflegt, konkurrierten nicht die Herren der Arbeitsmittel — der Primaböden, der Sekundaböden usw. — genau so um Hände, wie Hände um Zulassung zu den Arbeitsmitteln“ . . . Und dann heißt es: „Der ‚wissenschaftliche Sozialismus‘ sieht — und darum sieht er alles verkehrt — nur die Konkurrenz der ‚Arbeit‘, nicht die des Kapitals“ ¹⁾.

Nun, wie es um die Konkurrenz der Herren von Sekundaböden gegen die Herren von Primaböden bestellt ist, das haben wir ja zur Genüge festgestellt. Diese Konkurrenz existiert nicht, und man würde es einem „wissenschaftlichen Sozialisten“ nicht verübeln können, wenn er seinerseits das Wort zwischen ironische Gänsefüßchen gestellt hätte.

Sehen wir nun zu, aus welchen Gründen Dietzel das von

1) Es ist mir nicht klar, ob Dietzel bei seinen ironischen Ausfällen auch mich im Auge hat, der ich jeder Zeit beansprucht habe, ein im Sinne Marxens „wissenschaftlicher Sozialist“ zu sein, der „die neue Ordnung der Gesellschaft nicht aus dem Kopfe erfindet, sondern mittels des Kopfes in den Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft selbst entdeckt“. Hier geht es um das eiserne Lohngesetz, das ich als völlig falsch nachgewiesen habe; hier treffen mich also Dietzels Einwände keinesfalls. Aber er versäumt auch sonst kaum eine Gelegenheit, um sich an mir zu reiben. So heißt es z. B. auf Seite 15 Anmerkung: „Dies leider im höchsten Maße aufpeitschende, verhetzende Beispiel — diese Annahme, daß der Arbeiter von 12 Stunden, die er schuftet, 6 für den Kapitalisten schufte — ist leider in die ganze, von Marx instruierte Lohnliteratur übergegangen. Auch Oppenheimer bedient sich seiner — läßt damit den Kapitalist 100% auf das Lohnkapital verdienen.“ Dazu ist erstens zu sagen, daß das Beispiel nicht einmal bei Marx verhetzend ist. Denn die „Mehrwert-rate“ ist ja nicht die „Proftrate“. Jene ist der Gewinn, bezogen auf das variable Kapital, diese der Gewinn, bezogen auf das Gesamtkapital. Und da bringt Marx irgendwo ein Beispiel, wo das variable Kapital 20, das konstante Kapital 80% des Gesamtkapitals beträgt. Hier ist also die Proftrate nur 20% — und das ist doch nicht gerade aufhetzend? Was mich aber anbetrifft, so habe ich die Marxsche Deduktion bekämpft und widerlegt, und wo ich mich seiner Ziffern bedient habe, habe ich es unter ausdrücklichem Hinweis auf sein Zahlenbeispiel getan. Im übrigen: man soll illustrativen Zahlenbeispielen gegenüber nicht allzu hart sein: sonst käme Dietzel mit seinen 5 Zentnern Korn Jahreslohn in schwere Verlegenheit.

ihm materiell anerkannte Monopol nicht als solches auch ausdrücklich zu bezeichnen gestattet:

„Gewiß: der Arbeiter kann nicht produzieren, kann keine Lebensmittel erlangen, wenn nicht zugelassen zu den Arbeitsmitteln. Gewiß: das ist ein Glück für den Käufer von Arbeitskraft; das ist ‚der Kasus der den Kapitalisten lachen macht‘. Jedoch, ebensowenig wie der Arbeiter ‚Arbeitsgebilde schaffen kann aus der blauen Luft‘, kann es der Kapitalist aus den Arbeitsmitteln. Auch er vermag sein Kapital nur zu ‚verwerten‘, wenn er so viel Arbeitskraft wirbt, als der Menge seines Kapitals entspricht. Und — um die Arbeiter, um die Arbeitskräfte konkurriert er mit anderen Kapitalisten, die gleichfalls ihr Kapital verwerten wollen. Es waltet gegenseitige Abhängigkeit ob; Marx, wie der ganze ‚wissenschaftliche‘ Sozialismus, sieht nur die ‚Hungerpeitsche‘, die den Arbeiter zum Kapital zwingt; nicht die ‚Profitgier‘, die das Kapital zum Arbeiter zwingt“.

Dazu ist zweierlei zu bemerken. Erstens allgemeintheoretisch: hier liegt derselbe, fast lächerliche Irrtum vor, mit dem Hans Oswalt gegen mich zu Felde gezogen ist, daß Konkurrenz und Monopol einander ausschließen. Was einander aber ausschließt, ist freie Konkurrenz und Monopol. Bei beschränkter Konkurrenz kann ein Monopol durchaus bestehen, wenn es sich eben um unvermehrte Güter handelt. Es ist überhaupt die höchste Zeit, daß man endlich zwischen freier Konkurrenz und nicht freier Konkurrenz zu unterscheiden beginnt! Wenn man es tut, so braucht man sich nicht so hilflos in Widersprüchen zu drehen, wie Dietzel es tut. Im unmittelbaren Anschluß an die soeben zitierten Sätze steht die bereits angeführte Stelle, wonach „auch allerdings die wirtschaftliche Position der Kapitalisten, trotz der Konkurrenz, die günstigere ist!“ Im ersten Satz wird die Überlegenheit bestritten, im zweiten zugegeben.

Worin die Verwirrung wurzelt, geht aus dem drei Zeilen später folgenden Satz hervor: „Für Marx, wie den ganzen ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘, gilt es als ausgemachte Sache, daß die wirtschaftliche Position der Kapitalisten, — der ‚Monopolisten‘ der Arbeitsmittel, wie man sie unter Augenverschließen wider die Konkurrenz nennt — in solchem Maße günstiger sei, daß die Arbeiter sich stets zu bescheiden haben mit den ‚nötigen Lebensmitteln‘.“ Hierzu muß gesagt werden, daß es für die Feststellung eines Monopols völlig gleichgültig ist, „in welchem Maße die wirtschaftliche Position des einen Vertragsteils günstiger ist“, als die des

anderen: wenn sie überhaupt auf die Dauer günstiger ist, so besteht ein Monopol. Dietzel will hier das eherne Lohngesetz widerlegen und behauptet, daß das „nur der Produktivitätslehre gelingen könne“ („Kornzoll“ S. 46). Darum will er nicht zugeben, daß hier ein Monopol wirke. Aber das Gesetz läßt sich, wie wir gezeigt haben, aus der Produktivitätstheorie nicht widerlegen; dagegen hat es uns keine Mühe gemacht, es aus unserer Monopollohntheorie heraus durchaus zu widerlegen.

Soviel zur Theorie, zu der mehr nicht zu sagen ist. Der Fall liegt vollkommen klar: auf Dietzels Seiten liegt eine falsche Definition des Begriffs „Monopol“ zugrunde. Ich schließe diese Auseinandersetzung mit der erneuten Feststellung, daß das Monopolverhältnis zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und der Arbeiterschaft evident ist, und daß die alte noch unverdorben Theorie durchaus die Kategorien enthält, in die es einzuordnen ist.

V. Heinrich von Thünen.

Wie ich Dietzel den Vorwurf nicht ersparen konnte, daß er in Ricardos Lehre und Methode nicht tief genug eingedrungen ist, so muß ich ihm die gleiche Sorglosigkeit in bezug auf seine große Autorität, Heinrich von Thünen, nachweisen¹⁾.

Zunächst beruft er sich auf seinen Meister bei Einführung jenes verhängnisvollen „Kornlohns“, der ihn zu so völlig unhaltbaren Schlußfolgerungen verleitet hat. Ich kann aber bei Thünen nirgends derartiges finden. Was Dietzel getäuscht hat, ist offenbar Thünens Methode, den Lohn der Landarbeiter, der zum Teil aus Geld, zum Teil aus Naturalien besteht, auf einen Generalnenner umzurechnen: ein für seine Zwecke unentbehrliches Verfahren. ✓ Aber es fällt ihm nicht ein, die Kornmenge zum Angelpunkt seiner Deduktion zu machen, wie Dietzel es tut, sondern er spricht vom Kornwert: „Den Betrag des so ermittelten Lohns, dem Wert nach auf Berliner Scheffel Roggen reduziert und in Scheffeln Roggen ausgedrückt, bezeichne ich mit A“²⁾ und auf Seite 473 heißt es: „Die für irgendein Bedürfnis, z. B. Schmiedearbeit ausgegebene Geldsumme, dividiert durch den Preis des Scheffels Roggen, ergibt die Zahl der Scheffel Roggen, die man

1) Er sagt, daß Thünens „tiefes aber schweres Buch“ allerdings weit häufiger „erhoben, als fleißig gelesen“ werde („Prod. Interesse“, S. 97, Anm.) und wiederholt das in „Lehrwert“, S. 27, Anm.

2) Isolierter Staat, Ausgabe Waentig, S. 474.

zur Erlangung dieses Bedürfnisses hat hingeben müssen.“ Ich habe bereits oben gesagt, daß die Dietzelsche Deduktion, die beansprucht, sowohl in Ricardoschem wie in Thünenschem Geiste angestellt zu sein, ebensowenig Ricardo ist wie Thünen. Dieses unvergleichliche Genie der Deduktion, das ich fast noch über Ricardo stelle, konnte selbstverständlich niemals weder zu so verkehrter Problemstellung, noch zu so grundfalscher Problemlösung gelangen:

Aber, um von diesem Einzelfalle abzusehen, so darf ich ganz allgemein sagen: wenn eine Theorie sich auf Thünen berufen darf, so ist es die meine. Alle ihre wesentlichen Elemente finden sich bei ihm, mit nur zwei Ausnahmen:

Erstens ist Thünen leider ein Gläubiger des Malthusschen Bevölkerungsgesetzes. Davon wird weiter unten noch zu handeln sein. Und zweitens hat er in bezug auf das Kapital und den Kapitalprofit völlig irrige Vorstellungen. Hier ist Thünen (vgl. z. B. S. 423) leider der unglückseligen Kapitallehre seines Meisters, Adam Smith, zum Opfer gefallen. Danach besteht das „Kapital“ aus Arbeitserzeugnissen, die aus einer früheren Produktionsperiode aufgespart worden sind, um in einer späteren Produktionsperiode als Werkgüter zu dienen. Ohne diese „Ersparnis“ wäre auch bei einem Wachstum der Bevölkerung die Höherstaffelung der Kooperation nicht möglich; da die Ersparnis nicht anders als durch Private geschehen kann, so muß ihnen dafür ein Anteil am Erzeugnis als ihre Belohnung zugestanden werden: das ist der Profit.

Diese ganze Theorie ist Wort für Wort, Gedanken für Gedanken, falsch¹⁾. Es ist hier nicht der Ort, den Beweis zu wiederholen. Für uns genügt es hier, anzumerken, daß Smith keinen ernstlichen Versuch gemacht hat, das Verhältnis deduktiv festzustellen, nach dem sich die vergangene Arbeit, nämlich das Kapital, mit der gegenwärtigen Arbeit der Lohnarbeiter in das Produkt teilt²⁾. Diese Lücke hat Ricardo auszufüllen gesucht, und zwar mit einer Deduktion, die von unglaublicher Schwäche, die geradezu kindisch ist. Es ist eine Entgleisung, deren gleichen ich nur noch einmal bei einem bedeutenden Denker gefunden habe: bei Locke in seiner Ableitung der Klassen-

1) Allgemeine Soziologie, S. 816 ff., Theorie, S. 660 ff.

2) Es bleibt immer bei der Berufung auf Angebot und Nachfrage, und das heißt, wie schon Thünen mit voller Klarheit erkannte (a. a. O. S. 466, 470, namentlich S. 436), „Schalen statt der Kerne“ zu geben, wie später Böhm-Bawerk formulierte.

scheidung¹⁾. Ricardo schreibt im ersten Hauptstück vom Werte, dritte Sektion, im dritten Absatz: „Alle zur Erlangung des Bibers und Hirsches notwendigen Gerätschaften könnten auch einer einzigen Klasse von Menschen angehören, und das Geschäft der Erlegung dürfte von einer anderen versehen werden, und trotzdem würden ihre verglichenen Preise zur wirklich verwendeten Arbeit im Verhältnis stehen, sowohl was die Bildung des Kapitals, als was die Erlegung der Tiere anbelangt. Unter verschiedenen Verhältnissen von Überfluß oder Mangel an Kapital in Vergleichung mit der Arbeit, unter verschiedenen Verhältnissen von Überfluß oder Mangel an Nahrungs- und sonstigen wesentlichen Lebensbedürfnissen dürften diejenigen, welche einen gleichen Tauschwert in Kapital für ein oder das andere Geschäft geliefert haben, die Hälfte, einen vierten oder einen achten Teil des Erzeugnisses in Beschlag nehmen, der Rest würde als Arbeitslohn an diejenigen bezahlt, welche die Arbeit geliefert haben. Ich habe dazu geschrieben²⁾: „Hier ist erstens die Klassenscheidung dadurch erschlichen, daß sie einer rein ökonomischen Berufsschichtung gleichgesetzt wird. Zweitens liegt eine grobe *petitio principii* vor, weil das hier verstohlen eingeschmuggelte Gesetz der ursprünglichen Akkumulation verstohlen durch sich selbst, nämlich in seiner Gestalt als Malthussches Gesetz der Bevölkerung bewiesen wird („Mangel an Nahrungs- und sonstigen wesentlichen Lebensmitteln“); und schließlich und hauptsächlich ist die ganze Auslassung mit dem grundlegenden Gesetz der bürgerlichen Ökonomie, dem der Konkurrenz, in unversöhnlichem Widerspruch. Denn die Konkurrenz tendiert dahin, zwischen den verschiedenen Berufsgruppen die Gleichheit der Einkommen herzustellen: würde die Herstellung und Vermietung von Jagdwaffen („Kapital“) einmal eine Zeit hindurch mehr Einkommen bringen als die Jagd, so würden sich mehr der Produzenten jener, weniger dieser Beschäftigung zuwenden; die Mietpreise würden dort sinken, die Wildpreise oder die „Jägerlöhne“ hier steigen, bis die Gleichheit wiederhergestellt wäre. So kindisch die Untersuchung der komplizierten Verhältnisse einer hoch entfalteten Marktwirtschaft an der Primitivität eines kleinen Jägerstammes ist, so kann man doch, wie man sieht, auch hier die Kinderfibel bei genügender Aufmerksamkeit widerlegen.“

Thünen folgt Smith in der unglücklichen Auffassung, die sich bereits aus der Robinsonwirtschaft widerlegen läßt³⁾, daß ohne

1) Staat, S. 68 ff.

2) Allgemeine Soziologie, S. 990.

3) Theorie, S. 595/96.

vorherige Anhäufung von Kapital ein Fortschritt der Kultur unmöglich ist. Ja, er hat sie mit seiner eisernen Konsequenz zu Ende gedacht, und damit im Grunde bereits ad absurdum geführt. Er schreibt: (S. 509) „Es muß also das Kapital dem Menschen vorangehen, wenn dieser überhaupt nur subsistieren soll.“ Er findet aus diesem Dilemma nur den Ausweg, daß er die erste Menschengesellschaft in den Ländern des größten Reichtums, „in der Region des Pisang und der Kokospalme“, entstehen läßt, wo sozusagen die Natur das nötige, sehr geringe „Kapital“ fertig liefert. Und er folgt fernerhin auch Ricardo an jener Stelle (nebenbei bemerkt der einzigen, in der dieser jemals den Versuch macht, den Profit zu deduzieren): nur daß Thünen mit unvergleichlich größerer Mühe und Sorgfalt die Dinge untersucht und zu einem befriedigenden Schluß zu gelangen trachtet: „In der Nation, die wir hier vor Augen haben, finden sich noch keine Kapitalisten, die andere für sich arbeiten lassen, sondern jeder arbeitet für sich selbst. Die Arbeiter teilen sich aber in zwei Klassen, nämlich erstens in solche, die sich mit der Kapitalerzeugung beschäftigen, und zweitens in solche, die mit einem geliehenen Kapital auf eigene Rechnung arbeiten“.

Das ist also ungefähr Ricardo und ganz und gar Bastiat, über dessen Entgleisung (er hat einen kinetischen Leihzins mit dem statischen Kapitalprofit verwirrt¹⁾) kein Wort mehr zu verlieren ist. Thünen gelangt von hier aus denn auch zu seiner von allen Seiten als falsch abgelehnten Formel für den „natürlichen Arbeitslohn“: der Stolz seines Lebens, die Inschrift seines Grabsteins: $\sqrt{a \cdot p}$.

Aber selbst hier steht er den letzten Erkenntnissen überaus nahe. So heißt es (483) schon fast mit Marxischem Ausdruck: „Das Kapital... ist im engeren Sinne nur dann Kapital, wenn es produktiv angelegt wird“; und das heißt bei ihm: wenn es eine Nutzung bringt. In allem übrigen aber ist er zu Erkenntnissen gelangt, die für jene Zeit geradezu fabelhaft sind. Er besitzt z. B. die Grundlage meiner gesamten Wertlehre: die Gleichheit der Einkommen aller Gleichqualifizierten in der Statik, wo kein Monopol einspielt: „Zwischen dem Preise einer Ware und den Produktionskosten derselben findet das Gleichgewicht statt, wenn das Gewerbe, wodurch diese Ware hervorgebracht wird, weder Verlust noch ungewöhnlichen Gewinn bringt. Woran — so muß man nun fragen

¹⁾ Theorie, S. 687 ff.

— ist aber Gewinn und Verlust zu ermessen? Ich antworte: wenn durch den Preis der Waren die Arbeit von gleicher Qualität in allen Gewerben gleich hoch gelohnt wird, so findet das Gleichgewicht statt, und diese Durchschnittsbelohnung ist der Maßstab für die Produktionskosten wie für Gewinn und Verlust“ (S. 529). Er ist damit einen Schritt über Smith hinausgelangt, der diese Erkenntnis im allerersten Keime besaß¹⁾. Er hätte ohne seine unglückliche Kapitalstheorie, die sich sofort im nächsten Satze geltend macht, von hier aus noch viel weiter kommen können. Das ist die einzige mir bekannte, bisher leider von mir übersehene Stelle, wo ich nach Smith noch einen Vorläufer meiner Wertlehre finde.

Es findet sich ferner der Keim meiner Städtetheorie. Hier sehe ich jetzt, daß ich dem gewaltigen Denker geradezu Unrecht getan habe. Ich habe (Theorie, S. 916) als eine merkwürdige Tatsache bezeichnet, daß bisher niemand „die Thünensche Methode nach der anderen Seite hin ausgebaut, das heißt untersucht habe, nicht, wie sich bei gegebenem Zentralmarkt mit gegebenem Preise für das Getreide der Standort und die Betriebsart der Urproduktion gestaltet, sondern umgekehrt untersucht hat, wie sich bei gegebenem Zustande der Urproduktion der Standort und die Betriebsart der Gewerbe und des Handels, kurz der städtischen Produktion gestaltet“. Thünen aber hat die Frage wenigstens gestellt, freilich nicht beantwortet: „Diesem Prinzip wird entsprochen, wenn die Gewerbe und Fabriken da ihren Sitz haben, wo sie am wohlfeilsten fabrizieren und ihre Erzeugnisse zu den niedrigsten Preisen an die Konsumenten gelangen lassen können.“

Ferner stellt er sich das Lohnproblem, in erfreulichem Gegensatz zu Adam Smith, so, wie es gestellt werden muß: als ein statisches: „Wir haben uns die Aufgabe gestellt, die Höhe des Arbeitslohnes für den beharrenden Zustand der bürgerlichen Gesellschaft zu erforschen“, wobei Angebot und Nachfrage als nichts-sagend ausgeschaltet werden müssen.

Vor allen Dingen aber stellt er das Gesamtproblem des Lohnes mit wundervoller Klarheit. Ihn interessiert nicht nur die Höhe, sondern auch die Ursache des Arbeitslohnes. Er fragt: „Ist die geringe Belohnung der Handarbeit in der Natur der Gewerbe und des Landbaues begründet und somit dem Willen der Vorsehung

1) a. a. O. S. 106.

entsprechend, oder ist der jetzige Zustand durch Gewalt und Unterdrückung, der sich die arbeitende Klasse nicht wieder entziehen kann, herbeigeführt worden?“ (S. 463).

„Naturgemäßer Lohn oder Usurpation?“ (S. 435), das erkennt er als das Grundproblem; es ist ihm nicht von vornherein axiomatisch gewiß, daß die erste (bürgerliche) Erklärung richtig und die zweite (sozialistische) falsch ist. Er weiß auch, daß die „Erforschung dieses Gesetzes nicht bloß ein ökonomisches Interesse darbietet, sondern auch eine sehr ernste moralische Beziehung hat; daß es ein großes Übel ist, daß diese Frage selbst in der Wissenschaft noch nicht gelöst ist, daß keine Partei weiß, was Recht ist, und daß der aus den unlauteren Motiven des eigenen Interesses hervorgehende Kampf in der Erkenntnis der Pflicht und Wahrheit kein Gegengewicht findet“ (S. 437). Und so ist er denn auch nicht im geringsten dazu geneigt, den Sozialismus grundsätzlich aus der Wissenschaft auszuweisen: „Nichts hindert, daß die Wissenschaft das Grundprinzip des Sozialismus in sich aufnimmt und zu dem ihrigen macht . . . nach meiner Ansicht können wir nur durch Verschmelzung beider Wissenschaften“ (der Nationalökonomie und des Sozialismus) „der Erforschung der Wahrheit näherkommen“. Er beruft sich hier auf (entsetzlich!) Proudhon.

Und noch ein Zug von der äußersten Wichtigkeit: seine Stellung zum Bodenproblem. Er ist freilich Anhänger des Gesetzes der ursprünglichen Akkumulation, wonach der Boden durch Nebeneinandersiedlung freier Kleinbauern voll besetzt worden ist. Dann „mußte bei weiter steigender Bevölkerung ein Teil des Volkes sich verdingen und für Lohn arbeiten“ (S. 512). Aber er erkennt doch mit voller Klarheit, wie diese, von ihm irrtümlich als „natürlich“ angesehene, Bodensperrung auf den Lohn wirkt, ja, daß sie ihn unter den von ihm errechneten „natürlichen“ Lohnsatz herabdrückt. Er schreibt z. B. (S. 598): „Ganz anders“ (als im isolierten Staat, wo „das Land so ausgedehnt ist, daß jeder Bewohner Land umsonst in Besitz nehmen kann“) (S. 487) „verhält sich dies in unseren europäischen Verhältnissen, wo kein herrenloses Land mehr zu finden, und dem Arbeiter die Möglichkeit genommen ist, sich dem niedrigen Lohngebot seines Lohngebers durch den Anbau eines bisher unkultivierten Stück Landes zu entziehen.“ Das ist genau die grundlegende Erkenntnis, die wir schon bei Turgot, Smith und Marx fanden, und auf der ich mein ganzes System aufbaue. Wenn Thünen lebte, würde es keine Schwierigkeiten machen, diesen unbefangenen Wahrheits-

sucher mit den einfachen Zahlen, die ich über Landgröße und Landbedarf gegeben habe, davon zu überzeugen, daß die Bodensperre nicht „natürlich“, sondern künstlich, rechtlich ist, nicht „naturnotwendig“ ist, sondern auf „Usurpation“, auf „Gewalt und Unterdrückung beruht, der sich die arbeitende Klasse nicht wieder entziehen kann“.

Von hier aus kommt Thünen noch zu einer anderen Deduktion, in der ich bisher gleichfalls ohne Vorläufer zu sein glaubte. Ich habe in meiner Debatte gegen Diehl¹⁾ erst noch feststellen müssen, daß Ricardo, wenn er von freiem Boden spricht, niemals herrenlosen, sondern ungenutzten Acker meint. Sein thema probandum ist ja, daß das Eigentumsrecht am ungenutzten Boden auf Bildung und Höhe des Lohnes nicht den mindesten Einfluß hat.

Ich habe nun zeigen können, daß man die Ricardosche Lehre auflösen kann, wenn man mit seiner Grundvoraussetzung Ernst macht, daß der ungenützte Boden auch noch herrenlos ist²⁾. Ganz dieselbe Deduktion hat nun bereits Thünen angestellt: „An der Grenze der kultivierten Ebene ist es in die Wahl des Arbeiters gestellt, ob er ferner für Lohn arbeiten oder mit Hilfe der angesammelten Ersparnisse ein Stück Land urbar machen, Gebäude usw. errichten und sich ein Eigentum erwerben will, auf welchem er künftig für eigene Rechnung arbeitet. Sollen die Arbeiter in dieser Gegend von der Anlegung von Kolonistenstellen oder Gütchen abgehalten und bewogen werden, noch ferner bei ihrem bisherigen Herrn für Lohn zu arbeiten, so muß dieser Lohn nebst den Zinsen, die sie durch Ausleihen für ein zur Anlegung der Kolonistenstelle erforderliches Kapital beziehen, gleich sein dem Arbeitsprodukt, das sie auf der Kolonistenstelle, die von einer Arbeiterfamilie bestellt werden kann, hervorbringen können“ (S. 533). Und anschließend! (S. 539): „Man denke sich, daß infolge eines zu geringen Lohnes nicht einzelne, sondern sehr viele Arbeiter ihre Überschüsse auf die Anlegung neuer Güter verwenden und die kultivierte Ebene wesentlich erweitern. Da aber die Zahl der Arbeiter, unserer Voraussetzung gemäß, konstant ist, wird auf den schon bestehenden Gütern Mangel an Arbeitern eintreten, und um der ferneren Auswanderung nach der Wildnis Einhalt zu tun, werden die Besitzer den Lohn soweit erhöhen müssen, daß die Auswanderung unvorteilhaft wird“.

1) Vgl. mein David Ricardos Grundrententheorie, S. 66.

2) Theorie, S. 145 ff.

Das ist im Kern vollkommen meine Theorie, daß der Lohn bestimmt wird durch die Arbeit des Selbständigen an denjenigen Produktionsmitteln, die ihm die kapitalistische „Usurpation“ noch freigelassen hat, vor allem also an dem noch herrenlosen Boden. Was mich von Thünen, und ebenso von Henry George und Clark (Theorie, S. 745) hier einzig unterscheidet, ist die Erkenntnis, daß das Land jenseits der Anbaugrenze zwar noch ungenutzt (abgesehen von der Viehzucht, die aber Thünen selbst (S. 533) vernachlässigen zu können glaubt), aber durchaus nicht herrenlos ist. Es ist bis an diejenige Grenze spekulativ gesperrt, hinter der der freie Bauer allerhöchstens den Lohn eines Landproletariers erwerben könnte. Und das ist eine Tatsache, die gar nicht bestritten werden kann. Die Daten, die ich über die Bodensperre in den Kolonien zusammengetragen habe¹⁾, müssen den ärgsten Skeptiker überzeugen.

Thünen hätte das selbst herausfinden können, wenn er sich einmal die Frage vorgelegt hätte, wie in seinem „isolierten Staat“ das Großgrundeigentum entstanden sein könnte, das er doch überall ganz naiv voraussetzt. Er hätte finden müssen, daß, wie es das „Gesetz der ursprünglichen Akkumulation“ immer lehrte, solches hier niemals hätte entstehen können, weil es hier keine Arbeiter geben kann, mit denen man es bewirtschaften kann. Denn nach den Bestimmungen über den „isolierten Staat“ ist hier noch unendlich viel ungenutztes und zugleich herrenloses Land vorhanden. Arbeiter aber können nach jenem Gesetz erst vorhanden sein, wenn kein Land mehr frei zugänglich ist.

Hier hat Thünen seiner Zeit und seiner Gruppe den Zoll gezahlt. Aber, soweit ihn diese seine „persönliche Gleichung“ irgend sehen ließ, soweit hat er auch gesehen und wohl erkannt, was die Bodensperre in der realen Welt bedeutet. So z. B. führt er, ganz wie Marx in jenem 25. Kapitel des „Kapital“, und wie ich selbst, den hohen Lohnstand der Vereinigten Staaten auf die terra libera zurück: „Dort ist, wie im isolierten Staat, fruchtbarer Boden in ungemessener Menge umsonst oder für eine Kleinigkeit zu haben. Dort kann, wie im isolierten Staat, nur die Entfernung vom Marktplatz der Ausbreitung der Kultur Schranken setzen . . . dort kann also der Arbeitslohn $\sqrt{a.p.}$ zur Verwirklichung gelangen und ist in der Tat dazu gelangt . . . Infolge dieses Verhältnisses zwischen Arbeitern und Kapitalisten finden wir in Nordamerika allgemeinen Wohlstand, der mit Riesenschritten wächst; dort findet

1) Theorie, S. 540—555.

keine schroffe Absonderung zwischen den verschiedenen Ständen statt, und zwischen ihnen herrscht Eintracht und Friede“. Und er fragt: „Ist nun ein solcher Zustand mit der Dichtigkeit der Bevölkerung unverträglich und für immer von der Erde verschwunden?“.

Von seiner zustimmenden Stellung zum Malthusianismus¹⁾ aus kann er diese Frage nur mit der Hoffnung beantworten, daß „die Menschheit durch höhere Ausbildung der Geisteskräfte und durch Unterordnung der Leidenschaften unter die Herrschaft der Vernunft diesen Zustand wieder zurückführen kann“ (S. 601/02).

Das aber kann der Arbeiter aus eigenen Kräften nicht erreichen. Der Staat muß helfen. Er muß mit viel besserem Schulwesen den Anstoß geben, um vielleicht durchzusetzen, daß die Bevölkerungszunahme sich verlangsamt, und als Folge davon der Lohn steigt: „Ist dies vollbracht, ist der Lohn erhöht, und haben die Arbeiter die Schulbildung erreicht, die der Gewerbsunternehmer besitzen muß: so ist die Schranke gefallen, die bisher zwischen beiden Ständen stattfand. Das Monopol der letzteren hört auf, und indem die Söhne der Arbeiter, die an mindere Bedürfnisse gewöhnt sind, mit ihnen in Konkurrenz treten, wird der Gesamtprofit vermindert.“ (S. 442/3).

Hier haben wir also die klare Erkenntnis, daß zwischen den Besitzenden und den Arbeitern in der heutigen Gesellschaft ein Monopol besteht. Und es heißt noch einmal, leicht abgeschwächt: „Beim jetzigen Lohnsatz können die Arbeiter entweder gar keine oder doch nur unbedeutende Kapitale ansammeln, und die Schaffung neuer Kapitale wird dadurch fast zum Monopol der Unternehmer, Kapitalisten und Grundbesitzer (S. 600).

Ich wiederhole: wenn eine Theorie sich auf Thünen berufen darf, so ist es die meine.

VI. Der „letzte Arbeiter“ und die Lohntheorie der Grenznutzler.

Anstatt dieser eigentlichen Theorie seines Meisters, der zufolge der Lohn der Landarbeiter und in weiterem Zusammenhang aller Arbeiter sich bestimmt nach dem Einkommen des Bauern auf dem nächsten noch zugänglichen, freien Ackerstück, läßt ihn Dietzel eine andere Lohnlehre vortragen. Und hier begeht er wieder die ernstesten Mißverständnisse.

1) Isol. Staat, S. 441, 579/80.

Schon in der allgemeinen Einleitung zum zweiten Bande des „isolierten Staat“ schreibt Thünen (S. 415): „Wenn auf einem Gute, wo bisher alle Arbeiten durch 20 Tagelöhnerfamilien geschafft wurden, noch eine Familie eingesetzt, und das Zugvieh zugleich verhältnismäßig vermehrt wird, so können Ernte und Saat teils in kürzerer und damit in der angemessenen Zeit beschafft, teils können die Arbeiten bei der Ernte und Saat sorgfältiger gemacht werden; es kann ferner das Korn reiner ausgedroschen, es können die Kartoffeln reiner aufgenommen werden usf. Die Vermehrung der Arbeiterfamilien muß konsequenterweise solange fortgesetzt werden, bis der durch den zuletzt angestellten Arbeiter erlangte Mehrertrag im Wert gleich dem Lohn ist, den der Arbeiter erhält“.

Hier ist also gesagt, daß der rationell wirtschaftende Landwirt solange neue Arbeiter einstellen wird, bis der Mehrgeldertrag (nicht etwa der Mehrkornertrag) des letzten Arbeiters dem von ihm bezogenen Lohne gleichkommt. Der Mehrertrag wird also vom Lohne, und nicht etwa der Lohn vom Mehrertrage bestimmt.

Es folgt dann im eigentlichen Text der § 19 mit der Überschrift: „Der Arbeitslohn ist gleich dem Mehrerzeugnis, was durch den, in einem großen Betrieb, zuletzt angestellten Arbeiter hervorgebracht wird.“ Hier werden die eben angeführten Sätze mit größerer Ausführlichkeit erläutert. Dabei wird vollkommen klar, was Dietzel, offenbar durch die Kapitalüberschrift getäuscht, mißverstanden hat; das „Mehrerzeugnis“ bedeutet den Wert, nicht die Menge des Mehrertrages: „Es folgt hieraus nun: 1. daß eine Steigerung des Arbeitslohnes bei gleichbleibendem Wert der Produkte eine Verminderung der anzustellenden Arbeiter und gleichzeitig eine Verringerung der einzusammelnden und auszudreschenden Früchte bewirkt; 2. daß eine Steigerung des Werts der Produkte bei gleichbleibendem Arbeitslohn gerade die entgegengesetzte Wirkung hat, indem alsdann mehr Arbeiter mit Vorteil angestellt, und die Früchte sorgfältiger eingesammelt und reiner ausgedroschen werden können, also einen größeren Ertrag liefern“ (S. 572).

Es wird also vollkommen klar gezeigt, daß, wenn der Lohn steigt, der Ertrag sinken muß, nicht aber, daß, wenn der Ertrag sinkt, der Lohn mit ihm sinken muß.

Genau aber so deutet Dietzel den Zusammenhang. Und er macht dabei noch den ungeheuren Fehler, nicht den Produktwert, sondern das Produkt des letzten Arbeiters „den Lohn aller Ar-

beiter determinieren“ zu lassen („Lehrwert“, S. 24). Auf derselben Seite heißt es noch einmal: „Bestimmt wird der Wert der Ware Arbeitskraft, der Lohn, nicht durch die Reproduktionskosten, sondern durch das Produkt des letzten Arbeiters... Dieses Produkt, früher 15, beträgt jetzt 14, entsprechende Baisse hat das allgemeine Lohnniveau erfahren.“ Hier gibt es kein Ausweichen: hier wird von der Menge, und nicht vom Wert, des letzten Produkts gesprochen¹⁾.

Nun haben wir oben ausführlich dargestellt, wie es mit der „Baisse“ des Lohns steht, die aus der Verringerung des Mengenanteils des Arbeiters am Produkt gefolgert wird. Nominallohn und Reallohn können dabei eine „Hausse“ erleben. Darauf wollen wir jetzt nicht zurückkommen. Aber wir wollen mit aller Energie feststellen, daß diese Deduktion nicht Thünen ist.

Aber freilich: einige Seiten später schreibt Thünen: „Wenn andererseits die Bevölkerung in den arbeitenden Klassen zunimmt, während der kultivierte Boden und das Kapital dieselbe Größe behalten: so können die hinzukommenden Arbeiter bei dem bisherigen Lohn keine Anstellung mehr erhalten. Denn da dieser Lohn schon das ganze Produkt des letztangestellten Arbeiters hinwegnimmt, und jeder weiter angestellte Arbeiter ein immer geringeres Produkt liefert, so würde die Aufnahme der hinzukommenden Arbeiter bei dem bisherigen Lohnsatz für den Unternehmer geradezu mit Verlust verbunden sein. Nur dann, wenn diese Arbeiter mit einem geringeren Lohn vorlieb nehmen, können die Unternehmer sie anstellen und neue Arbeiten vollführen lassen, deren Wert dem erniedrigten Lohn entspricht. Vermehren sich nun aber die Arbeiter, trotz des sinkenden Lohnes, fort und fort, so muß auch der Lohn immer tiefer sinken, weil die Arbeit, die ihnen gegeben werden kann, immer weniger produktiv wird. Wenn nun mit der wachsenden Bevölkerung die Arbeit auf immer unergiebigere Objekte, auf immer schlechteren Boden ausgedehnt werden muß, wo findet sich dann eine Grenze im Sinken des Lohns? Diese Grenze findet sich erst dann, wenn die Arbeit so wenig produktiv wird, daß das Arbeitsprodukt... gleich den notwendigen Subsistenzmitteln wird“.

Hier wird Dietzel sagen: Nun also! Da steht es ja! Thünen läßt also in der Tat hier nicht das letzte Produkt vom Lohn, sondern den Lohn vom letzten Produkt abhängen.

1) Ebenso im „Produzenteninteresse“, S. 92, vom „realen Kornprodukt des letzten Arbeiters“. Vgl. auch S. 95, Anm. 1; 97, Anm. 1. Ebenso „Kornzoll“, S. 49.

Ganz recht! Aber das ist eine Betrachtung nicht aus der Statik, die Thünen, wie gezeigt, deduzieren will, sondern aus der komparativen Statik: hier wird die „Tendenz der Entwicklung“ deduziert. Und was ist die Voraussetzung? Das Malthussche Bevölkerungsgesetz mit allen seinen Kennzeichen: Fortgang auf Böden von immer geringerer Produktivität, und zwar ohne Kompensation durch Fortschritte der landwirtschaftlichen Technik.

Diese Voraussetzung aber muß man ja, wie Dietzel erklärt, „ausschalten“. Führt sie doch auch hier zu dem mit Recht verworfenen „ehernen Lohngesetz“¹⁾.

Wenn Dietzel diese Stelle überhaupt berücksichtigt haben sollte, so hätte er eine trübe Zukunftsprognose für eine Gegenwartserklärung gehalten. Mehr ist zu diesem Gegenstande nicht zu bemerken.

Nun glaubt Dietzel, seine Lohnlehre sei der der Grenznutzenschule „ganz ähnlich“ („Kornzoll“, S. 45). Er beruft sich auf Marshall, der allerdings kein orthodoxer Grenznutzler ist, aber auch auf Clark, der es unzweifelhaft ist.

Darin ist er nun im Irrtum. Denn die Grenznutzentheoretiker sprechen immer — selbstverständlich! — vom Reinertrage der Arbeit des „letzten Arbeiters“, aber nicht, wie Dietzel, vom Rothertrage. Er selbst führt Marshall an: „Der Lohn für jede Klasse von Arbeitern hat die Tendenz, sich gleich dem Reinertrage des letzt angestellten Arbeiters zu stellen“. Er fügt hinzu, das sei dasselbe, was Thünen „Mehrerzeugnis“ nenne: und das ist auch richtig, beweist aber nur, daß Dietzel sich des großen, für ihn verhängnisvoll gewordenen Unterschiedes nicht bewußt ist, der zwischen ihm und seinem Meister in der Deutung dieses unglücklich gewählten Wortes besteht.

Wohl aber ist richtig, daß zwischen dem richtig verstandenen Thünen und den Grenznutzlern eine gewisse äußerliche Ähnlichkeit der Auffassung über das Lohngesetz festgestellt werden kann.

Mehr als eine äußerliche Ähnlichkeit ist es nicht. Thünen spricht in diesem Zusammenhang mit seltenen Ausnahmen immer nur von der Landwirtschaft, die Grenznutzentheoretiker aber eigentlich immer nur von der Industrie. Und das bedeutet schon von vornherein sehr starke Gegensätze.

1) Vgl. Kornzoll, S. 46: „Es wird gelingen, endlich aufzuräumen mit dem ‚ehernen Lohngesetz‘, welches nichts anderes ist, als das verkappte Malthussche Bevölkerungsgesetz.“

Erstens nämlich ist die Landwirtschaft, auch auf einem Großgute, ein Betrieb mit einer im Verhältnis zu industriellen Großbetrieben sehr geringen Arbeiterzahl, so daß die Leistung jedes Einzelnen recht genau beurteilt werden kann. Hier ist es also bei großer Aufmerksamkeit des Leiters wohl möglich, festzustellen, welche Minderung des möglichen Produktes und daher des Rohgeldertrages durch die Anstellung eines weiteren Arbeiters vermieden werden kann, und den Geldertrag des dadurch erzielten Mehrerlöses mit der Mehrlohnaufwendung für den neuen Arbeiter zu vergleichen. Ferner ist die Landwirtschaft eine Betriebsform, die die Einstellung eines neuen Arbeiters sehr leicht erlaubt, da das einfache Arbeitsgerät, Hacke, Spaten usw. vorhanden ist oder ohne fühlbare Kosten beschafft werden kann. Und drittens steht die Landwirtschaft unter dem „Gesetz der sinkenden Erträge“. Das aber bedeutet, daß der Landwirt die Zahl seiner Arbeiter nicht über eine sehr nahe Grenze steigern kann, ohne Verlust zu erleiden. So bleibt der Kalkulation zwischen der möglichen Minimalzahl und der möglichen Maximalzahl der dauernd zu beschäftigenden Arbeiter nur ein sehr kleiner Spielraum. In der Landwirtschaft kann also das wirtschaftliche Selbstinteresse des Besitzers in der Tat dem Ziele nahekommen, jenen idealen Grenzpunkt zu erreichen, wo — mathematisch gesehen — die Differenz zwischen Mehrgeldertrag und Mehrlohnaufwand Null wird, oder, was dasselbe heißt, wo der (von ganz anderen Gründen bestimmte) Lohn das Mehrerzeugnis gerade „absorbiert“.

In der Industrie liegen die Dinge ganz anders. Erstens sind die in einem „großen Betriebe“ angestellten Arbeiter an Zahl viel größer. Ein oder sogar wenige Arbeiter mehr stellen hier einen so geringen Prozentzuwachs dar, daß durch sie der Betrieb unmöglich zu größerer Intensität entwickelt werden könnte. Und worin sollte diese Intensität bestehen? In der Landwirtschaft kann man, wenn die Arbeiterzahl knapp ist, gewisse Arbeiten nicht sorgfältig ausführen (Thünen verweist auf die Bestellung des Ackers) und bereits vorhandene fertige Produkte nicht bergen (Thünen verweist auf den Ausdrusch des Korns und das Auflesen der Kartoffeln). Solche Dinge gibt es in der Industrie grundsätzlich nicht. Alle zugehörigen Arbeiten müssen unbedingt mit der hier nötigen Sorgfalt ausgeführt werden, fertige Produkte dürfen unbedingt nicht verkommen. Während Thünen von der Landwirtschaft sagt, daß „das Maß von Arbeit, das die Bewirtschaftung dieser Güter erfordert, keineswegs eine bestimmte Größe ist“ (S. 569),

ist das Maß der Arbeit, das für die Führung einer voll besetzten, richtig geleiteten Fabrik erforderlich ist, eine fast mathematisch bestimmte Größe.

Das führt auf den zweiten Unterschied. Dieses Maß ist gegeben — abgesehen von Hilfsarbeitern (Packern, Ausläufern, Bureau-personal) — durch die Maschinerie. Sie bedingt eine ganz bestimmte Zahl von Arbeitskräften. Diese zu vermehren, bedeutet kostspielige Neuanschaffungen und oft Neubauten. Solche Kosten aber kann man wirtschaftlich nicht für einen einzelnen oder sogar wenige Arbeiter aufwenden.

Drittens und hauptsächlich: die Industrie steht unter dem Gesetz der steigenden Erträge. Vermehrung der Arbeiterzahl bedeutet hier (nicht nur bis zu einem gewissen Optimum, sondern grundsätzlich ohne Grenze, und zwar mit zunehmender Geschwindigkeit) Vermehrung des sachlichen Produktes je Arbeiter, und das heißt unter der Voraussetzung gleichbleibender Preise und Löhne Vermehrung des Unternehmergewinns. Nun ist aber in der Regel die Folge der Vermehrung des Produkts ein Sinken der Preise und ein Steigen der Löhne, weil mehr Waren angeboten und mehr Arbeiter nachgefragt werden. Und das bedeutet eine entsprechende Minderung des Gewinns des Unternehmers, die noch dadurch gesteigert werden kann, daß er für seine Roh- und Hilfsstoffe, die er stärker nachfragt, höheren Preis, und für seine Kredite höheren Zins zu bezahlen hat. Wie er es fertig bringen soll, unter diesen Umständen den „letzten Arbeiter“ herauszufinden, dessen Produkt mit seinem Lohn dem Werte nach zu vergleichen ist, um auch seinerseits jenen idealen Punkt zu erreichen, wo Lohn und Ertrag gleiche Größen werden, ist nicht zu erkennen. Es gibt ja hier nicht ein ausscheidbares Einzelprodukt eines Einzelarbeiters, sondern nur das Gesamtprodukt des „Kollektivarbeiters“.

Nun hat Thünen allerdings einmal gesagt, daß es „das Interesse der Unternehmer ist — diese mögen Landwirte oder Fabrikanten sein, — die Zahl ihrer Arbeiter bis zu der Grenze zu steigern, wo das Mehrerzeugnis des letzten Arbeiters durch den Lohn, den derselbe erhält, absorbiert wird“ (S. 573).

Hier handelt es sich offenbar um den bloßen nicht recht überlegten Analogieschluß eines Grundbesitzers, der vom Fabrikwesen nicht viel verstand. Man kann das um so weniger von ihm erwarten, weil damals in Deutschland, und nun gar in Mecklenburg, die Industrie erst noch äußerst schwach entwickelt war.

Aber sogar in dieser unhaltbaren Fassung hat die Thünen-sche Lehre vom letzten Arbeiter nur eine äußerliche Ähnlichkeit mit der gleichbenannten der Grenznutzentheoretiker.

Böhm-Bawerk stellt diese Lohntheorie wie folgt dar¹⁾: „Nach der Schulformel, die die nach der modernen Theorie des Grenznutzens orientierte Lohntheorie für die Lohnhöhe bei beiderseitiger freier und voll wirksamer Konkurrenz entwickelt, sollte die Lohnhöhe bestimmt werden durch die ‚Grenzproduktivität der Arbeit‘ das will sagen, durch den Wert des Produktes, welches der ‚letzte‘, entbehrlichste Arbeiter der Branche seinem Unternehmer noch einbringt. Der Lohn würde nicht mehr ausmachen können, weil sonst der Unternehmer aus der Anstellung des ‚letzten Arbeiters‘ keinen Vorteil, sondern Verlust hätte und daher vorziehen würde, seine Arbeiterzahl um einen Kopf zu verringern; der Lohn würde aber unter der Voraussetzung einer vollwirksamen beiderseitigen Konkurrenz auch nicht wesentlich niedriger sein können, weil sonst auch noch die Anstellung des letzten Arbeiters mit einem merklichen Extragewinn verknüpft wäre, und, ins solange dies der Fall ist, ein Antrieb zu einer noch weiteren Ausdehnung der Unternehmungen, zur Anstellung noch weiterer Arbeiter gegeben wäre . . . Diese Momente würden, ganz rein und störungslos ausgeprägt, die Lohnhöhe nicht nur ‚einengen‘, sondern wegen der Nähe der eingrenzenden Schranken geradezu bestimmen; z. B. mit dem Betrag von 5 K. 50 h. für den Arbeitstag fixieren“.

Nach dem, was wir soeben über die technischen und wirtschaftlichen Bedingungen der gewerblichen Unternehmungen ausgeführt haben, ist diese ganze mathematisierende Deduktion auf vollkommen unmöglichen praktischen Voraussetzungen aufgebaut.

Friedrich von Wieser schreibt²⁾: „Der Lohn der Erwerbsarbeit erhält seine Grundlage durch den produktiven Grenzbeitrag der Arbeit, wenn nach den Gesetzen der Zurechnung bemessen wird. Er ist also ein Ertraglohn, bestimmt durch den der Arbeit zuzurechnenden Ertragsanteil.“

Während Böhm-Bawerk wenigstens dem Wortlaut nach noch vergleichbare Größen, nämlich Löhne und Reinerträge, mit-

1) Macht oder ökonomisches Gesetz? Gesammelte Schriften, Wien und Leipzig 1924, S. 251.

2) Grundriß der Sozialökonomik (Tübingen 1914), Bd. I, S. 384. Andere Belege aus namentlich amerikanischen Anhängern der Schule sind bei Arndt „Lohngesetz und Lohn tariff“, Frankfurt am Main 1926, S. 139 ff. und bei Dietzel: „Kornzoll“, S. 45 ff. zu finden.

einander vergleicht, kommt in der Wieserschen Ausführung der geradezu vernichtende Grundfehler der Grenznutzenschule zutage. Diese ganze Theorie von der Zurechnung ist völlig unhaltbar. Ich habe in dem Abschnitt „Die Krisis der Grenznutzentheorie“ in der dritten Auflage meines „Wert und Kapitalprofit“ (S. 70) gezeigt, daß Lederer gerade dieser Lehre halber zum Ketzer an seinem früheren Bekenntnis geworden ist, die, wie ich einmal spöttisch schrieb „den Besitzern der Produktionsmittel“ (und, wie hier, den Arbeitern) „immer exakt dasjenige Einkommen zurechnet, das sie zufällig gerade erhalten. Man könnte sehr wohl von der „Unzurechnungs-Fähigkeit“ der Grenznutzenschule sprechen“.

Es ist nicht meine Absicht, an dieser Stelle noch einmal die Gründe darzulegen, aus denen, zwar nicht die Grenzwertheorie, wohl aber die Grenzpreistheorie vollkommen abgelehnt werden muß. Das ist an anderer Stelle zur Genüge geschehen¹⁾. Hier will ich nur in Anwendung auf das spezielle Lohnproblem sagen, daß es sich um eine recht mechanische Anwendung der leitenden Prinzipien handelt, wobei die Anhänger der Schule mit dem Präfix „Grenz“ geradezu spielen, indem sie es nach ihrer ganzen Methode einmal für rein subjektiv-psychologische Phänomene („Grenznutzen“), das andere Mal für rein objektiv-ökonomische Phänomene („Grenzarbeiter, Grenzprodukt“ usw.) brauchen.

Daß sie im übrigen mit ihrer Leistung selbst nicht zufrieden sind, geht aus einer Äußerung von Wiesers hervor, wonach diese Lehre „ihre feste Grundlage“ noch nicht erhalten hat²⁾. Was uns hier interessiert, ist aber nicht, ob die Lehre ganz und gar falsch oder erst noch unvollendet ist, sondern, ob sie der Thünenschen sehr ähnlich oder gar mit ihr identisch ist. Und das muß nun ganz entschieden bestritten werden:

Wenn nämlich auch die Thünensche Lehre auf einem falschen Analogieschluß beruht, so hält sie sich doch erstens ganz und gar im Reich des Objektiven: es werden immer nur Geldeinnahmen und Geldausgaben miteinander verglichen. Die Grenznutzenlehre aber schwankt zwischen Objektivem und Subjektivem, zwischen Ökonomischem und Psychologischem haltlos hin und her. Ich habe zeigen können, daß hier eine fortwährende Äquivokation mit dem doppeldeutigen Worte „schätzen“ begangen wird. Das

1) „Theorie der reinen und politischen Ökonomie“, S. 119—141, S. 779—815.
Ferner „Wert und Kapitalprofit“ an der angeführten Stelle, namentlich S. 75.

2) Hdw. d. Stw. (3. Aufl.), V, S. 61.

eine Mal wird es angewendet für die Vergleichung innerseelischer Bewertungsakte des gleichen Individuums (das z. B. den subjektiven Verwendungswert von 5 Pflaumen gegen den eines Apfels abwägt), und das zweite Mal im Sinne des Wortes „taxieren“, das heißt in Geld schätzen, „in Fl. österreich. Kourant¹⁾“. — Zweitens will Thünen mit seinem Gesetz einen statischen Satz ausdrücken: er glaubt, daß, wie in der Landwirtschaft, so auch in der Industrie das Selbstinteresse des Unternehmers auf die Erreichung jenes idealen Punktes hindrängt. Die Grenznutzentheoretiker aber, die in der Regel nicht zwischen Statik und Kinetik unterscheiden, und die ohne Verstoß gegen ihr leitendes Prinzip diese Unterscheidung auch gar nicht machen können, glauben allen Ernstes, daß der faktische Lohn in der Kinetik sich genau auf diese Weise bilde!

Schließlich aber und vor allem: diese ganze Lehre setzt nun außerdem auch noch naiv voraus, daß der Unternehmer einen Arbeitsmarkt vor sich hat, der ihm jederzeit gestattet, soviel Arbeiter neu einzustellen, und zwar ohne Erhöhung des Lohnes, wie er nach der ihm zugeschriebenen unmöglichen kalkulatorischen Operation brauchen wird, um jenen idealen Grenzpunkt zu erreichen. Diese Voraussetzung ist ja in der Regel in der kapitalistischen Wirtschaft gegeben. Aber es ist ein Problem, warum sie gegeben ist, und zwar nicht ein Nebenproblem, sondern das Hauptproblem des ganzen Fragenkomplexes: wir haben gezeigt, daß die Frage nach der Höhe des Arbeitslohnes zureichend nur beantwortet werden kann, wenn die Frage nach der Ursache des Lohnsystems beantwortet ist. So will es die Methodologie!

Daß diese entscheidende Frage besteht, davon hat zwar Thünen ein sehr lebhaftes Bewußtsein, wie wir oben gezeigt haben, aber es geht der Grenznutzenschule gerade so ab wie Dietzel.

Und damit dürfen wir diesen Gegenstand verlassen.

1) Theorie der reinen und politischen Ökonomie, S. 803.

VII. Kritische Nachlese.

Mir bleibt noch eine literarische Pflicht zu erfüllen. Paul Arndt hat mir die Ehre erwiesen, in seinem soeben zitierten Buch „Lohngesetz und Lohn tariff“ mich anzugreifen. Da das mit durchaus ritterlichen Waffen geschehen ist, fühle ich mich veranlaßt, zu antworten, wobei ich mich bemühen werde, ebenso *suavis in modo* und *fortis in re* zu sein, wie mein verehrter Herr Fakultätskollege.

Über den allgemeinen Inhalt der Schrift ist hier nicht zu handeln. Es muß anerkannt werden, daß sie mit erfreulicher Kenntnis der einschlägigen Literatur verfaßt ist; der Verfasser macht unter den zeitgenössischen Autoren keine schlechte Figur. Immerhin hätte er es sich überlegen sollen, ehe er Karl Marx bescheinigte, er sei „kein Mann der Wissenschaft, sondern ein Mann der Tat“ gewesen (S. 107). Man soll doch nicht unnötigerweise Vergleiche herausfordern.

Was nun die Theorie anlangt, so ist Arndt von seinem Meister Dietzel in jeder Beziehung derartig abhängig, daß mit dessen Kritik auch die seine im wesentlichen abgetan ist. Es ist ihm das Unglück geschehen, jedes Wort des mit Recht von ihm verehrten Theoretikers ¹⁾ für der Weisheit letzten Schluß zu halten.

Er hat (S. 20) die falsche Definition des Wirtschaftsmenschen, die Dietzel von Mill übernommen hat, als eines Menschen, der „nur von dem wirtschaftlichen Motiv bestimmt wird“. Nun gibt es ein solches wirtschaftliches Motiv überhaupt nicht in dem Sinne, wie Dietzel das Wort braucht. Die Lehre von der wirtschaftlichen Bedürfnisbefriedigung ist nicht die Lehre von der Befriedigung des wirtschaftlichen Bedürfnisses, sondern von der Befriedigung von Bedürfnissen auf wirtschaftliche Weise. Wo ein finales, das heißt auf einen Sättigungszustand hinstrebendes Bedürfnis nur durch die Verfügung über ein kostendes Objekt befriedigt werden kann, auf das sich daher das Begehren richtet, da wirkt der modale, nicht auf ein Sättigungsziel, sondern auf eine bestimmte Verfahrungsweise hinstrebende wirtschaftliche Trieb des kleinsten Mittels.

1) Er nennt ihn (S. 118) den hervorragendsten Vertreter der „klassischen“ Richtung der Nationalökonomie in der Gegenwart.

Wenn man das verstanden hat, so weiß man, daß von einer Kreuzung der „Motive“¹⁾ nicht die Rede sein kann. Der wirtschaftliche Trieb tritt erst in Aktion, wenn der Entschluß gefaßt ist, ein ganz bestimmtes Wertding zu beschaffen. Finaler und modaler Trieb laufen also auf verschiedenen Ebenen und können sich unmöglich kreuzen. Im Gegenteil: der wirtschaftliche Trieb dient allen finalen Bedürfnissen auf gleiche Weise.

Infolgedessen hat die Ökonomik nicht bloß von der „Mehrzahl der Menschen“, sondern von allen geistig gesunden Menschen zu handeln, nicht aber von „Abstracta ‚Wirtschaftsmenschen‘“, aus deren Seele bewußt mittels der Isoliermethode alle Motive (Liebe, Barmherzigkeit, Haß, Eifersucht, Ehrgeiz usw.) außer dem wirtschaftlichen ausgeschaltet sind“ (S. 23).

Das „wirtschaftliche Motiv“ aber, das Arndt wie Dietzel gegeben glaubt, „the desire to possess wealth“ (Mill) kommt nur bei dem Geizirren als echtes finales Bedürfnis vor. Es bedarf keines Beweises, daß der Geizwahnsinn, die höchste Steigerung dieses sogenannten Bedürfnisses, eine extrem unwirtschaftliche Handlungsweise ist.

Wie Dietzel ist Arndt ein waschechter Liberaler, und zwar mit all den Kennzeichen des älteren, noch nicht mit sozialistischem Rosa angehauchten Liberalismus. Er glaubt daran, daß unsere Gesellschaft unter freier Konkurrenz steht (109)²⁾, und ist infolgedessen orthodoxer Anhänger des Gesetzes der ursprünglichen Akkumulation: „Die Verschiedenheit der Leistungen beruht auf unabänderlichen Tatsachen“ (196)³⁾. Wie Dietzel weist er den Sozialismus aus der Wissenschaft heraus, wie Dietzel schaltet er den Malthusianismus bald aus, bald ein. Ausgeschaltet wird er S. 46, wo ausdrücklich von dem „falschen wirtschaftshistorischen Bevölkerungsgesetz“ gesprochen wird, eingeschaltet wird er z. B. S. 16 Anm., S. 57, 58, S. 127: „Die Niedrigkeit der Löhne ist zweifellos auf die dort herrschende Übervölkerung zurückzuführen“ (vgl. a. S. 141).

Wie Dietzel erkennt er das Monopol des Besitzenden gegenüber dem Besitzlosen an: „Er kann unter Umständen den Besitzlosen

1) Theorie, S. 181.

2) Gelegentlich merkt er doch, daß das nicht so absolut stimmt: Er erklärt mit Thünen gewisse enorme Verschiedenheiten des Arbeitslohns damit, daß nicht etwa die freie Konkurrenz herrschte, sondern vielmehr damit, „daß die freie Konkurrenz teilweise ausgeschaltet war, bzw. sich nicht auswirken konnte“, S. 109.

3) Vgl. mein „Staat“, Abschnitt „Die angeborene Ungleichheit“, S. 214.

„ausnützen“ oder, wenn man den schärferen Ausdruck gebrauchen will, „ausbeuten“ und sich dadurch ein gewisses „Vorzugseinkommen“ (Grundrente, Zins) sichern“ (S. 131): aber wie Dietzel verweigert er, dieser Machtposition ihren rechten Namen zu geben. Einmal allerdings, — und das geht gegen mich — wird das Wort „Monopolisierung des Bodens“ gebraucht, diese „so oft überschätzte und falsch verstandene Monopolisierung“, die „doch nur ein Merkmal unserer sozialen Organisation ist, deren Wesen die wirtschaftliche Freiheit ist.“

Wie Dietzel will also auch Arndt nicht einsehen, daß man solange per definitionem von wirtschaftlicher Freiheit, „vollwirksamer“ beiderseitiger Konkurrenz nicht sprechen darf, wie das Vorhandensein erheblicher Monopole nachgewiesen ist. (Von Lapalien wie den Naturmonopolen an Edelwein usw. braucht man natürlich in diesem Zusammenhang nicht zu sprechen.)

Wie Dietzel will er nichts davon wissen, daß Geschichte gewesen ist und gewirkt hat und in der Gestalt fortwirkender Institute starke Hemmungen des freien Wettbewerbs geschaffen haben könnte. Er zitiert zwar Thünens grundsätzlich richtige Fragestellung (wir haben sie oben angeführt), ob nicht vielleicht Usurpation und Gewalt eine wesentliche Rolle bei der Entstehung des Lohnsystems gespielt hätten. Er antwortet darauf begütigend in dem schönen Optimismus, der ihn überall auszeichnet: „Jedenfalls spielt die Usurpation des Bodens durch Großgrundbesitzer nur eine Nebenrolle“ (S. 73) — *Roma locuta*, damit hat sich offenbar der geneigte Leser für befriedigt zu erklären!

Und so ist denn auch seine Lohntheorie durchaus die Dietzelsche, zum großen Teil in wörtlichem Zitat und in restloser Bewunderung. Auch er deutet Thünen genau wie Dietzel, das heißt vollkommen falsch, und auch er glaubt in der Thünenschen Theorie eine große Ähnlichkeit, wenn nicht Identität, mit der Lohntheorie der Grenznutzenschule zu finden. Es fehlt nichts, auch nicht die ausdrückliche Zustimmung zu der ungeheueren grundlegenden Verwirrung, die wir Dietzel nachweisen konnten, der Identifizierung des Dietzelschen „Minimalprodukts“ an Korn mit dem Thünenschen Produkt an Korn des „letzten Arbeiters“, ausgedrückt in Geldwert. (S. 121 Anmerkung).

Es ist ohne weiteres klar, daß er von diesem zwar völlig falschen, aber grundsätzlich doch ebenso bestimmten Standpunkt aus kaum in der Lage war, meine eigene „Monopollohntheorie“ zu würdigen. Ein Teil seiner Argumente besteht denn auch in nichts anderem, als daß er diese meine Theorie verwirft, weil sie

mit der von ihm angenommenen Dietzelschen im Widerspruch steht. Auf diese Argumente mich einzulassen, besteht kein Grund mehr. Aber ich habe die Pflicht, mich auf sachliche Einwände zu äußern, die nicht wie jene logisch auf dem Schlußfehler der *petitio principii* beruhen, das zu Beweisende (in diesem Fall kritisch zu Sichernde) als bewiesen zu unterstellen.

Er beginnt damit, die von mir dargestellte „Lohnpyramide“, wie ich sie im Eingang dieses Aufsatzes entwickelt habe, als „durchaus treffende Schilderung“ des organischen, elastischen und doch engen Verhältnisses der Löhne zueinander zu billigen (S. 109). Er stellt dann zutreffend die Gestaltung dar, die nach meiner Theorie diese Pyramide der Arbeitseinkommen in der kapitalistischen Gesellschaft erhält, weil vom Lande her, aus den Grenzgebieten des höchsten Drucks, wo der Lohn auf dem physiologischen Existenzminimum steht, die „Grenzkulis“ in die Städte und Überseegebiete drängen und dort den Lohn in die Tiefe reißen, während er, dank der Verminderung ihres Angebots, in jenen Grenzbezirken steigt. Er nennt das irrtümlich meine geozentrische Betrachtungsweise. Es ist aber nur eine besondere Anwendung einer viel weiter umfassenden Methode, die schon die Physiokraten anwandten, und die leider dann von dem „Industriezentrismus“ abgelöst wurde; „dem ganz aussichtslosen Bemühen, die Bewegung des städtischen Gewerbes und des Handels, ihr Blühen, Welken und Vergehen zu begreifen, als wären sie autonom und nicht an die Veränderung ihres Mutterbodens, der Landwirtschaft, wie mit Prometheus-Ketten geschmiedet¹⁾“.

Was hat er denn nun gegen diese Ableitung einzuwenden: „Erbringt nun Oppenheimer den Beweis der Existenz der ‚Reservearmee‘? Keineswegs. Einen Nachweis hält er wohl für überflüssig; die Autorität seines ‚Meisters‘ (Marx) scheint ihm hier zu genügen“. Nun, wer meine Stellung zu Marx und die Wut seiner „Jünger“ auf mich kennt, weil ich den Frevelmut besaß, mich zu ihm als „Schüler“ zu verhalten, daß heißt seine Theorie unbefangen zu kritisieren und dort, wo sie fehlerhaft war, zu verbessern: der wird über diese Worte eines Mannes lächeln, der, wenigstens in dieser Arbeit, als ein echter „Jünger“ seines Meisters bezeichnet werden muß, wenn man darunter einen Anhänger versteht, der unbedingt und ohne jede Kritik „in verba magistri“ schwört.

1) Theorie, S. 305. Mir hat diese Methode z. B. auch dazu gedient, bisher unlösbar historische Probleme zu lösen.

Was nun aber die Existenz einer Reservearmee anlangt, so braucht man sie nicht zu beweisen. Evidente Dinge braucht man nicht zu beweisen. Sie ist vor unseren Augen vorhanden, selbst wenn man nur die wirklich Unbeschäftigten ins Auge faßt, die kaum jemals auf dem Höhepunkt einer industriellen Blüteperiode für einen Augenblick verschwinden. Wenn man aber das Heer der Kurzarbeiter, der aus gelernten Berufen zeitweilig in schlechter bezahlte, Ungelernten zugängliche Stellen Gedrängten, und wenn man, wie auch Marx es jeder Zeit getan hat, die Landarbeiter hinzurechnet, die „jeder Zeit auf dem Sprunge stehen“, sich in Industrieproletarier zu verwandeln; kurz wenn man zu der manifesten auch die „latente“, zu der aktuellen auch die „potentielle“ Reservebevölkerung rechnet, wie man das tun muß: dann muß man blind sein, um die Reservearmee nicht zu sehen. Es hat denn auch niemand seit Adam Smith, das heißt seit dem Beginn des industriellen Kapitalismus, jemals an der Existenz dieser Reservearmee gezweifelt, deren Vorhandensein allein es erklären konnte, daß der Lohn mit der steigenden Produktivität der volkswirtschaftlichen Arbeit nicht entfernt Schritt hielt. Die ganze Theorie von Ricardo und von Malthus will ja gar nichts anderes, als diese unzweifelhafte Tatsache, „daß immer zwei Arbeiter einem Meister nachlaufen und sich unterbieten“, das heißt, daß eine Reservearmee besteht, erklären.

In diesem Zusammenhang stellt Arndt die Frage: „Aber, wo bleibt hier die ‚Reservearmee‘? Warum strömen denn die Scharen der ‚Grenzkulis‘ nicht auf den ‚unterführten‘ ländlichen Arbeitsmarkt? Einerlei warum sie es nicht tun, Tatsache ist — hier hat Oppenheimer ganz Recht —, sie tun es nicht oder wenigstens nicht in genügend großen Mengen. Dann darf man sie aber auch nicht nachher in der ‚Reservearmee‘-Theorie in so beängstigender Zahl aufmarschieren lassen.“

Meine Antwort hierauf lautet, daß nach meiner Darstellung die „Grenzkulis“ massenhaft gerade auf den ländlichen Arbeitsmarkt strömen, aber nicht in ihrer Heimat, sondern mehr zentralwärts, wo er unterführt ist. Warum tun sie das wohl? Weil man ihnen dort höheren Lohn bietet! Oder mit anderen Worten, weil der soziale Druck dort niedriger ist, als in ihrer Heimat. Warum aber fließen die industriellen Proletarier samt den bereits zu solchen gewordenen Grenzkulis nicht von den Städten auf den immer noch unterführten ländlichen Arbeitsmarkt ab? Weil der Lohn dort niedriger und die soziale Lage übler ist, als sie es gewöhnt sind;

weil sie sich bis zum letzten dagegen wehren, unter ihr „soziales“ Existenzminimum gedrückt zu werden.

Mit einem kurzen Bilde: Wasser fließt immer bergab und niemals bergauf!

Arndt unternimmt es ferner, den uns leider entrissenen Ludwig Pohle gegen einen kleinen Angriff von meiner Seite zu verteidigen. Er hatte als Tatsache festgestellt, daß eine Arbeitslosigkeit, die nicht wesentlich über 3 % hinausgehe, kein Hindernis für eine aufsteigende Bewegung der Löhne bilde. Ich hatte ihn aufgefordert, einmal einen Baumwollhändler zu fragen, ob eine ständige Unverkäuflichkeit von 3 % der zu Markte gebrachten Kalikos kein Hindernis für das Steigen der Preise bilden würde. Arndt sagt dazu: „Ich glaube, der Händler würde tatsächlich die Frage verneinen. In einer normalen Friedenswirtschaft dürften die dauernd auf Lager befindlichen, nicht verkauften und nicht verkäuflichen Warenvorräte regelmäßig sogar mehr als 3 % betragen . . . Der Verbraucher wünscht einem gefüllten Lager gegenüber zu stehen; er will wählen können. Der Verkäufer muß so kapitalkräftig sein und ist es in normalen Zeiten auch, daß er ein großes Lager unterhalten kann, ohne sofort an Preisherabsetzungen zum Zwecke des „Räumens“ denken zu müssen. Ähnlich liegen die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte“.

Nun, man stelle sich vor, daß die Kalikos gleich der „Ware Arbeitskraft“ bereits nach einem Tage der Unverkäuflichkeit anfangen, merklich einzuschrumpfen, nach drei Tagen kaum noch brauchbar und nach etwa einer Woche (denn wir sind ja nicht alle Hungerkünstler) verschwunden wären: ob dann wohl der Kalikohändler es sich leisten könnte, ein Lager zu halten?! Freilich fügt Arndt hinzu: „Auch hier sind glücklicherweise viele Stellensuchende auf Grund eigener Rücklagen oder mit Hilfe anderer imstande, einige Zeit zu warten, ohne sofort ihre Kollegen zu unterbieten“. (S. 113)

Schön! wenn nun aber die Menschen, welche Rücklagen und freundliche Kollegen haben, durch einen böartigen Zufall nicht stellungslos, und gerade diejenigen, die solche Hilfsmittel nicht besitzen, stellungslos sind? Und wenn eine Arbeitslosigkeit so lange dauert, daß auch bei der ersten Kategorie die Rücklagen aufgezehrt und die Freunde ausgepumpt sind? Und derartige Dinge sollen z. B. in Krisenzeiten doch bereits einigemal vorgekommen sein?!

Vor allem aber: wenn der Händler seinen Kaliko nicht heute verkauft, wird er ihn morgen oder übermorgen verkaufen. Wenn

der Arbeiter aber seinen Dienst heute nicht verkauft, kann er diesen Dienst weder morgen noch übermorgen verkaufen. Diese „Ware“ geht, noch ärger als die „Ware Arbeitskraft“¹⁾, in jeder Minute verloren, in der sie nicht verkauft wird! Mir will scheinen, als wenn die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte doch nicht denen auf dem Kalikomarkte „ähnlich“ liegen, wie Arndt annimmt.

Nun wird ja meine Auffassung nicht als gänzlich falsch erklärt, aber sie hat einen „Hauptfehler“: „Einseitigkeit und damit eng verbunden, Übertreibung“. Es wird zugegeben, daß die Zuwanderung der Grenzkulis einen „gewissen Druck“ auf die Lohnhöhe ausübt: „Fast immer aber regen sich dann sofort oder später Gegenkräfte“, die bei mir nicht genügend berücksichtigt worden seien. „Die Zuwanderung der fremden billigen Arbeiter wäre nur dann für die einheimischen besser bezahlten gefährlich, wenn sie in großen Massen erfolgte, und wenn die Fremden den Einheimischen gleichwertig wären. Oppenheimer spricht einmal davon, daß die Institution des Großgrundbesitzes ganze Bevölkerungen „in Streusand verwandelt“ und zu massenhafter Aus- und Abwanderung gezwungen habe. Das ist doch eine gewaltige Übertreibung“.

Jener Ausdruck stammt nicht von mir, sondern von Max Weber, dem also die gleiche „Übertreibung“ auf Schuldkonto belastet werden muß. Was nun die Übertreibung anlangt, so muß ich sagen, daß Arndt recht anspruchsvoll ist, wenn ihm die Wanderung immer noch nicht „massenhaft“ genug ist. Nach den Vereinigten Staaten sind im 19. Jahrhundert 24 Millionen Europäer ausgewandert, die inländische Abwanderung in Deutschland hat während der gleichen Zeit nicht nur den gesamten Nachwuchs der agrarischen Bevölkerung in die Städte gefegt, sondern auch noch beträchtliche Teile des Stammes, namentlich im Osten, im Großgrundbesitzbezirk. Obgleich der bäuerliche Westen die landwirtschaftliche Bevölkerung stark hat wachsen sehen, ist die agrarische Landbevölkerung Deutschlands von rund 18½ Millionen auf unter 17 Millionen gesunken! Ich glaube, daß man mir keine Übertreibung vorwerfen kann, wenn ich das einmal als die „gewaltigste Völkerwanderung der gesamten Geschichte“ bezeichnet habe.

1) Ich habe zeigen können, daß die Marxsche Ableitung des Mehrwerts auf einer Äquivokation mit dem Wort „Arbeitskraft“ beruht. Es bedeutet das eine Mal das „Arbeitsvermögen“ und das andere Mal den „Dienst“. Auf diese Verwechslung wird oben angespielt.

Ich muß also sagen: mir genügt die „Masse“. Und ich meine, es bedürfe keiner besonderen Fähigkeit in der Anwendung des „Isolierverfahrens“, um von dieser Massenhaftigkeit einmal in Gedanken zu „abstrahieren“ und sich vorzustellen, wie hoch die industriellen Löhne in dieser Zeit z. B. in Deutschland gestiegen wären, wenn die Wanderung überall nur, wie aus den kleinen und mittelbäuerlichen Bezirken, etwa 10—14% in die Städte geworfen hätte, wenn also hier das Angebot von Diensten auf dem Arbeitsmarkte um ein so Ungeheures geringer, und wenn gleichzeitig die Nachfrage nach industriellen Produkten von dem um soviel dichter besiedelten Lande um soviel stärker gewesen wäre.

Arndt hebt ferner hervor, ein Druck auf die Löhne hätte nur stattfinden können, „wenn die Fremden den Einheimischen gleichwertig wären“. Erstens ist das nicht richtig: es ist durchaus möglich, daß die Differenz zwischen Lohn und Produktwert, auf die es dem Unternehmer einzig und allein ankommt, bei einem geringer wertigen, aber auch geringer bezahlten Arbeiter höher ausfällt, als bei einem höher wertigen und höher bezahlten Arbeiter. Aber davon abgesehen: hier handelt es sich nur um die „Basis der Lohnpyramide“, deren Niveau, wie Arndt ausdrücklich zugibt, alle anderen Niveaus bestimmt, und als Landarbeiter sind die „Grenzkuli“ den Einheimischen technisch und wirtschaftlich vielfach geradezu überlegen, letzteres namentlich deshalb, weil sie sich jedem Druck, z. B. auf Verlängerung des Arbeitstages, widerspruchslos zu fügen pflegen. Schließlich gibt Arndt meinem Ausdruck „Grenzkuli“ eine unzulässige Ausdehnung: ich verstehe darunter nur den Einwanderer aus dem Grenzgebiet des absolut höchsten sozialen Drucks, aber nicht jeden Abwanderer aus dem eigenen Lande. Und es kann doch wohl nicht die Rede davon sein, daß zum Beispiel ein bisher auf dem Lande tätiger Kutscher oder Pferdeknecht dem bereits in der Stadt Tätigen an technischer Ausbildung nicht gleichwertig ist.

Es folgt jetzt (S. 114) ein sehr merkwürdiger Einwand: die fremden Einwanderer seien „meistens mit nicht geringen Schwierigkeiten im Interesse der deutschen Volkswirtschaft — nicht nur aus privatwirtschaftlichen Gründen herbeigeholt ... worden, um ‚Dienste‘ (grobe schwere Erdarbeit) zu leisten, die der deutsche Arbeiter nicht mehr leisten mochte, weil er seine geschulte Arbeitskraft besser verwerten konnte.“ Ich verbeuge mich im Vorbeigehen vor dem patriotischen Kapitalisten, der, wenn er billige Arbeitskräfte importiert, dabei auch das Interesse der ganzen Volkswirt-

schaft im Auge hat: aber ich kann nicht einsehen, was das zur Sache zu sagen hat. Erstlich nämlich kamen die Fremden doch offenbar nur zu uns, weil man ihnen höheren Lohn bot, als sie daheim verdienten — und ich habe niemals daran gezweifelt, daß das Wasser nicht nur deshalb bergab fließt, weil es oben höher, sondern auch, weil es unten tiefer ist. Das nennt man „Gefälle“. Ob man das bezeichnen will als „Herunterströmen“ oder „Hinuntergezogenwerden“ (halb zog sie ihn, halb sank er hin) scheint mir keinen Unterschied auszumachen. Dann aber und vor allem: hat dieses Hereinziehen der Fremden keinen Druck auf die Löhne der deutschen Erdarbeiter und Landarbeiter ausgeübt? Wären nicht ohne sie die Unternehmer gezwungen gewesen, höhere und immer höhere Löhne zu bewilligen? Freilich: Arndt ist auch hier von einem Optimismus, der sein Herz erfreuen mag, aber das meine nur beklemmen kann. Er sagt von den Fremden: „Sie rückten meistens in Arbeitsstellen ein, die deutsche Arbeiter frei gemacht hatten, weil sich ihnen eine bessere Erwerbsgelegenheit bot“ (S. 114). Die maßgebenden deutschen Agrarpolitiker sind anderer Meinung: sie konstatieren die ganz und gar nicht zu bezweifelnde Tatsache, daß der (in sozialpolitischer Hinsicht) geringerwertige fremde Slave den besseren deutschen Arbeiter geradeso aus dem Lande treibt, wie nach Greshams Gesetz das schlechte Geld das gute. Diese Zuwanderung hat massenhaft zur Verdrängung deutscher Landarbeiter geführt; sie ist nicht in vorher bestehende Lücken eingeflossen, wie Arndt das darstellt; und diese Verdrängung hat dann auf die städtischen Arbeitsmärkte weitergewirkt und auch hier die ohne sie unumgängliche Steigerung der Löhne auf das Empfindlichste zurückgehalten.

Noch merkwürdiger ist der nächste Einwand (S. 115): „Nicht der ‚höchste soziale Druck‘ ist es, der den ‚Grenzkuli‘ aus seiner Heimat fortreibt, der Druck war in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten ebenso stark, wahrscheinlich sogar noch stärker, und niemand rührte sich damals von der Scholle; man erduldete die Knechtschaft“. Hier hat Arndt eine Kleinigkeit übersehen: daß man in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten dem Grenzkuli die Wanderung nicht erlaubte! Das nennt man Leibeigenschaft! Sie durften sich nicht von der Scholle rühren, sie mußten die Knechtung erdulden! Ein so genauer Kenner meiner Werke wie Arndt hätte sich hier daran erinnern müssen, daß ich den ganzen von mir geschilderten Mechanismus erst mit der Er kämpfung der Freizügigkeit einsetzen lasse. Vorher gibt es keinen indu-

striellen Kapitalismus, weil Industriearbeiter und Landarbeiter „non competing groups“ sind.

Und nun kommt der „Haupteinwand“: meine Theorie ist nicht die Produktivitätstheorie! Ich warte ab, ob Arndt nach meiner Analyse der Dietzelschen „Beweise“ diesen Haupteinwand immer noch erheben wird. Daß er nichts ist als eine *petitio principii*, die das zu Beweisende als bewiesen voraussetzt, habe ich oben bereits dargestellt.

Nun findet Arndt, und das ist vielleicht der allermerkwürdigste der erhobenen Einwände, daß meine Darstellung der frühkapitalistischen Lohnentwicklung die Produktivitätstheorie bestätigt. Er billigt diese Darstellung durchaus: „Die Löhne hätten steigen müssen, wenn sich nicht — das legt Oppenheimer sehr treffend ausführlich dar —, in die Städte und Industriebezirke die Massen der unglaublich tiefstehenden Ackersklaven ergossen hätten. Nun freilich riß die Hungerkonkurrenz dieser auf das äußerste denkbare Maß menschlicher Entwürdigung herabgedrückten Unglücklichen auch die Löhne der alten städtischen Arbeiter in die Tiefe. Aber ganz der gleiche Prozeß, der Hunderttausende in das tiefste Elend stürzte, erlöste andere Hunderttausende aus dem tiefsten Elend. Denn für jene feudalen Hintersassen, die dem Kerker entronnen waren, war das Elend von Manchester und Liverpool immer noch ein Emporstieg“ (aus meiner Theorie, S. 640 ff.) Arndt stellt meine Auffassung zutreffend und billigend weiterhin folgendermaßen dar: „Sobald die ‚Ausgleichung‘ erfolgt war, stiegen überall unter dem belebenden, produktionsfördernden Hauch der freien Konkurrenz die Löhne. Fürwahr, das Beispiel Oppenheimers ist keine Widerlegung, sondern eine Bestätigung der Produktivitätstheorie. Die eine so segensreich wirkende lohn-erhöhende Kraft wurde nur eine Zeitlang durch eine stärkere matt-gesetzt“ (S. 116). Zunächst eine kleine Zwischenbemerkung, die wieder auf den wahrhaft paradiesischen Optimismus meines Herrn Gegners ein scharfes Licht wirft. Er macht zu meinen Worten „der gleiche Prozeß, der Hunderttausende in das tiefste Elend stürzte“, die Anmerkung: „Das dürfte wieder eine Übertreibung sein.“ Ich kann nur wiederholen, daß dieser in bezug auf theoretische Deduktionen so überaus bescheidene Mann in anderer Beziehung überaus anspruchsvoll ist, und daß mir, wie bisher allen ernst zu nehmenden Historikern und Ökonomen, das Elend von Manchester und Liverpool durchaus genügt. Auch das ist „evident“ und braucht niemandem bewiesen zu werden, der Augen hat, um zu sehen.

Was nun aber vor allem die Behauptung anlangt, mein Beispiel sei eine Bestätigung der Produktivitätstheorie, so ist noch ein letztes entscheidendes Wort zu sagen:

Arndt führt hier eine Stelle von mir an. Ich habe der Produktivitätstheorie vorgeworfen, sie verwirre Ursache und Bedingung. „Alles sonst gleichgesetzt, kann der Lohn natürlich nur steigen, wenn die Produktivität, d. h. das verteilbare gesellschaftliche Erzeugnis wächst.“ Und so sehen es selbstverständlich auch die Marxisten, bei denen Arndt (S. 148/49) Anklänge an seine geliebte Produktivitätstheorie ebenso zu bemerken wähnt, wie bei mir.

Aber nicht diese Selbstverständlichkeit macht die Produktivitätstheorie aus, sondern sie kann, wenn sie Wissenschaft, das heißt quantitativ bestimmt, sein will, nur einen einzigen Sinn haben: der Lohn muß wenigstens ungefähr, von einzelnen Schwankungen natürlich abgesehen, dieselbe Kurve beschreiben, wie die Produktivität. Und zwar ist das nachzuweisen für die kapitalistische Wirtschaft. Und ausgerechnet in dieser ist, wie Arndt erklärt, die „lohn-erhöhende Kraft durch eine stärkere mattgesetzt worden“!

Er sieht also gar nicht, daß hier gerade das Problem liegt! Während der ganzen Zeit, deren Lohnbewegung zu erklären ihm aufgegeben ist, hat nicht jene ungefähre Parallelität bestanden, die die Produktivitätstheorie behauptet, sondern die Kurve der Produktivität ist in ungeheurer Steile emporgeschossen, während die des Lohnes sich nur sehr langsam gehoben hat, nachdem sie zuerst eine Zeitlang sogar empfindlich gefallen war, wenn man eben nur die industriellen Löhne beachtet, wie das bisher fast regelmäßig geschehen ist. Hierin nicht mehr als die eine Ausnahme zu erblicken, die die Regel bestätigt, ist wieder ein Beweis für Arndts Optimismus einerseits und seine Anspruchslosigkeit in bezug auf theoretische Deduktionen andererseits.

Dabei hat er im Kern hier und da die richtige Lohnlehre: „Der Lohn der Unselbständigen (Arbeiter, Angestellten) muß sich nach dem Ertrag der Arbeit der Selbständigen (Bauern, Handwerker) richten“ (S. 92 Anm.). Und noch einmal: „Dieselbe Kraft, die das Arbeitseinkommen der Selbständigen hebt oder senkt, hebt oder senkt auch das Arbeitseinkommen der Unselbständigen“ (S. 127).

Das ist Thünen, und daher gute Theorie. Und er zieht auch hier das große Beispiel an, das Thünen wie Marx angezogen haben, Nordamerika: hier konnte man „dem ländlichen Lohnarbeiter nicht viel weniger bieten, als er erzielt haben würde, wenn er sich

auf dem noch freien Neulande selbständig gemacht hätte, was nicht sehr schwer war.“

Aber: „Nur scheinen die meisten Nationalökonomten es für selbstverständlich zu halten, daß ein solcher für die Lohnarbeiter günstiger Zustand eine Ausnahme sei; denn freies Land gäbe es nur in immer geringerem Umfange, in den dicht besiedelten Kulturstaaen überhaupt nicht“. Aber „man muß das in weiterem Sinne auffassen. ‚Neuland‘ umfaßt alle neuen Arbeitsmöglichkeiten, die sich einem strebsamen, intelligenten und unternehmungslustigen Arbeiter bieten, nicht nur mit dem Pfluge, sondern auch mit allen anderen Werkzeugen, nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch im Gewerbe, Handel, Verkehr, Kunst und Wissenschaft. Zahllos sind diese Möglichkeiten überall. ‚Unbebautes‘, vielversprechendes Terrain gibt es in Fülle für den, der zu sehen und zuzupacken vermag“ (S. 133).

Gesetz der ursprünglichen Akkumulation: „Die Verschiedenheit der Leistungen beruht auf unabänderlichen Tatsachen, auf der verschiedenen Begabung der einzelnen Menschen“ (S. 196). Daß zu Gewerbe, Handel, Verkehr, Kunst und Wissenschaft außer der „Begabung“ auch noch Kapital gehört, scheint nicht in Betracht zu kommen. Freilich verweist Arndt (S. 56) auf die 15,7 Millionen Goldmark, die vor dem Kriege (1909) in den Sparkassen angesammelt waren. Er verweist selbst darauf, daß sie „Millionen kleiner Sparer“ gehörten. Er gibt die Zahl nicht: es waren am Schluß des Jahres 1911 21,2 Millionen Sparkassenbücher vorhanden¹⁾, die sich auf ein Gesamtguthaben von 17,35 Millionen verteilten. Nehmen wir selbst an, was bereits Arndtscher Optimismus wäre, daß pro Kopf der deutschen Arbeiter der Durchschnitt, ca. 800 M., entfallen sei: so ist das doch kaum ein „Kapital“, mit dem man in „Gewerbe, Handel und Verkehr“ etwas anfangen oder sich die Vorbildung erwerben kann, die für „Kunst und Wissenschaft“ erforderlich ist.

Hic jacet! Mit welcher unübertrefflichen Gründlichkeit Arndt das Problem verfehlt, das ihm gestellt ist, geht aus einem Satz hervor, der unmittelbar an eine soeben zitierte Stelle anschließt: „Dieselbe Kraft, die das Arbeitseinkommen der Selbständigen hebt oder senkt, hebt oder senkt auch das Arbeitseinkommen der Unselbständigen. Welches ist diese Kraft? . . . Es ist in beiden Fällen die Produktivität der Arbeit. Daß das Arbeitseinkommen des Bauern, des Handwerkers, des Fabrikanten, des Kauf-

1) Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, Jahrgang 1914, S. 304.

manns, des Arztes, durch die Produktivität ihrer Arbeit bestimmt wird, leuchtet jedem ein. Der Bestimmungsgrund des Einkommens aus der Arbeit des Unselbständigen kann kein anderer sein. Was zu beweisen war!“ (S. 137/38).

Was ist hier „bewiesen“? Allenfalls, daß der Lohn sich auch innerhalb der Arbeiterklasse nach der Produktivität der einzelnen Leistung abstuft. Das hat niemals jemand bestritten. Und so war es auch nicht zu beweisen. Sondern was aufzuklären ist, ist die Frage, warum der Gesamtlohn der Gesamtarbeiterschaft, der Inbegriff aller Stufen dieser gesellschaftlichen Klasse, nicht in ungefährer Parallelität mit der Produktivität der Gesamtgesellschaft gestiegen ist. Und die Erklärung für dieses Problem bleibt Arndt uns schuldig, weil er es einfach nicht sieht.

Die Lösung liegt da, wo sie Thünen grundsätzlich gefunden hat: der Gesamtlohn wird bestimmt durch dasjenige Einkommen, das sich der kapitalschwache oder kapitallose Mann als Selbständiger dadurch erwerben kann, daß er sich eines ausreichenden Produktionsmittels bemächtigt, vor allem des noch freien Bodens. Aber alle Produktionsmittel, die ihm auch nur das geringste mehr als den Lohn eines gleich qualifizierten Industrieproletariers abwerfen könnten, sind gegen ihn gesperrt, nicht nur das Land, sondern auch die wilden Früchte des Waldes, das wild wachsende Holz, der Torf der Moore usw. usw. Ich weiß, daß es nicht so gemeint ist, aber es klingt fast wie Verhöhnung der heute noch, trotz aller Lohnerhöhung schwer leidenden Massen, wenn Arndt, vermeintlich im Geiste Thünens, schreibt: „Die geistigen Fähigkeiten sind gewaltige Energiequellen, die nutzbar zu machen sind. Auch wer ‚ohne Ar und Halm ist‘, hat in einem Kulturstaat große Entwicklungsmöglichkeiten. Die mächtige Kraftreserve, über welche der ‚isolierte Staat‘ in der ihn umgebenden fruchtbaren Wildnis verfügt, ist für die dichter besiedelten Länder die immer weiter fortschreitende Entwicklung der Geisteskräfte. An dieser kann sich, ohne daß die Wirtschaftsordnung geändert wird, jeder begabte und strebsame Mensch zum Vorteile der Gesamtheit und zu seinem eigenen beteiligen“ (S. 73).

Das ist zunächst nicht Thünen. Wenn Thünen von der höheren „Ausbildung der Geisteskräfte“ die Lösung der sozialen Frage erhofft, so geschieht das nur, weil er, als Malthusianer, davon als erste Wirkung die lohn erhöhende Einschränkung der Arbeiterzahl erwartet. Aber er weiß durchaus, daß der Arbeiter aus eigenen Kräften unter den heutigen Verhältnissen Europas

nicht imstande ist, sich die nötige Bildung (und ebensowenig das nötige Kapital) zur Selbständigkeit zu erwerben. Er war kein Manchestermann, der den Arbeitern alle Schuld oder doch alle Verantwortung für ihre Lage zuschiebt. Wir haben gezeigt, daß er ausdrücklich dem Staat die Aufgabe zuweist, die Arbeiter auf die von ihm für erforderlich erachtete höhere Bildungsstufe zu erheben.

Arndt sagt selbst (S. 197) das Produktivitätsgesetz gelte nur unter gewissen Voraussetzungen, unter denen er an erster Stelle die wirtschaftliche Freiheit anführt. Nun, diese wirtschaftliche Freiheit in ihrem wissenschaftlichen Verstande, als „voll wirksame Konkurrenz“, besteht nicht, solange jene Sperrung aller Produktionsmittel gegen die Arbeiterklasse besteht; und das wichtigste dieser Produktionsmittel ist das Land; in diesem primären Monopol wurzeln alle anderen, wurzelt vor allem das Kapitalmonopol.

Arndt schließt (S. 198) folgendermaßen: „Es gibt nur ein sicher wirksames Mittel zur Steigerung des Lohnes, nämlich die Erhöhung der Produktivität der Arbeit“. Das ist nur die eine Seite der Sache. Die andere Seite ist: Es gibt nur ein sicher wirksames Mittel zur Erhöhung der Produktivität der Arbeit, nämlich die Steigerung des Lohnes.

Es ist hier nicht der Raum, diese Behauptung zu beweisen. Sie ist unter dem Titel „der rationelle Sozialismus: das ökonomische Erstaunen“ auf S. 1028 meiner „Theorie“ nachzulesen. Ich darf sie allen meinen Kritikern zu sorgfältiger Beachtung empfehlen. Ich habe diesen Satz nicht nur theoretisch, sondern auch historisch bewiesen. Ich habe gezeigt, daß in Deutschland von etwa 1000 bis 1400 kein Großgrundeigentum, daher keine Bodensperre bestand, daß die kapitalschwachen Elemente ungehindert auf freies Land abströmen konnten, daß es infolgedessen keine Klasse von Lohnarbeitern, kein Lohnsystem gab, und daß, wieder infolgedessen, für einen an Kaufkraft reißend wachsenden Markt, Landwirtschaft und Gewerbe sich eines Aufschwungs der Produktivität erfreuten, von dem der vorsichtige Schmoller sagte, daß sich ihm nicht einmal der amerikanische Aufschwung des 19. Jahrhunderts an die Seite stellen lasse. Arndt bemerkt dazu (S. 116): „Das Beispiel aus dem Zunftzeitalter dürfte wenig beweiskräftig sein und kann hier unerörtert bleiben.“

Roma locuta! Res finita?

Ich glaube nicht!

Franz Oppenheimer

Großgrundeigentum und soziale Frage. Versuche einer neuen Grundlegung der Gesellschaftswissenschaft. Zweite, unveränderte Auflage. XXI, 204 S. gr. 8° 1922 Rmk 8.—

Inhalt: I. Systematischer Teil: 1. Einleitung. 2. Die Entstehung des Großgrundeigentums. 3. Grundlegung der Physiologie des sozialen Körpers der Tauschwirtschaft. Die „ideale“ Naturalwirtschaft. Entwicklungsgeschichte des sozialen Körpers. 4. Grundlegung der Pathologie des sozialen Körpers der Tauschwirtschaft. 5. Der soziale Staat und der Malthusianismus. — II. Historischer Teil. Abriß einer systematischen Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. 1. Das Gesetz der geschichtlichen Bewegung. 2. Die Entstehung des Großgrundeigentums. 3. Physiologie des sozialen Körpers der Tauschwirtschaft: Die Naturalwirtschaft unter Nomadenrecht. Entwicklungsgeschichte des Tauschrechts und der Tauschwirtschaft. Physiologie der Tauschwirtschaft. 4. Pathologie des sozialen Körpers der Tauschwirtschaft. 5. Therapie der sozialen Krankheit. Die Siedlungsgenossenschaft. 6. Schlußwort: Aphorismen zur Philosophie der Geschichte.

Der systematische Teil bringt zunächst auf breiterer Grundlage den Beweis für die von Oppenheimer aufgestellte These, daß das agrarische Großgrundeigentum ein fremdes Gebilde im Körper der entwickelten Tauschwirtschaft ist. Es folgt dann in zwei Kapiteln eine zum ersten Male angestellte rein logische Deduktion, bei der es sich um ein volles, in sich geschlossenes System handelt, sozusagen um ein mathematisches Exempel, das Ziffer für Ziffer nachgerechnet zu werden verlangt. Das auf diese Weise gewonnene System, wie es die gesamte soziale Lage der Gegenwart ohne Rest erklärt, wird dann im historischen Teil als ordnendes Prinzip angewendet.

Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage. Dritte, unveränderte Auflage. XLV, 628 S. gr. 8° 1922 Rmk 8.50, geb. 10.50

Inhalt: Einleitung: Die soziale Krankheit. Sozialdemokratie und Genossenschaftswesen. — I. Die städtischen Genossenschaften. 1. Zur Geschichte der städtischen Genossenschaftsbewegung: Die Käufergenossenschaften. Die Verkäufergenossenschaften. 2. Zur Theorie der Verkäufergenossenschaften: Das Gesetz der Transformation. Frühere Versuche volkswirtschaftlicher Bedeutung. Grundbedingungen des genossenschaftlichen Systems. Die landwirtschaftlichen Unternehmergenossenschaften. — II. Die landwirtschaftliche Arbeiter-Produktivgenossenschaft. 1. Die Agrarfrage. Die geschichtliche Entwicklung. Die Bindung des Bodens. Die Fortwanderung. Die jetzige Lage in Deutschland. Der Arbeitermangel. Die Folgen für den Staat. Die Folgen für die Industrie und ihre Arbeiterfrage. 2. Die bisherigen Vorschläge zur Lösung der Agrarfrage. 3. Zur Theorie der landwirtschaftlichen Arbeiter-Produktivgenossenschaft. 4. Geschichte derselben. — III. Die Siedlungsgenossenschaft. 1. Zur Geschichte der Siedlungsgenossenschaft. 2. Die Entwicklung derselben. 3. Die Entwicklung und Ordnung der produktiven Arbeit in der Siedlung. (Die Landwirtschaft. Die Industrie.) 4. Die Bedeutung der Siedlungsgenossenschaft für die Nationalwirtschaft. 5. Grenzbestimmung. 6. Der genossenschaftliche Geist und die öffentliche Moral. — Schlußwort: Die Siedlungsgenossenschaft, das Ziel aller Parteien. — Anhang: Statut der Siedlungsgesellschaft „Freiland“ e. G. m. b. H.

Archiv für innere Kolonisation, 1923, Heft 1/3: Das Ziel des Verf. ist, Siedlungsproduktivgenossenschaften, aus Landwirten, namentlich Landarbeitern, und städtischen Elementen gemischt, zu gründen, deren Grund und Boden dauernd in unveräußerlichem Obereigentum der beteiligten Genossen steht. Das bisherige System der inneren Kolonisation scheint ihm an dem Mangel zu leiden, daß es nicht in erster Linie den ländlichen Proletarier, den Landarbeiter zum Ziel habe, sondern den vermögenden Bauernsohn, der sich zur Not auch selbst helfen könne, das er ferner zu viel Zeit, zu viel Geld und zu viel Land koste. . . . M. St.

Genossenschaftliche Ansiedlung. Rede, gehalten auf dem zweiten Reichs-Siedlertage zu Leipzig am 15. August 1920. 31 S. gr. 8° 1920 Rmk —.50

Franz Oppenheimer

Wert und Kapitalprofit. Neubegründung der objektiven Wertlehre. Dritte, völlig neubearbeitete Auflage. V, 79 S. gr. 8° 1926 Rmk 3.80

Inhalt: I. Das Problem. — II. Der statische Preis. 1. Die Statik. 2. Das Einkommen. 3. Die Daten. 4. Die allgemeine Wertformel. 5. Die Wertformel der beliebig reproduzierbaren Güter. — III. Der Kapitalprofit 1. Die Theorie. 2. Das Monopol. 3. Das Bodenmonopol. 4. Die Wertformel der kapitalistisch erzeugten beliebig reproduzierten Güter. — IV. Antikritische Nachlese. 1. Die „Substanz“ des Wertes. 2. Die Qualifikation. 3. „Rein analytische Sätze“. 4. Die Krisis der Grenznutzentheorie.

Mit dieser dritten Auflage bringt der Verfasser unter dem alten Titel ein fast durchaus neues Buch. Es ist dazu bestimmt, die entsprechenden Abschnitte in seiner „Theorie der reinen und politischen Ökonomie“ zu ergänzen und in erreichbarer Kürze die Methode der deduktiven Untersuchung und die mit ihrer Hilfe erarbeitete Theorie vom Wert und Kapitalprofit darzustellen.

Das Bevölkerungsgesetz des Th. R. Malthus und der neueren Nationalökonomie. Darstellung und Kritik. VII, 168 S. gr. 8° 1901 Rmk. 3.—

David Ricardos Grundrententheorie. Darstellung und Kritik. V, 255 S. gr. 8° 1909 Rmk 6.—

Das Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre. Darstellung und Kritik. Unveränderter Neudruck. VI, 148 S. gr. 8° 1926

Kapitalismus — Kommunismus — wissenschaftlicher Sozialismus. VII, 226 S. gr. 8° 1919 Rmk 6.—

Die psychologische Wurzel von Sittlichkeit und Recht. (Kieler Vorträge, gehalten im wissenschaftl. Klub d. Inst. f. Weltwirtschaft u. Seeverkehr, Kiel. Hrsg. von Prof. Dr. B. Harms. Nr. 1.) 15 S. gr. 8° 1921 Rmk —.30

Der Ausweg. Notfragen der Zeit. Zweite, durchgesehene Auflage. 74 S. 8° 1919 Rmk —.90

Inhalt: 1. Sozialismus und Liberalismus. 2. Freie und beschränkte Konkurrenz. 3. Das Bodenmonopol. 4. Die Entstehung des Bodenmonopols. 5. Das Kapital. 6. Die Wanderung. 7. Die „reine Wirtschaft“. 8. Der Untergang der reinen Wirtschaft. 9. Bestätigung durch Karl Marx. 10. Deutschland als „freie Kolonie“. 11. Die Götzendämmerung des Unternehmerprofits. 12. Die galoppierende Schwindsucht der großen Vermögen. 13. Die Agrarreform. 14. Die Zukunft der Großlandwirtschaft. 15. Die Anteilwirtschaft. 16. Die landwirtschaftliche Arbeiter-Produktivgenossenschaft.

Jede Buchhandlung oder der Verlag liefert kostenfrei das

Verzeichnis der Veröffentlichungen

über

Volkswirtschaft, Wirtschafts- und Sozialpolitik Finanz- und Steuerwesen

aus dem Verlag Gustav Fischer in Jena

Dieses Verzeichnis enthält auf 364 Oktavseiten eine in 22 Gruppen systematisch eingeteilte Übersicht über sämtliche im Verlag Gustav Fischer in Jena in den letzten 50 Jahren erschienenen Veröffentlichungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft. Es bildet einen Führer durch den ausgedehnten volkswirtschaftlichen Verlag und wird, da es neben genauen Titel- und Preisangaben zu den meisten Schriften auch noch Inhaltsübersicht und sachliche Besprechungen bringt, als Bibliographie erwünscht und wertvoll sein.

— Man verlange Verzeichnis Nr. 119 —